BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Juli 1963 DM 2,50
Postverlagsort Köln - G 1800 E

11. Juli 1963

INHALT

- Chronik des Monats Juni 1963 S. 493
- Berichte und Kommentare S. 496

- Die Lage:
  Johannes Weidenheim:
  Nach Kennedys Besuch S. 503

- James P. Warburg, New York:
  Abschied von der Nachkriegs-epoche (I) S. 512
- Prof. L. A. Puntila, Helsinki:
  Finnische Außenpolitik und finnische Handelspolitik S. 521
- Carl Bloice, San Francisco:
  Die Neger-Frage in den USA (II) S. 529
- Horst J. Andel, Kairo:
  Hat Panafrika Chancen? S. 535
- Prof. Dr. Emil J. Gumbel, New York:
  Eindrücke aus dem Fernen Osten S. 543

- Aus der Wirtschaft S. 551

- Rudolf Rolfs:
  Was ich noch sagen wollte . . . S. 555

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 556

- Buchbesprechungen S. 559

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (u. a. Präsident Kennedys Friedens-Rede v. 10. Juni 1963) S. 563

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VIII. Jahrgang Heft 7

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Der Mensch und die kybernetische Maschine

Dr. Rudolf Hilf:
Die CSSR im Frühsommer 1963

Senator Claiborne Pell, USA:
Das Berlin-Problem in neuer Sicht

Dr. Hermann Rauschning:
Der unnötige Krieg

Dr. jur. Ilse Staff:
Bewältigung der Vergangenheit

In den letzten Heften u.a.:

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Pressefreiheit und Landesverrat
(1 u. 2/63)

Oreste Rosenfeld, Paris:
Die Außenpolitik de Gaulles (4/63)

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim:
Ursachen, Charakter und Wirkungen des Nationalsozialismus
(4 u. 5/63)

Prof. Seymour Melman, New York:
Der Sättigungsgrad der Rüstung
(6/63)

Vera Elyashiv, Tel Aviv:
Israel, Deutschland und die Araber
(6/63)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto oder Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VIII. Jahrgang **Juli 1963** **Heft 7**

Chronik des Monats Juni 1963

1. 6. — Österreich. Das Urteil des höchsten Verwaltungsgerichts vom 31. 5., das Otto v. Habsburg nach erfolgter Abgabe einer förmlichen Loyalitätserklärung das Recht zur Rückkehr nach Österreich einräumt, stürzt die Koalitionsregierung in eine Krise. Auf einer Kabinettssitzung beantragt Bundeskanzler Gorbach (Volkspartei) am 6. 6. die Annahme der Entscheidung; die Sozialdemokraten beantragen eine Volksabstimmung über diese Frage.

2. 6. — Landsmannschaften. Bundesverkehrsminister Seebohm fordert in Stuttgart die in der Bundesrepublik lebenden ehemaligen Sudetendeutschen auf, sich das Recht auf Rückkehr in ihre frühere Heimat zu „ertrotzen". Zugleich müsse das Sudetengebiet von „beneschistischen und bolschewistischen" Einflüssen befreit werden. — Zu schweren Ausschreitungen gegen den Autor der Fernsehsendung „Polen in Breslau", Jürgen Neven-DuMont, kommt es am 9. 6. auf dem Schlesiertreffen in Köln. Während einer Rede des niedersächsischen Vertriebenenministers Schellhaus und in Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer und Bürgermeister Brandt kann der Funkredakteur unter Rufen wie „Polenhund", „Kommunistenschwein" und „Totschlagen" die Tagungsstätte nur mit Polizeischutz verlassen.

4. 6. — Militärhilfe. Durch Indiskretion in der nigerianischen Hauptstadt Lagos erfährt die Öffentlichkeit von bisher geheim gehaltenen Abkommen des Bundesverteidigungsministeriums über deutsche Rüstungshilfen an afrikanische Staaten. Regierungssprecher von Hase nennt Nigeria, den Sudan, Guinea, Somalia, Madagaskar, Indien, Libyen und die NATO-Mitgliedstaaten Griechenland und Türkei als Empfänger von Ausrüstungen und Ausbildungsunterstützung. Auch Israel könne in eine solche Hilfe eingeschlossen werden. Weitere Vereinbarungen seien im „Vorbereitungsstadium". Die im Etat ausgewiesenen Kosten, so teilt der Sprecher mit, beliefen sich 1963 auf mehr als 100 Mill. DM und seien gegenüber dem Vorjahr verdoppelt worden.

5. 6. — Großbritannien. Der Rücktritt des Heeresministers John Profumo erschüttert die Regierung Macmillan und führt fast zum Sturz des Premierministers. Anlaß für den Schritt Profumos ist eine im Unterhaus abgegebene „irreführende und unwahre" Erklärung über seine Beziehungen zu dem „Fotomodell" Christine Keeler. — Am 19. 6. zeigen parlamentarische Nachwahlen in Leeds einen erneuten Rückgang der konservativen Stimmenzahl.

— Iran. Der Schah nimmt Demonstrationen in Teheran und anderen Städten, deren Hintergrund die staatliche Landreform ist, zum Anlaß, vorübergehend das Kriegsrecht zu verhängen und ein befristetes Ausgehverbot anzuordnen.

8 6. — Ost-West-Kontakte. Großbritanniens Oppositionsführer und aussichtsreicher Kandidat für das Amt des künftigen Premiers, Harold Wilson, trifft in Moskau ein. Themen seiner mehrtägigen Gespräche mit sowjetischen Politikern, dar-

unter Ministerpräsident Chrustschow, sind die Berlin- und Deutschlandfrage, sowie ein Abkommen gegen die weitere Ausbreitung der Kernwaffen. Wilson, der auf der Rückreise in Warschau Station macht, schlägt ein jährliches Treffen der Regierungschefs der Großmächte jeweils zu Beginn der UN-Vollversammlung im Herbst vor.

10. 6. — U S A. Vor der American University in Washington entwickelt Präsident Kennedy eine „Strategie des Friedens". Er betont das gemeinsame Interesse der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion an Frieden und Abrüstung und verweist darauf, daß beide Länder niemals in ihrer Geschichte gegeneinander Krieg führten. Kennedy befürwortet vermehrte west-östliche Kontakte und erklärt den Verzicht der USA auf nukleare Versuche in der Atmosphäre, „solange andere Länder keine solchen durchführen". Für Mitte Juli kündigt der Präsident neue amerikanisch-britisch-sowjetische Verhandlungen in Moskau über einen Kernwaffenversuchsstop an. Beobachter sehen in der vielbeachteten Rede eine Anlehnung an die päpstliche Enzyklika „Pacem in terris". — Ministerpräsident Chrustschow begrüßt am 15. 6. in einem „Prawda"-Interview die Erklärungen Kennedys und nennt als eine der Voraussetzungen zur Beendigung des Kalten Krieges den baldigen Abschluß eines „deutschen Friedensvertrages" und die „Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt". (Vergl. „Dokumente zum Zeitgeschehen")

11. 6. — I r a k. Die Regierung setzt Truppen gegen die von Kurden bewohnten Städte und Dörfer im nördlichen Teil des Landes in Marsch. Ein „Ausschuß für die Verteidigung der Rechte des kurdischen Volkes" verbreitet gleichzeitig die Forderung nach Autonomie im Rahmen des irakischen Staates.

— G r i e c h e n l a n d. Mit der Demission von Premierminister Karamanlis wegen seiner Differenzen mit dem Königshaus erreicht die seit Wochen schwelende politische Krise einen Höhepunkt. Das Kabinett hatte König Paul geraten, einen für Juli geplanten Staatsbesuch in London abzusagen, nachdem in der britischen Öffentlichkeit und im Unterhaus Proteste gegen die Ermordung des griechischen Oppositionsabgeordneten Lambrakis angekündigt wurden.

14. 6. — C h i n a. Heftige Kritik an der Auffassung „bestimmter Kreise" von der friedlichen Koexistenz übt die Kommunistische Partei in einem umfangreichen Schriftstück und fixiert 25 Programmpunkte über die „Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung".

14.—19. 6. — W e l t r a u m. Der sowjetische Kosmonaut Valeri Bykowski stellt mit 82 Erdumkreisungen einen neuen Rekord im Raumflug auf. — Als erste weibliche Kosmonautin startet Valentina Tereschkowa am 16. 6. zu einem viertägigen Flug und umkreist die Erde 49mal.

16. 6. — I s r a e l. Ministerpräsident Ben Gurion legt „aus persönlichen Gründen" seine Amtsgeschäfte nach 15jähriger Tätigkeit nieder. Die Nachfolge tritt Finanzminister Eshkol an.

18. 6. — I t a l i e n. Der mit der Kabinettsbildung betraute Generalsekretär der Democrazia Christiana, Aldo Moro, gibt sein Mandat an Staatspräsident Segni zurück, nachdem der Vorstand der Sozialistischen Partei seinem Generalsekretär Nenni die Vollmacht für die parlamentarische Unterstützung einer „Regierung der linken Mitte" verweigert hatte. — Am 21. 6. bildet Kammerpräsident Leone eine nur aus Christdemokraten bestehende „Zwischenregierung".

18.—21. 6. — S o w j e t u n i o n. Ideologische Fragen stehen im Mittelpunkt einer Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU, die sich auch mit den sowjetisch-chinesischen Differenzen beschäftigt. Ministerpräsident Chrustschow weist die in einem Brief vom 14. 6. enthaltene Kritik der KP Chinas zurück. — Wegen der Verteilung dieses Briefes werden am 29. 6. drei chinesische Diplomaten und zwei Studenten aus der Sowjetunion ausgewiesen.

19. 6. — U S A. Ein acht Kapitel umfassendes Bundesgesetz (Civil Right Acts of 1963), zur Überwindung der Rassendiskriminierung, legt der Präsident beiden Häusern des Kongresses vor. Senatoren aus den Südstaaten nennen das Projekt „verfassungswidrig".

19.—20. 6. „Aktion Spiegel". Vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages verweigern die „Spiegel"-Redakteure Schmelz und Ahlers die Aussage über die Herkunft eines als „geheim" gekennzeichneten Protokolls und verweisen auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht nach Art. 5 des Grundgesetzes und der Strafprozeßordnung.

20. 6. — Abrüstung. Amerikanische und sowjetische Diplomaten unterzeichnen im Genfer Palais des Nations ein Abkommen über die Einrichtung einer direkten Fernschreibleitung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml. Der „heiße Draht" soll von Washington über London, Stockholm und Helsinki führen und den Ausbruch eines Krieges durch Zufälle oder Mißverständnisse verhindern. — Die 18-Mächte-Konferenz tritt am 21. 6. in eine mehrwöchige Pause ein, um das Ergebnis der Mitte Juli in Moskau beginnenden Dreier-Gespräche über das Verbot der Kernwaffenversuche abzuwarten.

21. 6. — Vatikan. In der Sixtinischen Kapelle wählen 80 Kardinäle den Erzbischof von Mailand, Kardinal Giovanni Battista Montini, zum Nachfolger des am 3. 6. verstorbenen Papst Johannes XXIII. Das neue Oberhaupt der katholischen Kirche tritt sein Pontifikat unter dem Namen Paul VI. an und setzt die Wiedereröffnung des Konzils auf den 29. September fest.

— DDR-Journalisten. Nach einem Haftprüfungstermin verfügt der Bundesgerichtshof die Freilassung des Ostberliner Chefredakteurs Dr. Grasnick aus 22tägiger Haft. Dr. Grasnick war zusammen mit einem Leipziger Pressevertreter während des Prozesses gegen das DFU-Direktoriumsmitglied Lorenz Knorr in Solingen verhaftet und wegen seiner Tätigkeit beim DDR-Deutschlandsender beschuldigt worden.

22. 6. — Berlin. DDR-Behörden setzen verschärfte Bestimmungen für das Betreten einer Sperrzone 100 m entlang der inneren Stadtgrenze und 500 m an der Grenze um Westberlin in Kraft, die auch alle Bewohner dieses Gebietes und deren Besucher strengen Kontrollen und einer Genehmigungspflicht unterwirft.

23.—26. 6. — Kennedy-Besuch. Der amerikanische Präsident besucht auf seiner Europareise zunächst die Bundesrepublik. Kennedy propagiert in Köln, Bonn, Frankfurt und Westberlin seine Pläne einer „atlantischen Partnerschaft" und bekräftigt den Standpunkt der USA in der Berlin-Frage. Die Gespräche mit dem Bundeskanzler und Mitgliedern des Kabinetts gelten vor allem der multilateralen Atomstreitmacht und einem höheren Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung und Entwicklungshilfe. — Präsident Kennedy reist anschließend nach Irland, Großbritannien und Italien weiter. Kurz vor seiner Ankunft zu Besprechungen mit Premierminister Macmillan in London läßt die britische Regierung verlauten, sie sehe in der geplanten NATO-eigenen atomar ausgerüsteten Überwasserflotte keine militärische Notwendigkeit und ihre Beteiligung an dieser Formation sei fraglich.

24. 6. — Kernwaffenfreie Zonen. Die Regierungen der USA und Großbritannien erteilen auf den sowjetischen Vorschlag vom 20. 5., im Mittelmeerraum nach gegenseitiger Vereinbarung keine Atomwaffen zu stationieren, eine ablehnende Antwort.

27. 6. — Bundeshaushalt. Die Unterzeichnung des noch nicht voll gedeckten Etats für 1963 durch den Bundespräsidenten führt zu einer parlamentarischen Kontroverse zwischen den Koalitionsparteien und den Sozialdemokraten. CDU/CSU und FDP lehnen die vom Vermittlungsausschuß bewilligte Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommens- und Körperschaftssteuer von 38 % für 1964 als unzureichend ab. Finanzminister Dahlgrün (FDP) erklärt in der Debatte, die Bundesregierung müsse mit erhöhten Ausgaben rechnen. Der endgültige Bedarf für das Verteidigungsressort im nächsten Jahr lasse sich noch nicht genau beziffern.

28.—30. 6. Ostblock. Aus Anlaß des 70. Geburtstages des DDR-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht treffen die Parteichefs Chrustschow (UdSSR), Shiwkoff (Bulgarien), Kadar (Ungarn), Gomulka (Polen) und Nowotny (Tschechoslowakei) in Ostberlin ein. Die Zusammenkunft der führenden osteuropäischen Politiker wird gleichfalls als Vorbereitung auf die für den 5. Juli angesetzten sowjetisch-chinesischen Gespräche über die ideologischen Meinungsverschiedenheiten angesehen.

Berichte und Kommentare

Fragwürdige Freundschaft

Seit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages am 22. Januar in Paris durch de Gaulle und Adenauer ist kein halbes Jahr verstrichen. Und schon senken sich auf das, was als historisches Ereignis größter Tragweite gefeiert wurde, die Wolken des Zweifels. Die deutsch-französische Versöhnung wurde gepriesen, doch erhielt die westliche Allianz durch den Akt ihren bisher schwersten Schlag. Die Spitze gegen Großbritannien war unverhüllt, gleichsam eine Krönung seines Ausschlusses aus dem Gemeinsamen Markt. Aber auch die europäischen Partner gerieten angesichts dieser Wiederauferstehung traditioneller Machtpolitik in Aufruhr. Nicht zuletzt zeigten die USA ihre Mißbilligung. Keine laute Propagandatechnik, kein künstliches Bemühen um Volksbegeisterung (die übrigens sowohl im einen wie im anderen Lande ausblieb, wo die gebrannten Kinder bitteres Mißtrauen gegen pompös präsentierte „geschichtliche Ereignisse" empfinden) vermochten diese Mißtöne zu verdecken.

Inzwischen sind diese noch stärker, noch unüberhörbarer geworden. Die Kritik im Westen ist unverändert geblieben und errichtete um de Gaulle eine Mauer der Isolierung. In der Bundesrepublik wuchsen die Bedenken. Der Vertrag, den Adenauer als Triumph seines Lebenswerkes hinstellte, konnte seinen Abgang nicht vertagen, eher beschleunigte er ihn. Keine amtlichen Lobeshymnen vermochten aus der Welt zu schaffen, daß der Kanzler, der immer ein Fürsprecher der europäischen Vereinigung zu sein behauptete, diesem Ziel den denkbar schlechtesten Dienst erwies, indem er sich mit dem französischen General zusammentat, der aus seiner alten nationalstaatlichen Überzeugung kein Hehl macht. Was höchster Triumph sein sollte, erinnert an die Aufgabe wesentlicher Grundsätze. Adenauer, der in vierzehnjähriger Regierungspraxis die Feindschaft gegenüber dem Osten gepflegt hatte, brachte es nunmehr fertig, auch den Westen gegen sich aufzustacheln. Kein Beifall der amtlichen Claque konnte die Enttäuschung übertönen. Vergeblich hatte der Bundeskanzler nach einer Apotheose für seinen Abschied gesucht. So zwang ihm das Parlament einen Zusatz auf, der dem Vertrag seine gefährlichsten Stoßzähne gegenüber den westlichen Partnern nehmen wollte. Es ist zu erwarten, daß Nachfolger Erhard einen Kurs steuern wird, der wesentlich von diesem Weg fortführt und das Ziel verfolgt, das Porzellan zu kitten, welches Adenauer in den letzten Monaten seiner Herrschaft zerschlug. Schon ist der Beweis erbracht, daß die Achse Paris—Bonn das ungünstige Urteil über seine Außenpolitik nicht beeinträchtigt, — ganz im Gegenteil. Damit wurde nichts verbessert, alles verschlimmert.

Eine andere Frage stellt sich: Welches war der Zweck des Vertrages, und was sah in ihm jeder der beiden Bundesgenossen? Und auch: Wer zeigt sich als der Stärkere in der neuen Allianz, wer verfügt über die gründlichere, weitreichendere Konzeption? Es war sogleich offensichtlich, daß Paris und Bonn verschiedene Ziele verfolgten, daß jeder den Vertrag als Mittel betrachtete, um seine eigene Politik durchzusetzen. Deutlich war auch, daß es nicht darum ging — wie es in dem Dokument heißt —, die Freundschaft zwischen den zwei Staaten zu besiegeln. Sie ist schon seit langem Tatsache, ohne daß es dieser Bestätigung bedurfte. Der Widerstand, der in fast allen Ländern ausbrach, bewies, daß etwas anderes als dieser Vorwand im Spiele war. Viel eher als um eine Fort-

setzung des Nachkriegskurses handelt es sich um etwas Neues. Die Politik westeuropäischer Einigung wurde durch eine Politik nationaler Macht ersetzt, die sich vor allem gegen die eigenen Verbündeten richtet. Der geistige Vater des Vertrages ist nicht Adenauer, sondern de Gaulle. Das Bündnis beruht auf dessen Auffassungen vom Vorrang der Nation, allen gemeinsamen Verträgen und dem zeitbedingten Hochruf auf Europa zum Trotz. Nicht de Gaulle zeigte sich abtrünnig, es war Adenauer. Der General blieb sich selber treu: Nach dem Kriege hatte er nicht aufgehört, jeden Verzicht auf nationale Souveränität zu bekämpfen. So verwarf er sowohl Europaarmee wie auch Gemeinsamen Markt.

Die Blockpolitik, die er mit Bonn bezweckt, entspricht einer grundsätzlichen Entscheidung, keiner taktischen Laune. Im Falle der Bundesrepublik ist man eher geneigt, auf letzteres zu schließen. Daher wird sie bereits wankelmütig, nimmt Abstriche vor, versucht zu entkräften, die aufgebrachten Europäer und Amerikaner zu beruhigen. Schon bemüht sie sich von neuem um Großbritannien und bekennt sich, zum Ärger de Gaulles, zur amerikanischen Atomstrategie. Nichts dergleichen in Paris. Dort hält man an dem Kurs, den die Allianz mit Bonn ausdrückt, mehr denn je fest; dort nimmt man keine Abstriche vor und versucht nicht, zu entkräften. Im Gegenteil, die Linie wird aufrechterhalten und immer säuberlicher herausgearbeitet. Dabei kommt dem Vertrag gar keine zentrale Bedeutung zu, er ist eines der zahlreichen Elemente einer im wesentlichen gegen die USA gerichteten Politik. Das zeigte auch die Debatte, die um die Ratifizierung im Palais Bourbon geführt wurde. Es war viel mehr die Rede von Washington als von Bonn, und selbst wo von diesem gesprochen wurde, dachte man ans erstere. Der Pakt und die Force de frappe: das sind zwei Ausdrucksformen ein und derselben Politik. In den Ausführungen des Ministerpräsidenten Pompidou nahm denn auch das Verhältnis zu den USA einen bedeutenden Platz ein. Die französische Politik begründete er mit einem vollständigen Wandel in der militärstrategischen Weltlage: „Das Aussehen der Welt, das Kräftegleichgewicht haben sich verändert." Was ist das Neue? Die Amerikaner, die lange das Atommonopol besaßen, haben es verloren: „Die Sowjetunion hat ihre Rüstung derart entwickelt, daß sie die Vereinigten Staaten vernichten könnte." Aus Furcht vor einem Gegenschlag, meinte Pompidou, könnten die USA zögern, Europa zu verteidigen: „Aus diesem Grunde haben wir die gebieterische Pflicht, für uns und im Dienste Europas über ein Minimum an Abschreckungskraft zu verfügen: Der Gegner wüßte dann, daß sein eigener Boden, wenn auch nur schwach, erreicht werden könnte." Das klingt nicht nach siegreichen Fanfarenstößen, eher nach Trost. Doch zielt die gaullistische Strategie auf Frieden ab, nicht auf Krieg, von dem sie sich nicht das geringste verspricht. Außenminister Couve de Murville ging auf diese Vorstellungen ein. Er gab zu, daß sich eine „tiefe Veränderung" im Verhältnis zwischen den USA und Frankreich vollziehe. Europa müsse — unter französischer Führung — zu einem „wirklich gültigen Partner" der USA werden, um dann, wenn „die Sowjets sich genügend entwickelt haben, ein relatives Gleichgewicht mit dem russischen Reich im Osten herzustellen." Zu diesem Zweck „muß sich Deutschland notwendig auf unserer Seite befinden, das heißt mit Frankreich verbunden sein." Auf seiner neuen Propagandatournee drückte sich der Staatspräsident genauso deutlich aus, indem er betonte, Europa müsse „die gleiche Macht" werden wie Amerika jenseits des Atlantik, bevor es „die Entspannung, vielleicht die Verständigung und sicher eines Tages die Zusammenarbeit" mit der UdSSR vorbereite. In der letzten Zeit wurden die Ziele dieser Politik mehrfach analy-

siert. Der belgische Außenminister Spaak schrieb in den „Foreign Affairs", daß de Gaulle darauf aus sei, „den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa zu beschleunigen, weil er auf jeden Fall diese Eventualität für unvermeidlich ansieht." In diesem Vakuum könne dann Frankreich seine Hegemonie verwirklichen. Ganz ähnlich ist auch die Deutung Walter Lippmanns, der in den Bestrebungen de Gaulles „eine Politik nach dem Ende des Kalten Krieges" sieht: „Der General handelt nach der Überzeugung, daß der Kalte Krieg in einer absteigenden Phase ist, doch daß auf ihn nicht der Weltfriede und die Abrüstung folgen werden. Die gaullistische Politik für die Periode nach dem Kalten Krieg gründet sich auf die Hypothese, daß, wenn wir letzten Endes mit der Sowjetunion ein Übereinkommen abgeschlossen haben, die Rivalität zwischen den Mächten weitergeht und daß es mehrere gegnerische Mächte geben wird, nicht nur zwei, die Nuklearwaffen besitzen." Diese Interpretierung scheint der Wahrheit ziemlich nahezukommen. Sie zeigt, daß de Gaulle zwar nicht an einen Weltkrieg glaubt, daß er jedoch auch nichts unternimmt, um einen echten Friedenszustand herzustellen, an den er ebenfalls nicht glaubt. Seine unnachgiebige Politik in der Berlinfrage beweist das ebenso wie seine Weigerung, sich an den Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen.

Die Beteiligung Bonns an diesem Unternehmen ergibt sich viel mehr aus solchen taktischen Überlegungen in der Hoffnung, das gefürchtete Debakel einer sowjetisch-amerikanischen Verständigung in der Deutschlandfrage verzögern zu können, als aus einer Billigung der grundsätzlichen gaullistischen Zielsetzungen. Diese lösen Bedenken aus, in Bonn wie in Paris. Wenn „Die Welt" von einer „Ernüchterung im Palais Bourbon" schrieb, so darf nicht weniger von einer Ernüchterung in der Bundesrepublik gesprochen werden. Der Widerstand in Paris wurde von den klassischen Europa-Verfechtern getragen: von Sozialisten und Radikalen. Aber auch unter den christlichen Volksrepublikanern herrschte Unwohlsein vor. Die Opposition griff zwei Themen auf: die beschädigte Europa-Allianz und die antiamerikanische Spitze. „Was Sie Aufbau Europas nennen, ist nur ein kontinentales Bündnis und die Suche nach einem Kräftegleichgewicht", erklärte der sozialistische Generalsekretär, Guy Mollet, der im übrigen de Gaulle beschuldigte, den deutschen Nationalismus zu ermutigen. Der Vorsitzende der Radikalen, Maurice Faure, meinte: „Der Aufbau Europas und die atlantische Gemeinschaft sind in voller Krise. Frankreich ist allein, die Welt ist geteilt." Als Sprecher der Volksrepublikaner äußerte der frühere Ministerpräsident Pflimlin sowohl seine europäischen Bedenken wie seine Furcht angesichts der Force de frappe. Die verschiedenen, mehr oder weniger scharfen Kritiker trafen sich in der Forderung, den Vertrag durch eine ähnliche Erklärung zu ergänzen, wie es im Bundestag geschah. Als dies unter formellen Gründen abgelehnt wurde, forderten sie die Vertagung der Debatte, wobei sie 183 Stimmen gegen 277 aufbrachten. Der immer noch beträchtliche Mythos de Gaulles und seine bequeme Mehrheit in der Nationalversammlung machten auch aus dieser Debatte eine Formalität. Doch ist nicht zu übersehen, daß die bis jetzt als privates Reservat des Staatschefs angesehene Außenpolitik strenger unter die Lupe genommen wird. Eine Stellungnahme von unübertrefflicher Plumpheit war die Äußerung Staatssekretärs von Hase, wonach „das gesamte demokratische Lager" hinter dem Vertrag stehe. Das ist eine eigentliche Einmischung in innerpolitische Verhältnisse: Mitnichten steht es Herrn von Hase zu, solchen überzeugten Demokraten wie den Sozialisten ihre Gesinnung abzustreiten, nur weil sie sich dem General und seinen Bonner Freunden (die anscheinend das Monopol auf

demokratische Überzeugung besitzen) widersetzen.

Der nun ratifizierte Pakt ist fragwürdiger in seiner Bedeutung geworden, als er es schon bei seiner Unterzeichnung war, als sich de Gaulle und Adenauer für das historische Foto um den Hals fielen. Paris und Bonn, heute bereits mehr getrennt als geeint, werden unter gemeinsamem amerikanisch-europäischem Druck noch weiter auseinanderstreben. Zwei verschiedene strategische Ziele werden noch mehr ihre Unvereinbarkeit enthüllen. Der Vertrag beschwört eine falsche Freundschaft für falsche politische Vorstellungen. Adenauer wird gehen. Der General wird allein seine einsame Gratwanderung fortsetzen, unbeirrbar wie der einsame Ritter Don Quichotte, auf Macht und Größe aus, während die Welt nach Frieden verlangt. So bestechend manche seiner Überlegungen zu sein scheinen, so sehr muß man doch fragen, ob ihr vermeintlicher Realitätscharakter nicht vor allem auf Selbsttäuschung beruht. De Gaulle denkt in Schemen klassischer Machtpolitik; daher möchte er Atomwaffen haben, um als Vierter im Kreis des Dreier-Klubs ein Wort mitreden zu können. Von diesem Standpunkt aus sollte ihm die Rolle Großbritanniens in der Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR eine Warnung sein: über kaum ein Prozent der gesamten atomaren Streitmacht verfügend, fällt es kaum ins Gewicht. Frankreichs atomares Potential ist noch geringer, im übrigen erst um 1970 herum mehr als nur theoretisch vorhanden. Erst dann wird es über einige Atombomben des völlig veralteten Typs von 1945 verfügen, die mit Flugzeugen transportiert werden müssen, während die beiden großen Mächte Raketen besitzen. Jules Moch, ein glänzender Spezialist, bemerkt dazu: „Der Frosch will so dick werden wie der Ochse". Daß dieses Schauspiel Washington und Moskau beeindrucken wird, ist nicht wahrscheinlich. So ist gerade das, was als Realpolitik präsentiert wird, mit Illusionen gespickt. Aber de Gaulle kann aus seinem Denken nicht heraus, dem er ein ganzes Leben lang anhing. Außerhalb der Machtpolitik sieht er nichts, selbst wenn er über keine eigenen Machtmittel verfügt. Dabei ist seine persönliche Erfahrung lehrreich genug: Gelang es ihm 1945/47, sich gegenüber den Alliierten durchzusetzen mit seiner Politik, die auf Zerstückelung Deutschlands hinauslief? Sein heutiges Ansinnen ist genauso illusionär. Und so bleibt der beklemmende Schluß, daß diese tragikomische Gestalt eines vermeintlichen Machtsymbols wegen reale Friedenschancen untergräbt. Da die französische Atombewaffnung, selbst wenn man sie konsequent durchführt, immer minimal sein wird angesichts der beiden Atomgiganten, wird sie diese auch nicht beeindrucken können. Sie wird von geringerem materiellen Gewicht sein als die Verbundenheit mit den Friedenskräften in der Welt, die sich insbesondere in der großen Gruppe der blockfreien Nationen verkörpern. Doch dafür hat de Gaulle, in ewigen Kampfkategorien denkend, nichts als Verachtung übrig. Das Friedensforum der Vereinten Nationen überschüttete er mehrfach mit Hohn. Dem Trugbild der Macht nachjagend, verschärft er die Weltlage, indem er den unverantwortlichsten Kräften das verheerende Beispiel selbständiger Atomrüstung liefert und damit die gemeinsame positive Anstrengung Washingtons und Moskaus durchkreuzt, die gefahrvolle Ausbreitung der Massenmordinstrumente zu verhindern. Das dürfte ein wesentlicher Grund der plötzlichen Liebe Bonns für den französischen General sein. Und das unterstreicht auch die Drohung, die beide einer Befriedung entgegenstellen. De Gaulle, im Machtdenken der Epoche vor 1914 großgeworden — genauso wie Konrad Adenauer: trotz ihrer ungeheuren Verschiedenheit tragen sie diesen gemeinsamen Stempel —, ist außerstande zu begreifen, daß die einzige wirkliche Realpolitik in dieser Zeit sich konsequent dem Frieden widmen muß,

so neu und unglaublich das Unterfangen auch zu sein scheint. Eine deutsch-französische Freundschaft, die auf solchem Fundament beruht, ist immer noch zu schaffen, — dem jetzt ratifizierten Vertrag zum Trotz.

Heinz Abosch, Paris

Trend zur Vernunft in Wien?

Das Ergebnis der Nationalratswahlen im November 1962 hatte auf viele verwirrend gewirkt. War es dem „Reform"-Flügel der ÖVP nun doch gelungen, breitere Wählerschichten zu mobilisieren? Oder trug die Verwaschenheit der SPÖ-Politik, die allen etwas bringen will, aber jedem zu wenig gibt („Pittermann für Jedermann"!) am Mandatsgewinn der ÖVP die Schuld? Beides nur in geringem Maß; eine kleine wahltechnische Verschiebung (Anpassung der Wahlkreise an die Ergebnisse der letzten Volkszählung) hatte den Zuwachs an ÖVP-Mandaten verursacht. Daß es nicht m e h r war, sollte sich bald herausstellen. Die Position der SPÖ als Verhandlungspartner erwies sich als ungeschwächt, und die Zugeständnisse, die der ehemalige und künftige Koalitionspartner ihr nach viermonatigem zähem Verhandeln abringen konnte, sind unbedeutend.

Der Kampf im Verhandlungsausschuß und seinen Unterkomitees — die Pressebulletins darüber wirkten wie jene über das Befinden eines schwerkranken Monarchen — ging von seiten des radikalen Flügels der ÖVP vor allem um den Posten des sozialistischen Außenministers Dr. Kreisky. Dieser wendige, konziliante und hochbefähigte Mann ist keine „Säule", kein „Fels in der Brandung". So war er auch in wichtigen, für Österreichs Zukunft bedeutungsvollen Anliegen, wie in der Auslegung der „immerwährenden Neutralität" und in der Regelung der EWG-Beziehungen, verschiedenartigen Einflüssen und Strömungen in der eigenen Partei ausgesetzt und wurde in der Durchführung seines an sich richtigen Konzeptes zuweilen schwankend. Gewiß bleibt er auch in seinen jetzt eingeschränkten Befugnissen — die Außenhandelsagenden wurden von seinem Ministerium abgetrennt — ein Exponent der Vernunft gegenüber einem allzu heftigen politischen und wirtschaftlichen „Anschlußstreben" und wird, wo er sich durchsetzen kann, eine allzu offensichtliche Aushöhlung der österreichischen Neutralität, wie sie vom radikalen ÖVP-Flügel und den sogenannten „Nationalen" (der Freiheitlichen Partei Österreichs) angestrebt wird, verhindern.

Auf Innenminister Afritsch (SPÖ) folgte Olah, ein „starker Mann" der SPÖ, der imstande gewesen war, den Parteifreunden sein Nationalratsmandat hinzuwerfen, weil sie sich in Lohnverhandlungen gegenüber dem Koalitionspartner als zu „waach" (weich) gezeigt hatten. Von diesem vitalen und volkstümlichen Mann, der leicht aneckt, aber der Zustimmung starker und einflußreicher Teilgewerkschaften gewiß sein kann, sind unter Umständen Überraschungen zu erwarten.

Die Veränderungen auf der ÖVP-Seite sind viel geringer, doch dürfte es in dieser Partei zu einer langsamen Strukturänderung kommen, die sich derzeit noch nicht nach außen auswirkt. Interessant ist die Meinung des Korrespondenten der Zürcher Zeitung (27. 2. 63) zu diesen Verschiebungen:

„Die VP hat durch diese Verschiebung (nämlich den Stimmengewinn in den Bundesländern. F. K.) ein anderes Gesicht bekommen; sie ist heute stärker als früher nach dem Vorbild der deutschen CDU und dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtet. Mit dem ehemals dominierenden Einfluß der Wiener und niederösterreichischen Parteiorganisation ist auch die Bedeutung der katholischen Soziallehre für die Politik der Gesamtpartei schwächer geworden. Der Zug nach rechts ist unverkennbar."

Und dieser Zug äußerte sich vor allem im Streben der „Reformer", sich, im Bewußtsein des Mandatsgewinnes, von der Koalition mit der SPÖ loszumachen und, wenn diese bestimmte Mindestforderungen nicht erfüllen, z. B. Dr. Kreisky nicht opfern sollte, die Bildung der neuen Bundesregierung zusammen mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zu versuchen. Dieser Versuch scheiterte vor allem daran, daß Bundespräsident Dr. Schärf mehrmals und ausdrücklich im Laufe der Verhandlungen darauf bestand, daß diese von den beiden früheren Regierungsparteien weitergeführt und und daß ein Kompromiß erzielt werden müsse. Die Zeitschrift „Die österreichische Nation" (April 1963), ein Organ konservativer österreichischer NS-Gegner, drückt dies folgendermaßen aus:

„Sowohl Bundespräsident General Dr. h. c. Theodor Körner wie Bundespräsident Dr. Adolf Schärf haben verhindert, daß Angehörige einer Gruppe, die sich programmatisch n i c h t zum österreichischen Volk bekennt und die gegen die Neutralitätserklärung 1955 gestimmt hat, Gelegenheit erhielten, die Geschicke Österreichs mitbestimmen zu können."

Groß war selbst in der SPÖ die freudige Überraschung über den markanten Wahlerfolg Dr. Schärfs bei der Bundespräsidentenwahl. Auch hier liegt die Versuchung nahe, Nebengründe zur Hauptsache zu machen. Daß es ein im Amt befindlicher Bundespräsident leichter hat, ist klar. Wenn einem solchen Kandidaten selbst von politischen Gegnern die unparteiische Führung der Geschäfte bescheinigt werden muß, kann ihm dies bei schwankenden und abwägenden Wählern nützen. Daß sein ernstzunehmender Rivale, Ing. Raab, ein „Freiheitskanzler" ist und „uns den Staatsvertrag gebracht hat", hat gewiß nicht er selbst erfunden, sondern seine Manager, und zu einem Vertrag gehören bekanntlich zwei: hat er denn 1955 die Sowjets zum Abschluß dieses Vertrages g e z w u n g e n ? Bei seinen Wahlreden und -reisen macht dieser aufrechte und sympathische Mann einen kranken und müden Eindruck, was wieder zur — wohl übertriebenen — Beschuldigung Anlaß gab, seine Parteifreunde hätten ihn ohne Rücksicht auf weitere Lebensdauer „verheizen" wollen.

Dies alles sind Nebengründe, die man zwar nicht übersehen soll, doch gibt es gewichtigere: die Enttäuschung großer Wählerschichten über das intransigente Verhalten der ÖVP-Unterhändler, das die Regierungsbildung ungebührlich lange hinauszögerte; die oft uneingestandene Abneigung gegen ein allzu starkes Übergewicht der Arbeitgeberseite der ÖVP (Großagrarier und Industrielle) in Staat und Wirtschaft, mit all seinen ungünstigen Folgen bei Lohnkämpfen im Stadium der „verdeckten Regression"; die Abneigung gegen allzu starke Annäherung an die als unruhig und friedensgefährdend empfundene offizielle Außenpolitik der Deutschen Bundesrepublik; die Abneigung gegen hemmungsloses Einströmen westdeutschen Kapitals und gegen eine ebenso hemmungslose Hingabe an die EWG; das disziplinierte Eintreten der KPÖ-Wähler (etwa 135 000) für Dr. Schärf, obgleich es in dessen Partei auch heftige Antikommunisten gibt; schließlich und nicht zuletzt die Sorge um Erhaltung der Neutralität und des Friedens.

Keine der angeführten Tatsachen berechtigt — für sich allein betrachtet — zur Überzeugung, daß der „Trend zur Vernunft" in Hinkunft in der österreichischen Innenpolitik stärker spürbar sein wird. Hält man sie aber zusammen und hält man die Entwicklung der Habsburg-Affäre daneben — die Anfang Juni mit solcher Heftigkeit begann, als wäre im Geschrei auch der letzte Rest Vernunft untergegangen, und nun kurz vor einer akzeptablen Lösung steht — dann gewinnt die Hoffnung auf den „Trend zur Vernunft" wieder an Realität. Was ist eigentlich geschehen?

Zuerst die juristische Seite: das Habs-

burgergesetz 1919 hatte neben Landesverweisung und Vermögenskonfiskation auch die Bestimmung enthalten, daß jene Habsburger, die sich als treue Bürger der österreichischen Republik bekennen, zurückkehren dürfen. Die vorgesehene Erklärung muß „von der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß" (des Nationalrates, F. K.) für ausreichend erachtet werden. Eine solche Erklärung laut vorgeschriebenem Text hatten schon vorher einige Erzherzöge abgegeben; am 31. Mai 1961 entschloß sich auch Dr. Otto Habsburg zu dieser Verzichterklärung, obgleich ihm dies von der streng legitimistischen Gruppe seiner österreichischen Anhänger sehr verübelt wurde. Da in der österreichischen Bundesregierung nur dann ein Beschluß zustandekommt, wenn Einstimmigkeit herrscht, die sozialistischen Regierungsmitglieder aber die Erklärung des Habsburgers nicht für ausreichend, das heißt wegen seiner früheren Prätentionen und Äußerungen nicht für glaubwürdig hielten, kam kein Beschluß zustande. Die Erklärung „galt als abgelehnt"; Dr. Habsburg wurde nicht verständigt. Er brachte darauf durch seinen Rechtsanwalt Dr. Draxler beim Verfassungsgerichtshof, einem der drei obersten Gerichte der Republik, eine Beschwerde wegen Verletzung der staatsbürgerlichen Grundrechte ein, doch erklärte sich dieses Gericht für unzuständig. Die Kombination „Bundesregierung + Hauptausschuß" sei keine Verwaltungsbehörde, und die Tätigkeit einer gesetzgebenden Körperschaft könne der Verfassungsgerichtshof nicht überprüfen. Darauf ging Dr. Habsburg zum Verwaltungsgerichtshof mit einer „Säumnisbeschwerde" und bekam mit Erkenntnis vom 31. 5. 63 recht: die Bundesregierung sei „säumig" geworden, der Verwaltungsgerichtshof entscheide daher an ihrer Stelle: der Wortlaut der Erklärung Dr. Habsburgs sei ausreichend, und er könne nach Österreich einreisen.

Diese einander widersprechenden Entscheidungen der obersten Gerichte Österreichs sind beide vom juristischen Standpunkt aus anfechtbar, aber sie sind beide inappellabel! Und damit wäre die Causa Habsburg zu Gunsten des heute 51jährigen ältesten Sohnes des Kaiserpaares Karl und Zita entschieden, wenn sie eine rein juristische Causa wäre.

Das ist nicht der Fall. Das Problem der Rückkehr ist in hohem Grade ein politisches Problem. Es hat neue Fronten geschaffen, neue Gegensätze im österreichischen Volk aufgerissen, neue, wenn auch ephemere Bündnisse entstehen lassen, wie jenes, das sich auf so sensationelle Weise in der Parlamentssitzung vom 5. 6. 63 zeigte, als die ÖVP erstmalig von SPÖ und FPÖ niedergestimmt wurde. Ein großer Teil der politisch bewußten Östereicher, vertreten u. a. durch die SPÖ, den Österreichischen Gewerkschaftsbund mit 1,5 Millionen Mitgliedern, die KPÖ, zusammen mit vielen nicht parteigebundenen republikanischen Bürgern und Bauern, lehnt die Rückkehr Dr. Habsburgs energisch ab. In der Presse wurde verschiedentlich auf seine in Reden, Büchern, Vorträgen, Briefen geäußerten Prätentionen hingewiesen, die seine formale Verzichterklärung als zweifelhaft und seine Absichten nach einer Niederlassung in Österreich als gefährlich für den inneren Frieden und für die Neutralität des Landes erscheinen lassen. Die Verfechter eines formellen Rechtsstandpunktes, die sich nicht zufällig mit den Anhängern eines extremen konservativen Rechtskurses innerhalb der ÖVP und mit den Traditionsmonarchisten in einer Front befinden, haben wenig Aussicht, gegen die massive Ablehnung aufzukommen, die die Rückkehr des Habsburgers erfährt. Umsomehr, als die ÖVP als Gesamtpartei bisher nichts getan hat, das man ihr als „monarchistisch" ankreiden könnte. Es sieht eher so aus, als hätten einige sehr gewiegte Politiker dieser Partei es verstanden, den Komplex der Rückkehr, ohne sich die Hände schwarz-gelb zu

beflecken, sachte von der politischen Ebene auf die juristische zu schieben, wo man ihn ruhig dem klaglosen Funktionieren einer wohlbekannten Maschinerie überlassen konnte. Dieses vorsichtige Verhalten brachte dieser Partei, die auch weiterhin als „republikanisch" angesehen werden will, gemeinsam mit Dr. Habsburg einen juristischen Erfolg, dürfte aber letzten Endes sich politisch eher ungünstig auswirken. Denn die simplifizierende Gleichung „Otto = ÖVP" läßt sich, ohne treue Anhänger zu kränken, schwer auf wirksame Weise widerlegen, und die vielen gemeinsamen SP- und KP-Aktionen in den Betrieben wie auch die seltene Einmütigkeit dieser Fraktionen im Gewerkschaftsbund müßten jenen zu denken geben, die Dr. Habsburg als Sammelpunkt für „Kalte Krieger", für Gegner der Neutralität und der Koexistenz, für Verfechter einer Aggression gegen Österreichs Nachbarstaaten, als Fahne der Reaktion verwenden wollen.

Denn außer der juristischen, der persönlichen, der innenpolitischen hat diese Rückkehr auch eine außenpolitische Seite. Hier sei nur kurz auf die Stellungnahmen der Zeitungen „Borba", „Népszabadság", Lidové Noviny" und „Prawda" verwiesen; eine genauere Betrachtung dieser Seite der Affäre ist vielleicht in einem späteren Artikel möglich.

Dr. Friedrich Kollmann, Wien

Die Lage

Johannes Weidenheim

Nach Kennedys Besuch

I.

In der Rückschau ein ereignisreicher Monat, dieser Juni 1963 in der Bundesrepublik: Zuerst der Reihe nach die berühmt-berüchtigten Jahrestreffen der drei größten „ostdeutschen Landsmannschaften" (wobei, wie immer, verständliche und ehrenhafte Heimatgefühle der Menschen in bramarbasierende, gefährliche politische Phrasen umgemünzt wurden und es bei einem um ein Haar zu Tätlichkeiten aufgeputschter schlesischer Chauvinisten gegen einen demokratischen Journalisten gekommen wäre), dann der 17. Juni mit seiner im letzten Moment durch den Bundespräsidenten zur Überraschung aller vollzogenen Umbenennung aus „Tag der Einheit" in „Nationaler Gedenktag" (welchen Unterschied niemand so recht zu kapieren vermochte — was allerdings den Millionen, die diesen zusätzlichen Feiertag auch weiterhin zu Erholung und Vergnügen benutzen werden, gleichgültig ist), und schließlich Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Als John F. Kennedy auf deutschem Boden landete, hatte man jene seine große Rede vom 10. Juni vor der „American University" in Washington in frischer Erinnerung, die man getrost eine Friedensrede*) nennen kann, hauchte sie doch nicht nur etwas vom Geiste Papst Johannes' XXIII., sondern auch schon ein Weniges

*) Wortlaut s. im Dokumentationsteil

vom Atem Nikita Chrustschows, — und das ist doch gewiß der erste Umriß des Friedens, wenn der Feind des Feindes Sprache anzunehmen beginnt (was man auch bei Chrustschow schon registrieren konnte). Von welchem geistigen Zuschnitt dieser energievolle junge Mann ist — Mischung aus Sportsmann und Intellektuellem, verwöhntem Sprößling aus reichem Hause und leidendem Grübler —, zeigt seine Ansicht von der Möglichkeit, auf Erden für immer Frieden zu schaffen:

> „Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein Schicksalsproblem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen ..."

Dergleichen sagen sonst eigentlich nur Sozialisten. Bei uns jedenfalls bekommt man von vergleichbarer Plattform solche Bekenntnisse zur Unteilbarkeit und Weite der menschlichen Würde nicht zu hören, bei uns stoßen sich die Regungen des Menschen gar bald an der Mauer des „Schicksals" wund (Hitler nannte das „Vorsehung", gemeint war das gleiche), bei uns ist Krieg immer noch etwas „Elementares", nicht etwas von Menschen Angezetteltes: dieser Präsident, obwohl ebenfalls katholisch, ist von ganz anderem Schlag als Heinrich Lübke oder Konrad Adenauer (die mit ihm in etwa noch vergleichbaren bundesrepublikanischen Spitzenpolitiker evangelischer Konfession sind nicht ausgenommen): Frische des Gedankens, ja überhaupt Liebe zum Gedanken zeichnet ihn aus; die Welt ist für ihn kein Zustand, sondern ein Prozeß; er ist der lebendige Beweis für seine eigene Entwicklung, und er traut auch anderen Entwicklungen zu, nicht zuletzt seinen Gegnern. Er zählt zu den wenigen unorthodoxen — und allein schon deshalb sympathischen — Herrschern dieser Welt.

Spürten unsere Massen das? Jedenfalls jubelten sie ihm zu und huldigten dem mit Gesten so Sparsamen stärker als seinerzeit dem Magier Charles de Gaulle — und dies, obwohl sich doch spätestens seit dem 13. August 1961 bei uns eine zunehmende antiamerikanische Stimmung breitgemacht hatte, angefacht und geschürt von jenen, die es den „Ami's" bis heute nicht vergessen haben, daß sie beim Bau der Mauer die Zuschauer spielten. Kennedy hatte das nicht zu entgelten; er erfuhr Ovationen in einem Ausmaß, daß einem der eigene alte Bundeskanzler an seiner Seite leid tun konnte.

Wenn wir sagten, bei seiner Ankunft in Deutschland habe man Kennedys Friedensrede noch frisch in Erinnerung gehabt, so soll das auch heißen, daß so mancher bei uns entschlossen war (und es bleiben wird), des Präsidenten Handlungen fortan an eben dieser Rede zu messen, — stellt diese doch das auf westlicher Seite bisher markanteste Bekenntnis zur Notwendigkeit der Entspannung, zur Koexistenz und für die Beendigung des Kalten Krieges dar. Sie ist eine Variation auf das Thema „Im Zeitalter des nuklearen Gleichgewichts gibt es keine Alternative zur Koexistenz" (Walter Lippmann), das in aller Welt immer häufiger und mit zunehmender Eindringlichkeit gestellt wird. Hingegen, die Stunde ist soweit fortgeschritten, daß man von jedem, der so etwas erklärt, das erwarten muß, was Kennedy in der Frankfurter Paulskirche selber gefordert hat: „Aber lassen wir den Worten Taten folgen ..."

Hat der Präsident der USA seinen ebenso ernsten wie vernünftigen Worten „Taten folgen lassen"? Hat er seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, diesem gärenden, von gefährlichen Illusionen gebeutelten Land, dazu benutzt, Öl auf die Wogen zu gießen, die erhitzten Köpfe abzukühlen und auf die Entwicklung kraft seines Amtes und seiner Macht mäßigend einzuwirken? Eine schlüssige Antwort kann darauf noch nicht gegeben werden, da Inhalt und Verlauf seiner politischen Gespräche mit Adenauer und Erhard nicht bekannt sind. Wir müssen uns an das halten, was an die Öffentlichkeit drang, also in erster Reihe

an seine weiteren Reden. Wer vielleicht gehofft hatte, Kennedy würde die beziehungsreiche, imposante Chance einer Festveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zur Verkündung eines gewissen „neuen Kurses" benutzen (just auf deutschem Boden, denn von der Entwicklung in Deutschland hängt der Ausbruch eines Weltkrieges in hohem Maße ab), der fühlte sich enttäuscht; das konnte wohl auch gar nicht anders sein — ist es doch politisch klüger und auch praktikabler, das Einschlagen neuer Wege nicht einfach zu proklamieren (und von Stund an geht es dann andersherum), sondern im stillen und Schritt für Schritt zu vollziehen. Zu hoffen, daß es so kommen kann, berechtigen uns immerhin einige Anzeichen. Das ganze deutsche Volk kann Kennedy nur dankbar sein dafür, daß er den Kalten Krieg wenigstens nicht noch mehr angeheizt hat; seine Worte waren maßvoll und auf Korrespondenz mit der anderen Seite angelegt, seine Gedanken über eine „Strategie des Friedens" wirkten echt, und vor der Mauer sagte er, zur Enttäuschung mancher Kreuzritter, lieber gar nichts. Vor dem Schöneberger Rathaus allerdings schien auch dieser kühle Kopf die Beherrschung zu verlieren; im Text zwar auch hier noch meist darauf gerichtet, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, fiel diese Ansprache dennoch aus dem Rahmen; durch das Pathos ihres Vortrages und den rein emotionalen Ton. Westberlin scheint eben zur Zeit kein Platz für kühle Köpfe zu sein (obwohl sie dort am notwendigsten sind): es stößt sie entweder ab oder verwirrt sie. So blieb, zusammenfassend, in bezug auf das Verhältnis zum Osten ein wenn auch nicht beunruhigender, so doch uneinheitlicher Eindruck zurück. Einerseits betonte der mächtigste Mann der westlichen Welt, die USA hätten die Teilung Deutschlands nie anerkannt und würden das auch in Zukunft nicht tun, andererseits aber rief er den Professoren und Studenten der Berliner Freien Universität zu:

> „Was erfordert die Wahrheit? Sie verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge sehen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, daß wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken. Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, so, wie sie wirklich sind, nicht so, wie sie hätten sein können, und nicht, wie wir uns wünschen, daß sie gewesen wären."

Niemand vermag nach diesem „Arbeitsbesuch" zu sagen, ob der Präsident der USA die Bundesregierung gedrängt hat, die „Gegebenheiten" (also die Tatsache zweier deutscher Staaten), in welcher Form auch immer, endlich anzuerkennen, oder nicht. Weitaus geschlossener ist der westliche Teil des Bildes, der Eindruck nach Westen hin, und hier schimmert auch der eigentliche Zweck des Besuches durch. Es war eine Reise des obersten Herren eines mächtigen Bündnisses zu einem seiner (kleineren) Verbündeten, dem es Verschiedenes klarzumachen galt. Es war weder eine Huldigungsreise für die Deutschen oder für den scheidenden greisen Kanzler, noch sonst irgendein reines Honiglecken, jedenfalls nicht für Kennedys deutsche Gesprächspartner. Darauf lassen mit Sicherheit weite Teile der Rede in der Paulskirche schließen. Kennedy war gekommen, um zur großen atlantischen Vergatterung zu blasen — zum Gegenteil von dem, wozu Frankreichs Präsident de Gaulle geblasen hat.

Die in so mancher Hinsicht verfehlte Politik Konrad Adenauers hat uns nun auch noch in die Zwickmühle zwischen de Gaulles „nationalstaatlich-europäischer" und Kennedys „atlantischer" Konzeption geführt. Zwar ist der deutsch-französische Vertrag allgemein genug formuliert, um Spielraum für Auslegungen und Abstriche freizulassen, in politischer wie in militärischer Hinsicht, aber man weiß, daß Konrad Adenauer sein Leben lang mehr zu einem Zusammengehen mit den Franzosen als mit den Angelsachsen geneigt hat, und man braucht nicht viel Phantasie, um vorauszusagen, daß de Gaulle bei seinem bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik alles versuchen wird, um so viel wie möglich von dem

Terrain zurückzugewinnen, das Kennedy in Bonn soeben erobert hat. So ist unser Land zur Zeit die Austragungsstätte eines Macht-Duells zwischen Amerika und Frankreich; an eine selbständige deutsche Politik ist weniger zu denken als je.

Es sieht fast so aus, als wäre Kennedy in die Bundesrepublik gekommen, um von deutschem Boden aus mit seiner nachdrücklichen Versicherung, das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorbei, es gebe keine ausschließlich deutschen (also auch keine ausschließlich französischen) oder europäischen Probleme mehr, nur noch Weltprobleme, und (West-) Europa interessiere ihn nur als Ganzes, den Franzosen klarzumachen, daß er nicht daran denke, seine Deutschen aus ihrer Haftpflicht Amerika gegenüber zu entlassen. Damit wertete er die Bundesrepublik zum wertvollsten Verbündeten der USA in Europa auf — was ihn nicht hinderte, zu gleicher Zeit West-Berlin sozusagen zu einer amerikanischen Stadt zu ernennen (was dort einen Jubel auslöste, über den die Berliner später vielleicht noch viel werden nachdenken müssen).

Die antiamerikanische Konspiration zwischen de Gaulle und Adenauer*) (in die Kennedy jetzt hineingefahren ist) basiert letzten Endes auf der Kalkulation, die USA würden im Falle eines großen Krieges die Selbstvernichtung nicht riskieren, sondern Europa im letzten Moment doch noch „im Stich lassen"; also brauche „Europa" (sprich Frankreich und die Bundesrepublik) eigene Atomwaffen. Dem ist Kennedy nun energisch entgegengetreten:

> „Amerika setzt seine Städte aufs Spiel, um Ihre Städte zu verteidigen, weil wir Ihrer Freiheit bedürfen, um unsere Freiheit schützen zu können."

Diese und andere ähnlich lautende Versicherungen, alle im Brustton der Überzeugung vorgetragen, bedeuten nichts anderes, als daß die USA im Falle des Falles bereit wären, sich um Deutschlands willen vernichten zu lassen, — starke Töne, an die nach wie vor nicht jedermann glauben wird. Jedenfalls möchten wir den USA nicht wünschen, jemals in diese Lage zu kommen, und deshalb müssen wir des Präsidenten oben zitiertes Wort dahingehend ergänzen, daß die USA schließlich und endlich doch vielleicht der deutschen Freiheit weniger bedürfen als des deutschen F r i e d e n s. Das schließt Freiheit nicht aus, aber es kommt auf die Rangfolge an, und diese ist Kennedy gewiß bekannt, sonst hätte er wohl schwerlich auf die Einrichtung eines direkten Drahtes zu Chrustschow gedrungen.

Gleichviel — die Versicherung steht im Raum: Wir werden euch verteidigen, auf jeden Fall und um jeden Preis. Dafür aber müßt ihr Opfer bringen. Ihr sollt euch zwar endlich auch einmal etwas einfallen lassen, was zur Entspannung beiträgt und sich als aktiver Beitrag in unsere „Strategie des Friedens" einfügen läßt, aber im übrigen und davon abgesehen müßt ihr euch dessen noch mehr als bisher bewußt werden, daß die USA als oberste atlantische Führungsmacht (die in gewissen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt) sowohl das Recht wie auch die Macht besitzt, verschiedene Ansprüche an euch zu stellen.

Kennedy war auch gekommen, um diese Ansprüche zu bekräftigen. Sagen wir es so einfach wie möglich (auf die Gefahr hin, daß damit nicht alles abgedeckt ist): Zuerst hat Amerika uns geholfen, jetzt sollen wir Amerika helfen. Wenn der Präsident den folgenden Katalog der Zusammenarbeit „unserer Nationen" aufstellt:

> „... um die NATO zu festigen, um den Handel auszuweiten, um den Entwicklungsländern beizustehen, um eine gemeinsame finanzielle Linie zu finden und um die Atlantische Gemeinschaft aufzubauen",

so ist das nicht nur eine Aufzählung gemeinsam anzustrebender Ziele, sondern auch eine Liste spezifisch amerikanischer Wünsche, die Kennedy ohne die Mithilfe

*) Vgl. auch den Bericht „Fragwürdige Freundschaft" in diesem Heft.

seiner Verbündeten nicht verwirklichen kann. Die amerikanische Zahlungsbilanz ist schlecht, die Zahl der Arbeitslosen geht nicht zurück, die Kaufkraft des Dollars sinkt —: das sind drei der empfindlichsten innenpolitischen Schmerzen, die den Präsidenten plagen, und er will nicht nur als guter, fortschrittlich eingestellter Landesvater mit ihnen fertig werden, sondern auch, um die Chancen seiner Wiederwahl im nächsten Jahr zu erhöhen. Eine in Amerika einkaufende westdeutsche Bundeswehr zu Beispiel, die, konventionell ausgerüstet, allein stärker wäre als die Nationale Volksarmee der DDR, die polnische und tschechische Armee zusammen, würde nicht nur die Atomschwelle noch mehr anheben, sondern für eine Belebung der amerikanischen Rüstungsindustrie und damit für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit sorgen. Auf anderen Gebieten hätte es einen ähnlichen Effekt, wenn die Bundesregierung amerikanische Konsumgüter und konservierte Lebensmittel in großem Umfang und zu Vorzugszöllen auf den deutschen Markt hereinließe. Diese zwei Beispiele deuten an, in welcher Richtung sich Kennedys Vorstellungenvon einer intimen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bewegen. Für die Bundesregierung sind das, etwa der deutschen Landwirtschaft gegenüber, wenig süße Verlockungen. Aber dahin kommt es schließlich absolut folgerichtig, wenn man unbelehrbar eine Politik verfolgt, an deren Spitze einsam das Rüstungsprogramm steht; dafür muß man am Ende mehr bezahlen, als man hat, und der Nutzen wird zum Schaden nie in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Und schließlich war Kennedy gekommen, um für eines seiner Lieblingsprojekte zu werben, für die multilaterale Atomstreitmacht (der man nur mit Bedenken entgegenblicken kann — denn was, wenn Moskau darauf mit einer „multilateralen" Atomstreitmacht des Warschauer Paktes antwortet? Dann steigen nicht die Chancen des Friedens, sondern die des Krieges). Schlicht gesagt, würden die Vereinigten Staaten bei Verwirklichung dieses Planes den atomaren Ehrgeiz gewisser Verbündeter befriedigt, ohne ihnen zugleich soviel Freiheit gelassen zu haben, daß es den einen oder anderen gelüsten könnte, von sich aus und auf eigene Rechnung Gebrauch von den Nuklearwaffen zu machen. Die Fäden liefen nach wie vor im Weißen Haus zusammen. Folgt man Kennedys Programm von der „Strategie des Friedens", so würde das bedeuten, daß es nur und erst dann Krieg geben kann, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten das für nötig oder unumgänglich hält; kein anderer Teilhaber an der multilateralen Atomstreitmacht könnte seine Strategie (die, wie er versichert, auf Frieden gerichtet ist) durchkreuzen und ihn in ein von ihm nicht gewolltes Abenteuer hineinreißen. Aber: wird aus diesem Plan etwas werden? Werden Italien und Großbritannien mitmachen? Schon sickert durch, Großbritannien wolle nicht mitmachen. Und die Bundesregierung? Wird dieses Angebot ihr Streben nach der Bombe befriedigen? Nicht von ungefähr hat Verteidigungsminister von Hassel betont, die Deutschen verlangten die Mitbestimmung bis zum Roten Telefon ... Dieser Mann und seinesgleichen (also die „harte Gruppe" in Bonn) würden die Bombe vielleicht lieber aus den Händen des mächtigen Amerika annehmen (das sie außerdem schon hat und sofort geben könnte) als aus den Händen des nur mächtig sein wollenden Frankreich (das sie so gut wie noch gar nicht hat und wer weiß wann erst liefern kann), aber sie müßte dann schon die gleiche Eigenschaft haben, mit der de Gaulle lockt: sie müßte auch nach deutscher Bestimmung losgehen können. Kennedy weiß das, und er weiß auch, wie gefährlich das wäre. Um so mehr fällt auf, daß er in keiner seiner deutschen Ansprachen ein Wort der Distanzierung von der „harten Gruppe" fand (die seiner „Strategie des Friedens" ganz gewiß bis zuletzt im Wege stehen wird), es sei denn, man orakelt etwa dieses Wort in eine solche Distanzierung um:

„Wie ich schon gesagt habe und hier erneut betonen möchte, arbeiten wir auf den Tag hin, da es einen wirklichen Frieden zwischen uns und den Kommunisten geben

kann, und wir werden uns in diesem Bemühen von niemandem übertreffen lassen . . ."

Doch gehört es nun einmal zu dieser schwer durchschaubaren Persönlichkeit, daß man ungefähr jedem ihrer Worte hinzufügen kann: ‚Er hat aber auch gesagt . . .' Er versichert feierlich, er werde sich von niemandem übertreffen lassen im Bemühen, mit den Kommunisten zu einem wirklichen Frieden zu kommen, er läßt sich aber auch hinreißen, in Berlin, ausgerechnet dort, antikommunistische Invektiven zu formulieren, die eigentlich Männern vom Schlage eines Barzel besser zu Gesicht stünden als ihm — und mit denen man doch eigentlich als erstes Schluß machen sollte, wenn man nach Frieden strebt. Hart bleiben kann man nämlich auch so. Wer weiß, ob Chrustschow nach Berlin geeilt wäre, hätte Kennedy am gleichen Ort ein paar andere Worte gefunden. So aber — Schmähung provoziert Schmähung, und das führt, wenn überhaupt irgendwohin, nur ins Unglück.

So bleibt von John F. Kennedys Deutschland-Besuch ein schillernder Eindruck zurück. Er hat dies gesagt und hat jenes gesagt. Trotzdem: die Friedenskräfte in der Welt setzen große Hoffnungen in diesen zum Staatsmann gewordenen Intellektuellen, der besser als seine Vorgänger im Amt weiß, daß es zu Frieden und Koexistenz „keine Alternative" mehr gibt. Aber sie können noch nicht sicher sein, ob er Kraft und Konsequenz genug haben wird, seine subjektiv ehrlich gemeinte „Strategie des Friedens" gegen alle Widerstände im eigenen Lager durchzudrücken. Jedenfalls kann es nicht schaden, sich, unbeschadet aller Sympathie, mit Marguerite Higgins an folgende Tatsache zu erinnern (die übrigens nicht nur auf Kennedy zutrifft):

„Es wäre tragisch, würden die Erwartungen im Brackwasser des Kennedy-Besuches zu hoch geschraubt. Deshalb erscheint es klug, das, was gesagt wurde, auch im Lichte der bisherigen Erfahrungen zu sehen. Und die Erfahrungen zeigen, daß manches, was Kennedy als rhetorische Geste ausgesprochen hat, später im Alltag revidiert werden mußte."

II.

Das bedeutet: sowohl die einen wie die anderen Worte, die Kennedy gesprochen hat, könnten „später im Alltag revidiert werden", die auf Frieden gestimmten wie die auf Kampf gestimmten. Also wieder: ein Schillern bleibt zurück. Noch ist alles ungewiß. Kennedy hat, wie die „New York Times" das formuliert „mit zwei Zungen gesprochen".

Allein schon dies läßt es uns Deutschen geraten erscheinen, kühlen Kopf zu behalten oder, besser noch, uns einen solchen endlich anzueignen. Denn geändert hat sich für uns Deutsche nichts. Nach wie vor ist unser Land einer der heißesten Krisenherde der Welt — und wir wollen nicht begreifen, daß nur wir selbst, und nicht etwa Kennedy, das ändern können. Nach wie vor huldigen wir dem Götzen Illusion, statt nun endlich des unwürdigen Zuwartens seit achtzehn Jahren müde zu werden und, wie Kennedy sagte, aktiv „mit den Gegebenheiten fertig zu werden". Zwar errichtet nun die Bundesregierung eine Handelsmission in Warschau (zum Groll der Vertriebenenverbände), und in anderen östlichen Ländern soll gleiches folgen. Das ist begrüßenswert, und wir begrüßen es. Aber es ist nicht das Zentrale, und eigentlich müßten wir in unserem Verhältnis zu diesen Ländern schon viel weiter sein. Schließlich haben nicht wir Grund, Ressentiments zu empfinden, sondern sie. Nicht sie haben uns überfallen, sondern wir sie. Es ist widersinnig und makaber, daß die Schritte der Wiederannäherung unsererseits viel zögernder erfolgen, als unsere Aufrüstung voranschreitet; genau umgekehrt müßte es sein. Vor allem aber: Das Zentrale war,

ist und bleibt für uns unser Verhältnis zu jenem kraft eines Geschichtsschlusses nun einmal entstandenen zweiten deutschen Staat. Wir tun zwar alles nur Denkbare (und manchmal auch schon Undenkbares), um uns an dieser bitteren Wahrheit vorbeizudrücken, aber es scheitert immer wieder, täglich von neuem; das müßten wir allein schon daran inzwischen gemerkt haben, daß wir uns über die Existenz dieses Staates ununterbrochen so aufregen. Und alle unsere Akklamationen für die Parolen der Zeit („Frieden", „friedliche Koexistenz", „Strategie des Friedens") bleiben so lange wert- und nutzlose Lippenbekenntnisse (die uns niemand in der Welt glaubt), als wir nicht eine Regierung bekommen, die dem Volke klar macht (und danach handelt):

Frieden heißt für uns in der Bundesrepublik vor allem: Frieden mit der DDR. Koexistenz heißt für uns vor allem: Koexistenz mit der DDR. Und es gibt für uns keinen Weg zur Strategie des Friedens als den über die DDR.

Wir können die Entstehung zweier deutscher Staaten nur beklagen (die Welt beklagt sie nicht einmal sehr); sie ist eine nationale Tragödie. Aber diese hat ihre ganz konkreten, zwingenden geschichtlichen Gründe, und die Deutschen müssen nach allem, was ein Hitler in ihrem Namen und mit ihrem Votum der Menschheit angetan hat, froh und dem Herrgott ewig dankbar sein, daß sie so glimpflich davongekommen sind. Hätten die Deutschen den Zweiten Weltkrieg gewonnen, gäbe es heute nicht z w e i polnische Staaten, sondern überhaupt keine mehr (und wer in Deutschland würde das dann heute öffentlich oder auch nur im stillen Kämmerlein beklagen?). Übrigens: John F. Kennedy weiß das genau, und es ist vermutlich kein Zufall, daß er sich auf deutschem Boden mit jener seiner Schwägerinnen getroffen hat, die eine polnische Fürstin Radziwill ist ...

Trotzdem haben wir zwar das gute Recht und sogar die Pflicht, die deutsche Teilung zu beklagen —, aus der Welt schaffen können wir sie nicht. Allein ohnehin nicht — und wen wollen wir eigentlich erwärmen, es für uns zu tun? Deutschland wurde nicht von einer metaphysischen Macht geteilt (Geschichte zählt nicht zur Metaphysik), sondern von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gemeinsam, — warum sollten die nun ihren Schritt rückgängig machen, nachdem die zwei deutschen Staaten jeweils in den Machtblöcken, in die sie sich inzwischen integriert haben, so wichtige Faktoren geworden sind? Die mit unserer Regierung verbündeten oder gar befreundeten Regierung tun ihr zwar immer noch den Gefallen, dem von ihnen mitgeschaffenen zweiten deutschen Staat die Anerkennung zu versagen, aber für das deutsche Volk ist das kein Gefallen, sondern ein Schaden, denn sie nähren damit nur die deutschen Illusionen (die sie uns dann von Zeit zu Zeit vorwerfen). Und daß es Illusionen sind, hat jetzt sogar ein Mann wie Eugen Gerstenmaier zugeben müssen (der zwar auch in der Vergangenheit schon als einer der Wenigen in Bonn Erleuchtungen hatte, aber sich dadurch besonders bloßgestellt hat, daß er, ein Wissender, niemals Konsequenzen daraus zog): aus dem Lande John F. Kennedys zurückgekehrt, warnte er die Deutschen auf Grund „zahlreicher Gespräche mit Politikern verschiedener Nationen in New York" vor einer „Politik der Illusionen":

> „An eine Wiederherstellung des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei überhaupt nicht zu denken, sagte der Bundestagspräsident. Jede Diskussion werde abrupt abgebrochen, sobald diese Frage auch nur angeschnitten werde. Es sei sogar schwierig, für die Wiedervereinigung zu werben. Bei den zahlreichen neuen Mitgliedsnationen der UNO rufe die deutsche Frage oft nur ein Achselzucken hervor ... Noch immer sei bei zahlreichen Politikern nicht nur der neutralen, sondern auch der befreundeten Nationen als Konsequenz der jüngsten deutschen Geschichte eine kritische Distanz gegenüber Deutschland festzustellen. Er müsse daher vor Illusionen der deutschen Wiedervereinigung warnen." (Die Welt, 21. 6. 63)

D a s ist die Realität. (Wird D. Gerstenmaier nun endlich praktische Konsequenzen daraus ziehen?) Das ist auch für Präsident Kennedy die Realität. Niemand weiß bis jetzt, wie er die „friedliche Koexistenz" auffaßt. Natürlich steht für ihn die Anerkennung zweier deutschen Staaten nicht, wie für uns, an erster Stelle, er hat auch noch andere, größere Sorgen; aber auch er muß sich klar sein darüber, daß eine Befriedung nicht möglich ist, solange die Deutschen sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges nicht abgefunden haben. „Wir lassen über vieles mit uns reden, wenn . . ." (Bundesminister Barzel): dieses Wort macht neuerdings die Runde, und es will besagen: Wir sind zu vielem bereit, wenn nur die Sowjets vorher die Zone freigeben! Aber gerade d a s wollen und können die Sowjets nicht. Um das geht es doch gerade. Koexistenz, wenn erst einmal alle Differenzen ausgeräumt sind, ist keine Kunst mehr. Wenn Walter Ulbricht manches von dem, was er tut, nicht täte, wäre er ja nicht mehr unser Gegner, dann wäre die Frage eines Arrangements mit ihm gegenstandslos geworden; so aber ist sie das nicht, im Gegenteil, sie wird immer akuter. Das kann sich dem Wissen Kennedys unmöglich entziehen.

Von keinem unter uns wird verlangt, das Regime in der DDR gutzuheißen. (Wie sagte doch Kennedy in seiner Friedens-Rede: „Der Weltfriede, wie auch der Friede in Stadt und Land, erfordert nicht, daß jeder seinen Nachbarn liebt.") Aber wir müssen, ob wir wollen oder nicht, diesem Regime schon zugestehen, was es im Inneren zu seiner Selbstbehauptung und Selbstverteidigung zu tun für notwendig hält: denn es steht ja ständig unter einem ihm von uns aufgezwungenen Zugzwang. Und manche harte Maßnahme wäre ohne die ständige Bedrängnis von Westen her wahrscheinlich ausgeblieben. Liberalisierung ist immer und überall nur möglich, wenn von außen kein Druck auf der Gesellschaft lastet. Vieles, was in der DDR heute geschieht, ist nicht nach meinem Geschmack. Das Brandenburger Tor mit roten Tüchern zu verhängen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten kommt, finde ich grotesk. Eine Anzahl der besten Schriftsteller des Landes auf den sozialistischen Realismus festzunageln zu einer Zeit, da erwiesen ist, daß auch andere Stilmanieren dem Sozialismus voranhelfen können, ist antiquiert und vernagelt, — und so weiter. Aber das alles könnte für uns erst dann wirklich ein Grund zur Empörung sein, wenn wir doch schon wenigstens e i n m a l versucht hätten, es zu ändern, und das haben wir nicht getan, wir haben nicht einmal daran gedacht, denn ändern kann man da nur etwas mit offiziellen Kontakten und mit In-Ruhe-lassen.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, das Problem DDR sei für uns vor allem ein m e n s c h l i c h e s Problem. Das ist völlig richtig. Aber was haben wir Heuchler bisher wirklich und ernsthaft getan, um das Leben unserer 17 Millionen „Brüder und Schwestern" drüben tatsächlich zu erleichtern? Nichts. Wir haben immer nur versucht, einen Keil zwischen Volk und Regierung zu treiben. Welche Regierung kann sich das gefallen lassen? Almosen („Dein Päckchen nach drüben") verschlimmern die Lage nur noch mehr. Sie treiben die Regierung um so mehr in die Resistenz, je dankbarer die Ankunft solcher Päckchen vom Volk begrüßt wird. Dabei gäbe es doch ein viel einfacheres und dabei überzeugend faires Mittel, den Menschen drüben wirtschaftlich s p ü r b a r unter die Arme zu greifen (denn vergessen wir nicht: ein erheblicher Teil ihrer materiellen Not geht einfach darauf zurück, daß das Land bedeutend ärmer ist als die Bundesrepublik mit ihrem dicken Rohstoff-Polster): den H a n d e l mit der DDR auszuweiten und ihr den vielbesprochenen Milliardenkredit endlich zu gewähren. Das würde uns und den Menschen drüben sehr wohl tun, und es gäbe Ulbricht die Möglichkeit, die Zügel zu lockern (wie er das ja auch früher schon manchmal getan hat). Schließlich dürfen

wir von ihm annehmen, daß es nicht sein Ehrgeiz ist, als Despot in die Geschichte einzugehen. Wir fordern von ihm Humanisierung — und tun zugleich alles, um sie ihm unmöglich zu machen. Das Dogma: Mit Ulbricht verhandeln wir nicht, schadet den Menschen drüben nur. Kraß, aber ehrlich gesagt:

> „Bisher haben wir es ohne die SED versucht, jetzt müssen wir es mit der SED versuchen" (Peter Bender im Westdeutschen Rundfunk im Rahmen der Sendereihe „Unteilbares Deutschland").

Unserer Empörung kommt auch eine weitere Legitimation immer mehr abhanden: die moralische. Über ein kommunistisches Land herzufallen, ist nur ein astrein a n t i f a s c h i s t i s c h e s Land berechtigt; und sind wir ein solches? Noch immer ist Herr Globke im Amt; noch immer tragen Richter und Staatsanwälte die Robe, die Blut an den Händen haben; noch immer dürfen Lehrer unterrichten, die den Geist des Nationalsozialismus nicht überwunden haben; es häufen sich die demonstrativen Zusammenkünfte irgendwelcher „Traditions"-Gruppen, von denen nicht eine einzige bis jetzt glaubhaft Zeugnis vom demokratischen Gedanken abgelegt hat, sondern die vielmehr allesamt stark nach jenem deutschen Nationalismus riechen, der einst zwangsläufig zu Hitler führen mußte; die Parolen der Heimatvertriebenen-Verbände werden nicht maßvoller, sondern von Jahr zu Jahr penetranter („dummes Zeug" nannte einer dieser Sprecher soeben die vorhin zitierte Warnung Gerstenmaiers), und die Bundesregierung, statt sich von den Treffen dieser Organisationen wenigstens zu distanzieren, entsendet dazu in zunehmendem Maße ihre Vertreter und gibt ihnen so ihren Segen; die zur harmlos klingenden „Hiag" gemauserten SS-Verbände, einst der Schrecken Europas, planen für September in Hameln ein großes „Europa-Treffen" (gegen das demokratische Kräfte des In- und Auslandes inzwischen eine Verhinderungskampagne eingeleitet haben, an der unsere Regierung allerdings nicht beteiligt ist . . .), — und anderes mehr. Aus vielen, manchmal großen, manchmal geringen Einzelheiten setzt sich so das Bild eines Staates zusammen, der an andere Forderungen stellt, die er zunächst einmal an sich selbst stellen müßte (und wenn aus keinen anderen Gründen, dann aus christlichen). Und ist es nicht beinahe kennzeichnend für die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer (die für uns erst zu Ende ist, wenn in Bonn eine andere Politik gemacht, nicht wenn Adenauer persönlich abgelöst wird), daß zur gleichen Zeit, da der Präsident der Vereinigten Staaten auf deutschem Boden (in seiner Paulskirchen-Rede) das Hohe Lied der Demokratie und Freiheit singt, in Bonn an Notstandsgesetzen gearbeitet wird?

So lange das alles so bleibt, nimmt uns die Welt auch unser Verlangen nach „Selbstbestimmung" nicht ab. Man darf Kennedys Unterstützung dieser Forderung seelenruhig als rhetorische Floskel abtun. Wer sollte denn auch vergessen haben, was die Deutschen zur Zeit ihres Tausendjährigen Reiches unter „Selbstbestimmung" verstanden? Und daß sie, hätten sie gesiegt, auch heute noch dasselbe darunter verstehen würden? „Selbstbestimmung für die Deutschen", das bedeutete vor noch nicht einem Vierteljahrhundert: Tod und Versklavung der anderen, Trümmer für Europa. Das bedeutete Krieg. So einfach dürfen wir es uns nicht machen. Ein Grundzug von Anständigkeit muß unbedingt gewahrt bleiben. Denn zu welchem Zwecke schreien wir heute nach „Selbstbestimmung"? Doch nur, um Hitlers verlorenen Krieg doch noch zu gewinnen. Der aber muß verloren bleiben, zum Heil aller künftigen Generationen und zur Erlösung der Deutschen von ihren Dämonen. Es ist, um es offen zu sagen, sehr wohl ein Unterschied, ob ein afrikanisches Kolonialvolk nach Selbstbestimmung verlangt oder ein kampffreudiges europäisches, das zweimal aktiv im Mittelpunkt von Weltkriegen gestanden hat, ohne angegriffen worden zu sein. Präsident Kennedy weiß das sehr wohl.

Wie sehr die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach einer

vernünftigen, die beiderseitigen Gegebenheiten respektierenden Regelung verlangen, zeigt in diesen Tagen der Fall des in Solingen verhafteten Deutschlandsender-Redakteurs Dr. Grasnick. Der Staatsanwalt, der da so forsch zugriff, hatte alles das nicht bedacht, was die Öffentlichkeit (vor allem Journalisten, aber auch Politiker) sehr schnell zu bedenken begannen: ein verhafteter DDR-Journalist heute in Solingen kann morgen einen verhafteten Bundesrepublik-Journalisten in (Ost-)Berlin bedeuten . . . Und man setzte sich allerorten, teils auch in Bonn, eiligst für die Entlassung Grasnicks ein, die dann auch bald erfolgte. Wir wollen über diesen nach hinten losgegangenen Schuß nicht höhnen; dazu ist die Sache in ihren Zusammenhängen zu ernst. Sie erhärtet eine Wahrheit: Die beiden deutschen Staaten, einander spinnefeind, sind wie zwei kommunizierende Röhren. Davon kann sie niemand befreien. Sie mögen einander schmähen, soviel sie wollen: unterirdisch und kontrapunktisch hängen sie zusammen. Was sie einander antun, bleibt Bruderkrieg und nationale Selbstzerfleischung. Eine Konföderation zwischen ihnen ist der einzige Weg, der in die Zukunft und zur Wiedervereinigung führen kann.

Weiß Präsident Kenneday auch das? Wir jedenfalls sollten es besser wissen. Es ist unsere Sache, nicht die seine. Doch hat uns dieser kluge Mann viel zu denken und zu bedenken aufgegeben, so dieses Wort, das wir fortan als Motto über die Bundesrepublik mit ihren vielen Forderungen hängen sollten:

„Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen . . ."

(Abgeschlossen am 30. Juni)

James P. Warburg, New York

Abschied von der Nachkriegsepoche (I)

Der seit 1945 wiederholt mit vielbeachteten Vorschlägen für eine konstruktive amerikanische Deutschland-Politik hervorgetretene Bankier und Publizist James P. Warburg hat den „Blättern" den Text eines neuen, am 16. Mai 1963 von ihm veröffentlichten Memorandums zur Verfügung gestellt, das den Titel „Farewell to the postwar period" trägt. Ihm sind die folgenden Abschnitte entnommen, die uns gerade nach dem Deutschland-Besuch Präsident Kennedys beachtenswert erscheinen. D. Red.

Die Achse Bonn—Paris

Während die meisten Europäer Präsident Eisenhowers verspätete, aber ernsthafte Versuche, zu einer Verständigung mit der sowjetischen Führung zu gelangen, begrüßten und auf ein Gelingen hofften, gab es zwei europäische Staatsmänner, denen der Gedanke einer Entspannung zwischen Ost und West zutiefst mißfiel.

Bundeskanzler Adenauer lag vor allem daran, sich allen Verhandlungen mit Moskau zu widersetzen, die im Erfolgsfall unweigerlich seinen eigenen Mythos zerstören würden — den Mythos, daß Deutschland wiedervereinigt werden und trotzdem Partner des NATO-Bündnisses bleiben könnte.

Charles de Gaulle, seit Mai 1958 wieder an der Macht, sah die anglo-amerikanischen Bemühungen mit Mißbehagen, einmal weil seine Anregung, die westliche Allianz einem englisch-französisch-amerikanischen Direktorium zu unterstellen, in Washington und London auf Ablehnung gestoßen war, und vielleicht noch

mehr darum, weil ein Erfolg der anglo-amerikanischen Bemühungen um eine ost-westliche Entspannung den deutschen Führer zu Fall bringen würde, von dem er in seinen Bemühungen, eine französisch-deutsche Hegemonie in Europa herbeizuführen, abhing. Zweifellos hatte auch die hochmütige Behandlung, die er durch Roosevelt und Churchill im Zweiten Weltkrieg erfahren hatte, bei ihm eine gewisse Verbitterung hinterlassen, aber es erscheint unwahrscheinlich, daß dies ein wesentlicher Faktor war. De Gaulle ist kein Mensch, der sich durch persönliches Gekränktsein in seinen politischen Entscheidungen leiten läßt.

Hätte Charles de Gaulle im neunzehnten Jahrhundert gelebt, so hätte er leicht ein größerer Mann als Bismarck werden können. Ein überragender Diplomat wie er hätte sich besser in den Tagen behaupten können, in denen eine mächtige Nation ihre Macht noch benutzen konnte, um ihrem Volk Sicherheit zu garantieren. Aber de Gaulle ist ein Anachronismus in einer Zeit, da selbst die mächtigste Nation nicht mehr mit Gewißheit diese notwendige Funktion nationaler Souveränität erfüllen kann. Seine Träume und sein Ehrgeiz haben ihren Ursprung in den Tagen der Demütigung Frankreichs und reichen sehnsuchtsvoll zurück in die alten Zeiten französischen Ruhms. In einem Zeitalter, wo Frieden und, zu einem großen Teil, auch Wohlstand unteilbar geworden sind, ist de Gaulles romantischer Chauvinismus unvereinbar mit den Zielen derer, die versuchen, eine Welt des Friedens und des Rechts zu begründen.

Und doch sah de Gaulle aus diesem Grunde eher und deutlicher als irgendein anderer westlicher Staatsmann der Gegenwart, daß die NATO-Allianz überholt war, ja daß sie (großenteils aus französisches Drängen hin) geschaffen worden war, um einer Drohung zu begegnen, die wahrscheinlich nie bestanden hatte, und daß sie das Europa, das er zu Größe führen wollte, zu einem Schützling der Vereinigten Staaten gemacht hat.

Was auch immer die komplexen Motive des französischen Führers sein mögen, seine wachsende Verachtung für die „angelsächsische" Diplomatie muß sich noch gesteigert haben, als er aus nächster Nähe das tragische Fiasko miterleben mußte, in welchem Präsident Eisenhowers Bemühungen um den Frieden im Mai 1960 in Paris ihr Ende fanden. Die beklagenswerte U-2-Affäre muß ihn mehr als alles andere in der Überzeugung bestärkt haben, daß das Schicksal Frankreichs nicht „angelsächsischer" Führung anvertraut werden kann.

Das Pariser Fiasko war der Wendepunkt, an welchem die Vereinigten Staaten unwiderruflich die Gelegenheit verloren, eine feste Allianz zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa zu schaffen und anzuführen. Was John F. Kennedy verblieb, als er das von seinem Vorgänger hinterlassene Durcheinander erbte, war nicht eine Chance, in einer wiederbelebten NATO-Allianz aufs neue die Führung zu übernehmen, sondern die Möglichkeit, etwas weit Wichtigeres zu tun: nämlich die Führung zu übernehmen bei der Schaffung einer neuen und breiteren Gemeinschaft gleichgesinnter Nationen, denen nicht an einer militärischen Verteidigung gegen das Gespenst sowjetischer Invasion gelegen ist, sondern an der Abschaffung des Krieges und der Beseitigung all jener Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in der Welt, die, solange sie weiterbestehen, die Menschen immer wieder zur Gewaltanwendung treiben. Als John F. Kennedy in das Weiße Haus einzog, war die Endgültigkeit des Zerfalls der NATO jedoch noch nicht klar erkennbar. Die letzten Szenen in dem Drama, das das Ende der Nachkriegsära kennzeichnete, waren noch zu spielen.

„Auge in Auge"

Das erste Amtsjahr brachte Präsident Kennedy drei harte Lehren. Das Fiasko der Schweinebucht lehrte ihn, dem Rat von Männern zu mißtrauen, die in der

Machtpolitik eines vergangenen Zeitalters großgeworden waren. Seine Begegnung mit de Gaulle lehrte ihn, oder hätte ihn lehren müssen, daß nichts, was er tun konnte, den französischen Führer von seiner Entschlossenheit abbringen würde, Frankreich und soviel von Europa, wie er mitnehmen konnte, von Schutz und Hilfe der „Angelsachsen" unabhängig zu machen. Kennedys Begegnung mit Chrustschow in Wien überzeugte ihn davon, daß es früher oder später zu einem Aufdecken der Karten kommen würde, bei dem beide Seiten zwischen gegenseitiger Vernichtung oder Rückzug zu wählen haben würden.

Zu diesem Aufdecken der Karten kam es im Oktober 1962, und beide Seiten wählten den Rückzug. Chrustschow lernte, daß Kennedy kein Papiertiger ist — daß er nicht vor der äußersten Katastrophe zurückschrecken würde, wenn Kapitulation die einzige Alternative wäre. Kennedy lernte, daß Chrustschow am Rande des Atomkrieges zurückweichen würde, wenn man ihm einen ehrenhaften Rückzug offen ließ. Chrustschow zog seine Raketen aus Kuba zurück, und Kennedy verzichtete auf eine Invasion Kubas. Beide Männer liefen dabei ein beträchtliches Risiko. Chrustschow riskierte einen offenen Bruch mit China. Kennedy riskierte eine Verleumdungskampagne in seinem Land. Vieles bedarf in bezug auf Kuba noch der Klärung, aber eine bedeutende Tatsache bleibt: die sowjetische und die amerikanische Führung haben sich beide dem Frieden verschrieben.

Die Reaktion Europas

Es war unvermeidbar, daß die Kuba-Krise in Europa noch nachträglich Verstimmung hervorrief. Kennedy hatte nicht nur sein eigenes Land, sondern die ganze Welt an den Rand des Unterganges gebracht. Er hatte der „freien Welt" einen großen Dienst dadurch erwiesen, daß er Chrustschow herausforderte, aber er hatte die europäischen Mächte, die eine solche Behandlung nicht gewohnt waren, davon unterrichtet, daß die Vereinigten Staaten sich dort, wo ihre eigenen lebenswichtigen Interessen auf dem Spiel stehen, nicht länger hemmen lassen würden durch vergebliche Konsultationen ihrer europäischen Partner, die sich selten untereinander einigen konnten und entweder gar nicht oder nur mit Widerstreben bereit waren, ihren vollen Anteil an Verantwortung bei der Verteidigung der Freiheit oder bei der Förderung von Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt zu übernehmen.

Die hier unterstellte Unabhängigkeitserklärung hätte — wie der Verfasser hoffte — bedeuten können, daß Präsident Kennedy entschlossen war, sich nun endlich von der Obstruktionspolitik der Achse Bonn—Paris zu lösen, und daß er jetzt, zusammen mit England, die Initiative ergreifen würde durch das Anstreben einer Ost-West-Entspannung in Europa.

Die Krise des anachronistischen Chauvinismus

Jahrelang hatten de Gaulle und Adenauer jeden Versuch einer Entspannung vereitelt. Aus ganz verschiedenen Gründen hatten sie zusammen jede angloamerikanische Anstrengung sabotiert, zu einer Lösung des Deutschland-Problems zu gelangen. Als Gegenleistung für de Gaulles Weigerung, auch nur eine Diskussion über Deutschlands Zukunft zuzulassen, hatte Adenauer stillschweigend de Gaulle unterstützt, als dieser die Vereinten Nationen mißachtete und darauf bestand, eine unabhängige nukleare Streitmacht aufzubauen und dadurch wiederum dem Abschluß eines englisch-amerikanisch-sowjetischen Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen ein Hindernis in den Weg stellte. Und da beide Männer von einem karolingischen Kleineuropa unter französisch-deutscher Führung träumten, hatten sich de Gaulle und Adenauer schließlich Großbritan-

niens verspätetem Versuch entgegengestellt, der aus dem Schumann-Plan von 1950 hervorgegangenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten.

Präsident Kennedys „große Konzeption" für eine atlantische Partnerschaft und sein revolutionärer „Trade Expansion Act" (Handelserweiterungsgesetz) von 1962 gingen ausdrücklich von der Voraussetzung aus, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft um Großbritannien und die mit ihm in der sogenannten Freihandelszone verbundenen Länder erweitert werden würde. Man durfte erwarten, daß Washingtons Vorgehen darauf hinzielen würde, dieser Voraussetzung Gültigkeit zu verschaffen. Es war deshalb schwer zu verstehen, warum Washington als erste Demonstration seiner Unabhängigkeit einen Schritt wählte, der, wie vernünftig er auch sein mochte, doch die eine verbündete Regierung, von der man Unterstützung für eine konstruktive Politik erwarten konnte, in ernste Verlegenheit bringen mußte. Die plötzliche, einseitige Entscheidung der Regierung Kennedy, die Produktion der Skybolt-Rakete einzustellen, auf die die Engländer ihre unabhängige, von Bombern getragene nukleare Abschreckungsmacht abgestellt hatten, brachte die Regierung Macmillan in ein äußerst unangenehmes Dilemma. Sie mußte entweder ihr unabhängiges nukleares Abschreckungsmittel, auf das sie sich festgelegt hatte, aufgeben oder das amerikanische Angebot über Polaris-Raketen für eine bisher noch nicht existierende Flotte von mit Kernwaffen ausgerüsteten Unterseebooten annehmen. Der amerikanische Schritt zwang die Engländer, zwischen der Hinnahme einer größeren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten oder einer Abkehr von den Vereinigten Staaten nach Europa hin zu wählen — und dies zu eben dem Zeitpunkt, wo die Brüsseler Verhandlungen über Englands Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein kritisches Stadium erreicht hatten.

Die Tatsache, daß Macmillan das amerikanische Angebot bei der Begegnung in Nassau annahm, lieferte de Gaulle genau die Argumente, die er benötigte, um zu beweisen, daß England, falls es dem Gemeinsamen Markt beiträte, dies als ein „Trojanisches Pferd" der Vereinigten Staaten tun würde.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte de Gaulle die Tiefe seiner anti-„angelsächsischen" Gefühle verborgen, weil er mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet hatte, daß die Verhandlungen in Brüssel an unüberwindbaren wirtschaftlichen Hindernissen scheitern würden. Genau in dem Augenblick, als es schien, daß sich diese Hindernisse überwinden lassen könnten, lieferte das Abkommen von Nassau einen passenden Hintergrund für das Veto, das de Gaulle ohne Zweifel auf jeden Fall einzulegen entschlossen gewesen war. Bei seiner Pressekonferenz am 14. Januar 1963 zerstörte der herrische französische Führer mit ein paar eleganten Sätzen sowohl Englands Hoffnung auf Aufnahme in den Gemeinsamen Markt als auch Präsident Kennedys „große Konzeption" für eine atlantische Partnerschaft.

Wenige Tage später kam Bundeskanzler Adenauer nach Paris, um den französisch-deutschen Freundschaftsvertrag zu unterzeichnen, den er als die Krönung seiner langen Laufbahn ansah. Niemand, auch nicht seine engsten Mitarbeiter, glaubten seine Behauptung, daß er sein Äußerstes versucht habe, um de Gaulle von seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber England und den Vereinigten Staaten abzubringen. Anstatt zu Hause als Held gefeiert zu werden, sah sich der alte Kanzler fast völlig isoliert. Er schien sein Land in eine Lage gebracht zu haben, in welcher es wählen mußte, nicht nur zwischen England und Frankreich, sondern zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten.

Alle westdeutschen politischen Parteien waren sich einig in der Forderung, daß dem französisch-deutschen Vertrag eine Präambel vorangestellt werden solle, aus der hervorginge, daß der Vertrag in keiner Weise die Beziehungen der Bonner Republik zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten oder die west-

deutsche Loyalität gegenüber der NATO-Allianz beeinträchtigen würde. Der Kanzler willigte ungern ein — ungern nicht etwa weil er mit dem Inhalt der Präambel nicht einverstanden war, sondern weil er befürchtete, daß sie General de Gaulle verärgern könnte. Wenige Tage später zwang die eigene Partei Konrad Adenauer, sich bereit zu erklären, bis spätestens Oktober 1963 zurückzutreten und als seinen Nachfolger Vizekanzler Ludwig Erhard anzuerkennen, einen Mann, über dessen Qualifikation zum Kanzler seine volle Verachtung auszusprechen er nicht gezögert hatte.

So fiel der letzte Vorhang nicht nur über die Karriere des Staatsmannes, der die Bonner Republik vierzehn Jahre lang fast als Alleinherrscher regiert hatte, sondern auch für die vierzehn Jahre der NATO-Ära und für Präsident Kennedys Traum von einer „Atlantischen Partnerschaft".

Neue Herausforderung und neue Möglichkeiten

De Gaulles Erklärung offener Feindseligkeit gegenüber „les Anglo-Saxons" war nur der endgültige Ausdruck einer Verachtung für die NATO-Allianz, die seit seiner Rückkehr zur Macht im Jahre 1958 klar erkennbar war. Solange Frankreich in den Algerienkrieg verwickelt war, konnten seine Alliierten die Tatsache übersehen, daß es innerhalb der NATO-Verteidigungsstreitkräfte lediglich zwei, zu schwach besetzte Divisionen unterhielt. Die Zurückziehung von Teilen der französischen Flotte aus dem NATO-Kommando und de Gaulles Weigerung, nukleare Anlagen auf französischem Boden zuzulassen, waren eine ernstere Warnung vor Dingen, die noch kommen sollten. Als schließlich der Algerienkrieg beigelegt war und keine französischen Truppen aus Nordafrika geschickt wurden, um die französische Garnison in Deutschland zu verstärken, ahnte man, was die Stunde geschlagen hatte. Die Pressekonferenz des Generals vom 14. Januar 1963 schaffte dann völlige Klarheit.

De Gaulle setzte den Schlußstrich unter eine vierzehnjährige NATO-Politik, die, was auch immer ihr anfängliches Verdienst gewesen sein mag, seit langem ihre Nützlichkeit eingebüßt hatte. Indem er dies tat, gab er den Vereinigten Staaten und England die Möglichkeit, ihre internationalen Verpflichtungen zu überprüfen und ihre eigenen Lebensinteressen neu zu veranlagen in einer Welt, die sich seit den Anfangstagen des Kalten Krieges radikal verändert hatte. Dadurch, daß er die Tür für „les Anglo-Saxons" zuschlug, befreite de Gaulle sie von der französisch-deutschen Obstruktionspolitik und gab ihnen die Möglichkeit, endlich die Entspannung in Mitteleuropa zu suchen, derer sowohl sie als auch die Sowjetunion so dringend bedurften.

Moskau brauchte eine Entspannung in Europa, um sich im Osten der wachsenden Bedrohung durch China und dem Durcheinander im kommunistischen Bereich widmen zu können.

Die Vereinigten Staaten und England benötigten eine Entspannung in Europa hauptsächlich aus zwei Gründen: einmal weil die Stationierung ihrer Streitkräfte in Deutschland angesichts der durch ein halbfeindliches Frankreich laufenden Nachrichten- und Nachschublinien für sie äußerst riskant geworden war, und zum anderen, weil eine Entspannung in Europa es den Vereinigten Staaten und Großbritannien ermöglichen würde, mit der Organisation einer Gemeinschaft von gleichgesinnten Demokratien fortzufahren, die breiter und homogener wäre als eine atlantische Partnerschaft — einer Gemeinschaft von Nationen, die auf eine Ausdehnung des Welthandels hinarbeiten würde, auf eine Hebung des Lebensstandards der benachteiligten Völker der Welt, besonders in Indien, Lateinamerika und Teilen von Afrika, und auf die Schaffung einer Welt ohne Krieg unter einer gewaltig gestärkten Weltorganisation der Vereinten Nationen.

Für ein gaullistisches Frankreich und für all diejenigen europäischen Nationen, die de Gaulle in ein nach innen orientiertes, protektonistisches Kleineuropa folgen wollten, wäre offensichtlich kein Platz in einer solchen Gemeinschaft; desgleichen nicht für die Diktaturen der iberischen Halbinsel. Neben den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und den europäischen Demokratien außerhalb des gaullistischen Blocks könnte die neue Vereinigung industrialisierter Nationen zur Liberalisierung des Handels und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung etwa Japan, Australien, Neuseeland und vielleicht Israel mit einschließen. Das Wesentliche einer solchen Gemeinschaft wäre das Vorhandensein gemeinsamer Ziele und die Bereitschaft aller ihrer Mitglieder, einen angemessenen Teil der zu ihrer Erreichung notwendigen Lasten zu tragen.

Das Kennzeichen einer solchen Gruppierung wäre ihr Pluralismus. Ihre Mitglieder würden innerhalb der Vereinten Nationen zusammenarbeiten, jedoch nicht als ein monolithischer Block. Jede Nation hätte die Freiheit, den Kurs zu verfolgen, der ihr im Interesse der Förderung der gemeinsamen Ziele aller als der beste erschien.

Dies war die Aufgabe und die Möglichkeit, die sich der amerikanischen Führung zum Ende einer Ära und zu Beginn einer neuen bot.

Ein Fehlstart

Als die Regierung Kennedy sich dem Dilemma gegenübersah, das durch de Gaulles hochmütige Zerstörung ihrer „großen Konzeption" entstanden war, ging sie sofort daran, die verbleibenden Stücke der NATO-Allianz wieder zusammenzukitten, indem sie verschiedene Formen einer „multinationalen" oder „multilateralen" europäischen Atomstreitmacht vorschlug. Abgesehen von der Tatsache, daß diese verschwommenen Einrichtungen entweder nichts weiter als eine schöne äußere Fassade bedeuten würden, die wohl kaum den wiederauflebenden europäischen Nationalismus befriedigen könnte, oder aber eine gefährliche Verwässerung der amerikanischen Kontrolle über den etwaigen Einsatz von Kernwaffen, war diese Art, die Krise anzugehen, fast völlig abwegig.

Die Krise war im wesentlichen politischer, nicht militärischer Natur. Der europäische Wunsch nach einem unabhängigen Kernwaffenarsenal war entstanden aus der Tatsache, daß es nicht gelungen war, die NATO zu einem politischen Wesen zu entwickeln, anstatt ihr den Charakter einer bloßen Militärallianz zu lassen. Die NATO war an ihren politischen Nähten auseinandergegangen — Nähten, die nie fest gefügt gewesen waren. Zu versuchen, eine Lösung durch militärische Neuerungen zu suchen, hieß dem wahren Problem ausweichen

Die Krise, die sich lange angebahnt hatte und deren Ausbruch dann von de Gaulle beschleunigt wurde, war an sich die Krise des anachronistischen Chauvinismus und der internationalen Anarchie, an welche seine Heiligkeit Papst Johannes XXIII. seine großartige Enzyklika „Pacem in Terris" richtete, in der er dringend die Einrichtung einer übernationalen Weltgemeinschaft forderte. Der Krise ließ sich nicht durch die Erfindung von Vorrichtungen begegnen, die die Bedienung der Auslöser atomarer Massenvernichtung in viele Hände legte. Es ließ sich ihr nur begegnen durch einen entschlossenen Versuch, den wachsenden Strom des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus in sein Gegenteil umzulenken.

Die unmittelbare politische Alternative, der sich die Regierung Kennedy gegenübersah, war die Frage, ob man versuchen sollte, mit Deutschland eine Militärallianz neu aufzubauen, ohne Frankreich einzubeziehen, oder ob man sich bemühen sollte, Deutschland als den Zankapfel sowohl zwischen Frankreich und

dem Westen als auch zwischen dem Westen und der Sowjetunion aus der Welt zu schaffen.

Der erste Kurs würde bedeuten, daß man der Bonner Republik früher oder später gestatten müßte, Atommacht zu werden, wodurch die bestehenden Spannungen noch vergrößert und Fortschritte in Richtung eines Versuchsverbots und eventuell der Abrüstung praktisch verhindert würden.

Beim zweiten Kurs würde man sich endlich mit dem Zentralproblem der Uneinigkeit zwischen Ost und West auseinanderzusetzen haben, das zum Anlaß des Kalten Krieges geworden war.

Auf einer Pressekonferenz am 8. Mai 1963 stellte Präsident Kennedy mit Bedauern fest, daß wohl nur wenig Aussicht auf den Abschluß eines Versuchsverbots-Vertrages bestünde, und daß, falls es nicht bald zum Abschluß eines solchen Vertrages käme, eine weitere Serie von Versuchsexplosionen als unvermeidbar erschien, und daß, „wenn der Teufel einmal aus der Flasche herausgelassen ist, wir ihn möglicherweise nie wieder hineinbekommen."

Und doch verfolgte der Präsident zur gleichen Zeit, da er diese nur allzu wahre Feststellung traf, einen Kurs, welcher, falls er fortgesetzt würde, unweigerlich dazu führen mußte, den Teufel aus der Flasche zu lassen, indem man Westdeutschland gestattete, Atommacht zu werden.

Die Alternative — Entspannung in Deutschland

Die einzige Möglichkeit, zu diesem späten Zeitpunkt den Korken auf die Flasche zu stecken, heißt das Problem einer Deutschland-Lösung anzupacken. Es wird kein Versuchsverbots-Abkommen und keine Fortschritte in der Abrüstung geben, wenn es in Europa nicht zu einer Entspannung kommt. Und es kann in Europa keine Entspannung geben, wenn der tote Punkt der Berlin- und Deutschlandfrage nicht überwunden wird. Der Kalte Krieg begann in Mitteleuropa, und in Mitteleuropa muß auch mit seiner Liquidation begonnen werden.

Wie jedermann weiß, erwuchs das Kernproblem des europäischen Friedens aus dem unglücklichen Versuch der Sieger des Zweiten Weltkrieges, dem besiegten Deutschland eine Viermächteregierung zu geben, aus dem Mißlingen dieses Versuches und aus der anschließenden Teilung Deutschlands in zwei separate Staaten. Die explosive Situation in Berlin, die in den letzten 14 Jahren den Frieden Europas und der Welt bedroht hat, entstand nicht, weil dies von irgendjemand so vorgesehen war. Berlin wurde in die westlichen und den sowjetischen Sektor geteilt in der Erwartung, daß es der Sitz der Viermächteregierung werden würde. Niemand sah voraus, daß die Westsektoren eines Tages eine isolierte westliche Enklave im Herzen eines ostdeutschen kommunistischen Staates werden würden.

In den letzten 14 Jahren hat man es zugelassen, daß die Aufrechterhaltung dieser Enklave zu einem Symbol allen westlichen Widerstandes gegen das kommunistische Vordringen wurde. Vom sowjetischen Standpunkt aus ist die westliche Enklave „eine Gräte im Hals" geworden, die herausgezogen zu werden verlangt, und dies ist so geblieben, auch wenn die berüchtigte, die drei Westsektoren abriegelnde Mauer den Strom der Flüchtlinge nach dem Westen praktisch zum Erliegen gebracht hat. Immer wieder hat Chrustschow eine Lösung des Deutschland-Problems verlangt. Immer wieder haben es die Westmächte abgelehnt, über eine solche Lösung zu verhandeln, außer unter Bedingungen, die, wie sie wußten, für Moskau unannehmbar waren.

Unter dem starken Einfluß von Bundeskanzler Adenauer haben die Westmächte 14 Jahre lang eine Politik der „Standhaftigkeit" und des Anstrebens von zwei sich gegenseitig ausschließenden Zielen verfolgt — die Wiedervereinigung

Deutschlands und den Fortbestand der Teilnahme Deutschlands an einer antisowjetischen Militärallianz. Kaum jemand glaubt heute, daß jedes dieser beiden unvereinbaren Ziele sich erreichen läßt. Hinzu kommt, daß einscheinend wenigen Amerikanern, Engländern, Europäern oder sogar Westdeutschen sehr an einer Wiedervereinigung Deutschlands gelegen ist. Die Tendenz geht heute dahin, die Teilung hinzunehmen, für die sich die Franzosen schon immer ausgesprochen haben. Die englische Meinung war ambivalent. Die Amerikaner haben sich bei ihren Überlegungen überwiegend von der Notwendigkeit eines militärisch starken Deutschlands als des Rückgrats der Verteidigung Westeuropas leiten lassen.

Zusammen mit Walter Lippmann und einer kleinen Zahl anderer Kommentatoren hat der Verfasser ernste Befürchtungen über die möglichen Folgen zum Ausdruck gebracht, die die Hinnahme einer permanenten Teilung Deutschlands durch den Westen haben könnte. Die Deutschen brauchen nicht mehr so fügsam und untätig zu bleiben, wie sie in der Nachkriegszeit gewesen sind. Auf die Dauer werden sie wohl mit Gewißheit in der Teilung einen Mißstand sehen, und solange der Kreml in der Lage bleibt, die Behebung dieses Mißstandes zuzulassen oder zu verhindern, wird der Kreml im Besitz eines starken Lockmittels sein. Solange dies so ist, wird immer die Gefahr einer sowjetisch-deutschen Vereinbarung bestehen bleiben, durch welche irgendein zukünftiger deutscher „Staatsmann" die Wiedervereinigung seines Landes gegen den Preis einer neuen russisch-deutschen Entente erkaufen könnte. Wie unwahrscheinlich das auch heute scheinen mag, ist es doch früher schon geschehen und könnte auch heute wieder eintreten.

Der einzige Weg, die Möglichkeit einer solchen Entwicklung auszuschalten, ist zu gewährleisten, daß, wenn Deutschland geteilt bleiben soll, dies auf Grund der freien Entscheidung des deutschen Volkes geschieht und nicht, weil die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion die Verewigung der Teilung stillschweigend hinnehmen.

Daß de Gaulle die NATO-Allianz zerrissen hat, verdeutlicht lediglich, und schafft nicht etwa, die Wahl, die zu treffen die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich so lange gescheut haben. Sie müssen sich endlich entscheiden, was sie nun wollen — Westdeutschland als einen militärischen Alliierten oder die Wiedervereinigung Deutschlands gegen den Preis seiner militärischen Neutralisierung. (Neutralisierung bedeutet nicht Demilitarisierung; dafür ist es wahrscheinlich zu spät. Sie bedeutet Ausschluß von Militärbündnissen mit dem Osten oder mit dem Westen, und sie bedeutet auch Denuklearisierung.)

Der Verfasser befürwortet nun schon seit mehr als zehn Jahren eine Form von west-östlichem Disengagement in Mitteleuropa. Er hat den Plan begeistert begrüßt, der im Jahre 1958 von Polens Außenminister Adam Rapacki vorgelegt wurde und die Schaffung einer militärisch neutralisierten Zone vorsah, die nicht nur die beiden deutschen Staaten, sondern auch Polen und die Tschechoslowakei umfassen sollte. Ein ähnlicher Vorschlag wurde vom verstorbenen Führer der britischen Labour Party Hugh Gaitskell und erst kürzlich wieder von seinem Nachfolger Harold Wilson gemacht. Obwohl der Gedanke des Disengagement eine Zeit lang von George F. Kennan, einem früheren Chef des Planungsstabes des amerikanischen Außenministeriums, unterstützt wurde, hat sich das offizielle Washington für einen solchen Plan nie als sehr aufnahmebereit erwiesen. Außenminister Acheson hat ihn abgelehnt. Außenminister Dulles riet Präsident Eisenhower dringend, ihn nicht zu erwägen; Präsident Eisenhower entschied sich gegen ihn vor allem wegen der heftigen Ablehnung durch Adenauer und de Gaulle.

Adenauer verläßt nun die Szene. De Gaulle hat Frankreich fast ganz aus der NATO-Allianz herausgenommen. Es erscheint nun an der Zeit, ein Disengage-

ment wieder in Betracht zu ziehen, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß die Lage der anglo-amerikanischen Streitkräfte in Westdeutschland und Berlin äußerst prekär geworden ist, da de Gaulles Vorgehen ihre Nachschub- und Verbindungslinien in Gefahr gebracht hat. Ein Festhalten an einer „standhaften Haltung" in Berlin wird lediglich eine Situation verlängern, in der der Kreml nach Belieben eine Serie von Berlin-Krisen auslösen kann, von denen jede einzelne den Westen vor die Wahl stellen würde, entweder einen Atomkrieg zu riskieren oder sich mit einer allmählichen Zermürbung seiner exponierten Stellung abzufinden.

Im vergangenen September, noch bevor die NATO-Allianz in ihren gegenwärtigen Zustand der Verwirrung verfiel, unterbreitete der Verfasser dem Weißen Haus einen Plan, der eine Abkühlungsperiode von zehn Jahren vorsah, während der die Deutschen im Westen und Osten sich ohne Einmischung von außen entscheiden könnten, ob sie eine Wiedervereinigung und militärische Neutralisierung ihres Landes wünschten oder ob sie geteilt bleiben wollten, wobei dann Westdeutschland mit der NATO verbunden und Ostdeutschland ein Mitglied des Warschauer Paktes bleiben würde. Der Plan sah vor, daß während dieser zehnjährigen Periode der Status quo in Berlin unter Aufsicht der Vereinten Nationen aufrechterhalten bleiben würde, und daß sich beide Seiten verpflichten würden, ihren Sektor nicht als einen Stützpunkt für Spionage, Umsturz oder feindliche Propaganda zu benutzen. Die Regierung der Sowjetunion und Ostdeutschlands würden den Westmächten für die Dauer dieser zehn Jahre den ungehinderten Zutritt nach Westberlin und die Freiheit seiner Bewohner garantieren. Inzwischen würden beide deutsche Staaten als Mitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen werden, unbeschadet ihres später möglichen Zusammenschlusses zu einer einzigen Nation.

Würde ein solcher Vorschlag jetzt gemacht und vom Kreml akzeptiert, so würde seine Annahme für die Dauer der nächsten zehn Jahre dem schwierigsten europäischen Problem seine Gefährlichkeit nehmen. Man würde eine Atempause gewinnen, während das deutsche Volk über sein Schicksal selbst entscheiden könnte. Zwischendurch würde es in Berlin nicht immer wieder zu Krisen kommen. Das endgültige Schicksal der Stadt und das von ganz Deutschland würde von einer gesamtdeutschen Entscheidung abhängen, für die keine ausländische Macht später verantwortlich gemacht werden könnte.

Weitere Möglichkeiten, die durch eine Entspannung in Europa eröffnet würden

Der eventuelle Abzug der amerikanischen, britischen und sowjetischen Streitkräfte aus einem quer durch Mitteleuropa verlaufenden neutralisierten Streifen, der die beiden deutschen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei und das durch seinen Friedensvertrag bereits neutralisierte Österreich umfassen würde, ließe sich durchaus mit einer militärischen Neutralisierung Lateinamerikas verbinden. Beide Seiten würden sich dadurch aus exponierten und provokativen Positionen befreien — die Russen von ihrem unbesonnenen Ausflug in diese Hemisphäre, und wir aus unserer gefährlichen Stellung in Europa, in der uns de Gaulle gelassen hat.

Eine weitere Folge eines Disengagements in Mitteleuropa könnte eine englisch-amerikanisch-sowjetische Vereinbarung sein, ein Embargo über Waffenlieferungen in den turbulenten Nahen Osten zu verhängen und gemeinsam zu versuchen, einen neuen Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel zu verhindern.

Dies sind mögliche Entwicklungen. Aber selbst wenn nichts weiter erreicht

wäre als eine Abkühlungsperiode in Deutschland und Berlin, könnte man mit Recht hoffen, daß dies die Voraussetzungen für einen Versuchsverbots-Vertrag und erhebliche Fortschritte in der Waffenkontrolle und letztlich der Abrüstung schaffen würde. (Aus dem Englischen)

(II. Teil folgt)

Prof. L. A. Puntila, Helsinki

Finnische Außenpolitik und finnische Handelspolitik

I.

Die finnische Delegation, die im September 1944 zu den Friedensverhandlungen nach Moskau fuhr, wußte nur zwei Dinge: erstens, daß das Land nicht besetzt werden würde, und zweitens, daß Finnland seine Unabhängigkeit bewahren würde.

Das Grundproblem der finnischen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in der Normalisierung der finnisch-sowjetischen Beziehungen. Das Resultat des Krieges war für Finnland wieder eine Niederlage gewesen, doch hat die Sowjetunion gemäß ihrem erwähnten Versprechen die Integrität des finnischen Staatsgebietes und der finnischen Souveränität geachtet. Die finnische Außenpolitik ging von der schon zu Kriegsende üblich gewordenen Vorstellung aus, daß das Interesse der Sowjetunion bezüglich Finnlands nicht in territorialen Erweiterungen und auch nicht in der Verbreitung des Kommunismus bestand. Das sowjetische Interesse war ein sicherungspolitisches, mit anderen Worten: es hatte strategischen Charakter. Diese Auffassung war der Ausgangspunkt für die leitende politische Persönlichkeit in der Nachkriegspolitik, nämlich für Juho Kusti Paasikivi. Wenn Finnland durch seine Politik der Sowjetunion die Gewähr dafür bieten konnte, daß es weder seine eigenen Kräfte noch sein Staatsgebiet in den Dienst eines möglicherweise gegen die Sowjetunion gerichteten Angriffs stellte und wenn die Sowjetunion auf die Sicherheit der finnisch-russischen Grenze vertrauen konnte, dann konnte die friedliche Koexistenz der beiden Staaten trotz der verschiedenartigen Gesellschaftsordnung aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Auf dieser Auffassung fußt u. a. auch der 1948 zwischen den beiden Ländern abgeschlossene Freundschafts- und Beistandsvertrag.

Dieser Vertrag hatte seinen Ursprung in den Verhandlungen, die Stalin mit den von der Sowjetunion in der Schlußphase des Krieges besetzten und zu sog. „Volksdemokratien" umgeformten Staaten an der sowjetischen Westgrenze führte, um für den Fall eines neuen großen Krieges zu einer gemeinsamen totalen Verteidigung zu kommen. So schlug Stalin im Frühjahr 1948 auch Finnland Verhandlungen vor.

Nach Paasikivis Auffassung befand sich Finnland in einer wesentlich anderen Situation als die erwähnten Länder, und deshalb teilte er Stalin mit, daß er die von diesen Ländern übernommenen Verpflichtungen nicht akzeptieren könne. Stattdessen war er bereit, als Verpflichtung Finnlands vertraglich anzuerkennen, daß ein über finnisches Territorium gegen die Sowjetunion gerichteter Angriff abgewehrt würde und zwar bei einer Garantieerklärung für Finnlands Souveränität und für Finnlands Willen, sich als neutraler Staat außerhalb der Groß-

machtblöcke zu halten. Die Sowjetunion war bereit, dieser finnischen Auffassung zuzustimmen, und auf dieser Grundlage entstand der Freundschafts- und Beistandspakt des Jahres 1948.

Wenn es nun auch die vorrangige Aufgabe der finnischen Nachkriegsdiplomatie gewesen ist, freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen, so führte dies doch nicht zu Konflikten mit anderen Staaten. Im Gegenteil. Finnland vermochte gleich nach Kriegsende nach den verschiedensten Richtungen freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen.

Nach dem Friedensschluß mit der Sowjetunion richtete Paasikivi seine Aufmerksamkeit zunächst auf die Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Ländern. Als Dänemark und Norwegen sich 1948 dem Atlantikpakt anschlossen, beschränkte sich die politische Annäherung auf Schweden, dessen Neutralitätspolitik — zu der sich das Land während des Ersten Weltkrieges entschlossen und die sich auch während des Zweiten Weltkrieges als zweckmäßig erwiesen hatte — den außenpolitischen Interessen Finnlands entsprach. So lange sich die Kräfte der großen politischen Blöcke die Waage halten, wird die schwedische Außenpolitik auch unter Berücksichtigung der finnischen Interessen geführt. Es ist ja offenbar, daß eine Annäherung Schwedens an die NATO auch Auswirkungen auf Finnland nach sich ziehen würde. Die Sowjetunion könnte es für nötig halten, ihre Einstellung gegenüber Finnland zu revidieren. Und auch umgekehrt, wenn es die Sowjetunion in ihrem Interesse für erforderlich halten würde, ihre Einstellung gegenüber der finnischen Neutralität zu ändern so würde dieses Verhalten Schweden zwingen, statt seiner Neutralitätspolitik Anschluß an die NATO zu suchen. Dies wurde in Zusammenhang mit der sogenannten Notenkrise im Herbst 1961 offenbar. Es war damals so, daß die Sowjetunion bei der Verschärfung der Berlin-Krise zum Ausdruck bringen wollte, für wie ernst sie die Situation des Ostseeraumes hielt, indem sie sich auf den Konsultationsparagraphen des finnisch-russischen Freundschafts- und Beistandspaktes berief, der für den Fall drohender Kriegsgefahr die Möglichkeit von Beratungen der beiden Regierungen über eventuelle Maßnahmen vorsieht. Zu derartigen Konsultationen forderte die sowjetische die finnische Regierung nun auf. Als von finnischer Seite darauf hingewiesen wurde, daß schon das Eintreten in Konsultationen zu einer Veränderung der finnischen Neutralitätslage führen und möglicherweise auch die schwedische Einstellung berühren würde, war die sowjetische Regierung bereit, ihren Vorschlag fallen zu lassen.

In dem Verhältnis der Sowjetunion zu Finnland erfolgte nach den Kriegen eine schnelle Verbesserung. Auf beiden Seiten konstatierte man, daß die früheren Beziehungen der Länder auf gegenseitigem Mißtrauen gefußt hatten, und hieraus folgerte man, daß eine neue Vertrauensbasis gefunden werden müsse. Dies betonten die führenden Politiker beider Länder wie auch die Presse und das war auch die Linie der sowjetischen Regierung, obwohl sie sowohl während der eben erwähnten sogenannten Notenkrise wie während eines kurzen Zeitraumes gespannter politischer Verhältnisse im Herbst 1958 der finnischen Regierung zu verstehen gab, daß sie eine Fortsetzung der früheren Paasikivischen Politik unter anderem auch unter Einbeziehung des gegenseitigen Handelsaustausches wünsche. Den sichtbarsten Beweis für das sowjetische Vertrauen in die finnische Außenpolitik bildete die Rückgabe des in der Nähe von Helsinki gelegenen Flottenstützpunktes Porkkala vor dem Ausgang der Pachtzeit. Dieses Gebiet hatte die Sowjetunion kraft Waffenstillstandsvertrag im Herbst 1944 auf fünfzig Jahre gepachtet — aus seestrategischen Gründen. Betrachtet man die Entwicklung der Seekriegsführung während des Zweiten Weltkrieges und besonders nach ihm, so kann man feststellen, daß der Stützpunkt Porkkala letzten Endes für die Sowjet-

union im Fall eines Großmachtkrieges kaum Bedeutung gehabt hätte, daß er jedoch ein Unterpfand für eine sowjetfreundliche finnische Außenpolitik und für die Reparationslieferungen darstellte. Als die Reparationslieferungen fristgemäß erfolgt waren und als das Vertrauen unter der Präsidentschaft Paasikivis eine feste Basis erlangt hatte, gab die Sowjetunion das Gebiet von Porkkala im Jahre 1955 zurück.

Wie ich erwähnte, gestand bereits der Freundschafts- und Beistandspakt des Jahres 1948 Finnland die Möglichkeit zu, als neutraler Staat außerhalb des Großmachtkonflikts zu verbleiben. Seitens der sowjetischen Regierung ist immer wieder, und zwar von autoritativer Seite, die Auffassung ausgesprochen worden, daß die finnische Neutralität nicht nur den Interessen der beiden Länder entspricht, sondern daß sie der Bewahrung des Weltfriedens durch eine Konsolidierung der Verhältnisse in Nordeuropa dient. Von dieser Überzeugung ging auch die finnische Diplomatie bei der Entwicklung der internationalen Beziehungen Finnlands aus.

Finnland hat sich den Vereinten Nationen angeschlossen und damit auch die Verpflichtungen und Risiken übernommen, die jedes stimmberechtigte Mitgliedland der UNO hat. In seiner UNO-Politik hat Finnland ebenfalls die Neutralität eingehalten, ist aber neben anderem auch für die Unabhängigkeit der Völker und gegen jede Politik der Rassendiskriminierung eingetreten. Ferner ist Finnland aktives Mitglied des Nordischen Rates, dem außerdem Dänemark, Island, Norwegen und Schweden angehören. Da sowohl NATO-Staaten wie Neutrale (Schweden und Finnland) Ratsmitglieder sind, ging man von Anfang an davon aus, daß der Rat keine außenpolitischen Probleme behandelt, sondern sich nur mit kulturellen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigt.

Die Neutralitätspolitik Finnlands hat allgemein Verständnis und Anerkennung gefunden. Die Diskussion darüber, daß und ob Finnland den Status einer garantierten Neutralität wie die Schweiz erreichen könnte, hat sich bei der jetzigen Weltlage als eine akademische Erörterung verschiedener Alternativen erwiesen. Es ist für Finnland ausreichend, wenn die Außenpolitik des Landes als neutral anerkannt und das Land in die großmacht-politischen Kalkulationen nicht einbezogen wird. Im Rahmen des 1947 in Paris abgeschlossenen Friedensvertrages hatte Finnland seine Wahrung der Neutralität verstärken können. Auch erzielte es eine Anerkennung seines Strebens nach Verstärkung seiner Verteidigungs-Streitkräfte. Anfang 1963 konnte die finnische Wehrmacht in der Sowjetunion fliegendes Material kaufen und in England Raketenkäufe zu Defensivzwecken tätigen.

Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen vom 15. 9. 44 mußte Finnland die damals noch auf nordfinnischem Boden befindlichen deutschen Truppen entweder innerhalb einer bestimmten Frist aus dem Lande verweisen oder internieren. Als sich die deutschen Einheiten zur Wehr setzten, entstand der sogenannte „Lappländische Krieg", der Blut kostete und Lappland schwer verwüstete, weil der deutsche Befehlshaber die Taktik der verbrannten Erde befolgte. Weil ein deutscher Friedensvertrag bisher noch nicht hat abgeschlossen werden können, erfolgt die Pflege der Beziehungen zu beiden deutschen Staaten zur Zeit durch eine Handelsvertretung in Köln und eine weitere in Pankow. In der Wahrnehmung seiner Beziehungen befolgt Finnland gleiche Prinzipien, und weil kein Friedensvertrag besteht, haben die Handelsvertretungen des Exequaturrecht erhalten.

II.

Wohl wenige Länder der Erde sind so sehr auf den Außenhandel angewiesen wie Finnland. Hierzu einige Zahlen. Die Pro-Kopf-Ausfuhr Finnlands betrug für

das Jahr 1960 880 DM gegen 830 DM der EFTA-Länder, 700 DM der EWG und 430 DM der USA. Die Entwicklung ist vom Gesichtspunkt des finnischen Binnenhandels aus betrachtet sehr schnell gewesen: noch im Jahre 1956 betrug der Anteil des Exports am Brutto-Volkseinkommens 18%, war aber schon 1962 auf 25% gestiegen. Das bedeutet, daß jede vierte von Finnen verdiente Mark aus dem Export stammt.

Finnland gehört zu der Gruppe von 15 Ländern, deren Netto-Volkseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet den Betrag von 4000 DM übersteigt, und zwar dürfte Finnland diese gedachte Grenze in diesem Jahr passieren. Die holzverarbeitende Industrie, bei der der Rohstoff-Anteil groß und der Arbeitseinsatz-Anteil klein ist, erhöht Finnlands Position wesentlich, doch trägt auch die Bergbauindustrie hierzu bei. Übrigens wird diese Gruppe der „Einkommenspitzenreiter" von den USA mit dreifachem Vorsprung angeführt, während die Bundesrepublik mit 15% vor Finnland liegt.

Finnland hat auch in der Handelspolitik die durch seine Neutralitätspolitik bestimmte Linie eingehalten und danach gestrebt, seinen Außenhandel auf allen Märkten zu entwickeln. Den größten Teil des finnischen Außenhandels nimmt der Handel mit den Ländern der westlichen Welt ein. Während seines Höchststandes hatte der Austausch mit den Ostländern den Umfang von etwa 30 Prozent, zur Zeit beträgt er ungefähr ein Fünftel; somit war klar, daß eine Beschleunigung der westeuropäischen Integrationsbestrebungen auch in Finnland von Anfang an auf großes Interesse stieß.

Die Entstehung der EWG bedeutete indessen für die finnische holzverarbeitende Industrie zunächst einmal noch keine direkte Bedrohung, obwohl es sich um ein immerhin sehr wichtiges Marktgebiet handelt. Und zwar deshalb, weil Finnlands wichtigste Konkurrenzländer auf dem Gebiet der Holzindustrie-Exporte, also Schweden, Norwegen und Österreich, außerhalb dieses Marktes verblieben, so daß Finnland ihnen gegenüber nicht in eine Diskriminierung geraten ist. Nachdem die Tendenzen zur Schaffung eines größeren Freihandelsgebietes 1958 gescheitert waren und die außerhalb der EWG verbliebenen Länder ihre eigene Freihandelszone schufen, wurde die Situation für Finnland kritischer. Seitens der finnischen Regierung wurde offiziell schon im Sommer 1959 verlautbart, daß Finnland an einer Zusammenarbeit mit der entstehenden Freihandelszone Interesse habe. Die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit wurde brennender vor allem dadurch, daß die anderen skandinavischen Länder, mit denen bereits seit drei Jahren über eine Nordische Zollunion verhandelt wurde, nunmehr mitteilten, daß ihrerseits auf Grund der veränderten Lage an diesem Plan kein Interesse mehr bestehe. Somit lag Finnlands einzige Möglichkeit zur Wahrung seiner handelspolitischen Interessen in der Bewerbung um die Mitgliedschaft in der EFTA.

Die eigentlichen Verhandlungen mit der EFTA wurden im Januar 1960 aufgenommen. Bei ihren Versuchen, die Voraussetzungen und die grundsätzlichen Ziele der Verhandlungen klarzustellen, richtete die finnische Regierung ihre Aufmerksamkeit vor allem auf drei Punkte: Erstens darauf, daß das Arrangement mit der EFTA, welche Form es auch immer annähme, nicht zur Entstehung eines übernationalen Organs führen dürfe, durch welches Finnlands Selbstbestimmungsrecht eingeschränkt werden würde. Zweitens: Finnland mußte nach einem Vertrag streben, der die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes in ausreichendem Maße beachtete und vor allem einigen der Binnenmarkt-Industriezweige einen genügend langen Anpassungsspielraum gewährte. Drittens mußte der Vertrag Finnland die Möglichkeit belassen, auch alle früher eingegangenen wirtschaftlichen Verträge einzuhalten.

Die im Winter und Frühling des Jahres 1960 mit den Vertretern der EFTA-

Länder geführten Besprechungen führten Ende Mai zu einem in Lissabon angenommenen Vertragsentwurf, der den beiden erstgenannten Gesichtspunkten im großen Ganzen Rechnung trug. Die EFTA-Länder zeigten weitgehendes Verständnis für die Anpassungsschwierigkeiten der finnischen Binnenmarkt-Industrie. Dies zeigte sich vor allem darin, daß hinsichtlich einiger besonders empfindlicher Produktionsbereiche wie z. B. der Textil-, Leder- und Schuhindustrie für die ersten Jahre ein langsamerer „Zollsenkungsfahrplan" gebilligt wurde.

Ein zweites, materiell mindestens ebenso wichtiges Entgegenkommen seitens der EFTA-Länder ist darin zu sehen, daß Finnland das Recht eingeräumt wurde, hinsichtlich einiger für die Aufrechterhaltung des Handels mit der Sowjetunion grundsätzlich wichtiger Güter quantitative Importbeschränkungen aufrechtzuerhalten. Hierher gehörten in erster Linie feste und flüssige Brennstoffe und Kunstdüngemittel. Andere für den Handel mit der Sowjetunion bedeutende Erzeugnisse wie z. B. Getreide, Futtermittel, Baumwolle und Zucker gehörten zu den sowieso außerhalb der EFTA-Vereinbarungen verbliebenen landwirtschaftlichen Gütern. Im Ganzen gesehen deckt Finnland etwa 4/5 seines Gesamtbedarfs in diesen Gütern durch Käufe in der Sowjetunion und der Anteil dieser Güter am finnischen Import aus der SU beläuft sich auf rund 2/3. Diese Einfuhren ihrerseits werden ausgeglichen hauptsächlich durch solche Produkte der Metall- und Schiffsbauindustrie, die schon zu den Reparationszahlungen gehörten und die später zu einem wesentlichen Bestandteil des normalen Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern geworden sind.

Nach dem Lissaboner Vertragsentwurf sollte Finnland zu einem assoziierten Mitglied werden mit Sitz und Stimme im EFTA-Rat.

Jedoch bedeutete dieser Entwurf, der an sich auf Finnlands Weg zur EFTA ein wichtiger Schritt gewesen ist, für Finnland noch nicht die Lösung der EFTA-Frage. Denn es stand noch eine befriedigende Lösung des erwähnten dritten prinzipiellen Zieles aus, das heißt also die Austarierung des neuen Vertrages mit den vorher bestehenden wirtschaftlichen Verpflichtungen Finnlands. Das bedeutete in erster Linie, daß Finnland in der Frage der Meistbegünstigung, die im Rahmen des 1947 mit der Sowjetunion geschlossenen Handelsvertrages dieser eingeräumt worden war, zu einer die EFTA-Länder sowie im weiteren Rahmen auch die GATT-Länder befriedigenden Lösung kommen mußte.

Die Richtigkeit dessen, daß der Sowjetunion durch den erwähnten Vertrag Meistbegünstigung eingeräumt worden war, ist von finnischer Seite niemals in Zweifel gezogen worden. Trotzdem wollte Finnland mit der Sowjetunion über den neuen und auf neuen Grundbedingungen aufbauenden Zollvertrag verhandeln, nachdem dieser die Handelsinteressen der SU auf dem finnischen Markt garantieren und auch im Rahmen der EFTA und des GATT annehmbar sein sollte. Die Beratungen über diese Frage wurden im September 1960 aufgenommen und führten im November desselben Jahres zu einer in Moskau abgeschlossenen Zollvereinbarung. Demgemäß erhielt die Sowjetunion sachlich gesehen dieselben Vergünstigungen wie die, die Finnland bei einer Assoziierung mit der EFTA den dieser angeschlossenen Ländern einräumen würde.

Diese Zollvergünstigungen haben quantitativ gesehen zur Zeit im Handel zwischen Finnland und der Sowjetunion keine besondere Bedeutung, nachdem der Anteil der unter die EFTA-Zölle fallenden Güter im gesamten Warenaustausch der beiden Länder nur auf 6% kommt.

Es war nur verständlich, wenn diese Ausdehnung der EFTA-Zölle auf die Sowjetunion im Kreise der EFTA-Länder gewisse Befürchtungen auslöste. Aus diesem Grunde wurde es dort für empfehlenswert gehalten, von der institutionalen Organisationsform der Lissabonner Entwürfe abzugehen. Durch den im

März 1961 abgeschlossenen Vertrag bildet Finnland mit den EFTA-Ländern eine separate Freihandelszone: es ist also nicht Mitglied der EFTA geworden. Diese neue Freihandelszone, die „EFTA-Finnland-Assoziation" (EFA), hat eine gemeinsame Ratsversammlung, in der alle Partner vertreten sind. Der EFA-Vertrag trat am 1. Juli 1961 in Kraft.

Auf finnischer Seite kann man mit dem erzielten Ergebnis vollauf zufrieden sein. Als Grundvoraussetzung der wirtschaftlichen Expansion Finnlands ist anzusehen, daß die Konkurrenzmöglichkeiten der finnischen Güter nicht durch Zolldiskriminierung untergraben werden. Andernfalls bestünden für Finnland wahrscheinlich keine Möglichkeiten zu einer Ausdehnung seiner Angebotsskala und zu einer Anhebung der Produktion auf der bisherigen breiten Basis. Wenn man die augenblickliche Zwischenphase in den wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen Westeuropas betrachtet, kann man, was Finnland betrifft, die erzielte Lösung wohl auch noch nicht für endgültig ansehen. Unter dem Aspekt der wesentlichen Zielsetzung Finnlands, das heißt einer gleichmäßig nach Westen und Osten tendierenden Handelspolitik, ist es natürlich ganz klar, daß man auch in Finnland die Entwicklung sorgfältig und mit Interesse verfolgt. Finnland möchte auch bei möglicherweise veränderten Gegebenheiten zu Entscheidungen kommen, die den erwähnten Interessen des Landes, also den Grundzielen der Handelspolitik entsprechen.

Finnlands wichtigste Handelspartner waren im Jahre 1962 England, mit dem unser Außenhandel ein Totalvolumen von rund anderthalb Milliarden (= Mrd.) DM erreichte, die Bundesrepublik mit 1,4 Mrd. DM, die Sowjetunion mit rund einer Milliarde, Schweden mit rund 650 Millionen sowie Frankreich, Holland und die USA mit je etwa 400 Millionen DM. Der totale Handelsaustausch Finnlands belief sich im vergangenen Jahre auf insgesamt 8,3 Mrd. DM.

Der Zuwachs des Handelsaustausches hatte im Jahre 1960 23 % betragen, stand 1961 bei 7,5 %, erreichte im vorigen Jahre allerdings nur noch 5,7 %.

An die Zukunft der finnischen Außenwirtschaft denkend, muß man mit Besorgnis konstatieren, daß unsere Handelsbilanz durch die an sich erfreuliche Tatsache der Zunahme des Gesamtvolumens auf eine schwere Probe gestellt wird. Während der letzten drei Jahre haben die Importe nach Finnland nämlich eine wesentlich größere Zunahme gezeigt als die Exporte unseres Landes. Die Handelsbilanz ist deshalb defizitär, und zwar belief sich das Defizit 1962 auf rund 450 Millionen DM, was dem Importwert etwa eines Monats entsprach. Da Finnland keine größeren ausländischen Investitionen hat und auch nicht über sonstige nennenswerte Valutareserven verfügt, überträgt sich das Defizit aus der Handelsbilanz in die Zahlungsbilanz und schwächt somit die Valutareserven des Landes.

Das Defizit der Handelsbilanz ist entstanden aus dem Handel mit den Multilateral-Ländern, dessen Liberalisierung systematisch angestrebt worden ist. Der Importüberschuß dieser Länder erreichte im letzten Jahr fast 600 Millionen DM, und hiervon entfiel auf die EFTA-Länder, deren Einfuhr durch den EFTA-Vertrag stark gefördert ist, der Gegenwert von fast 400 Millionen DM. Der finnische Handel mit Ländern auf bilateraler Basis erreichte im Jahre 1962 einen Exportüberschuß von rund 63 Millionen DM, wovon sich der Anteil der Ostblockstaaten auf rund 45 Millionen belief. Innerhalb der Ländergruppen war der Handelsaustausch bezüglich der einzelnen Länder natürlich nicht gleich: Großbritannien gehört zu den EFTA-Ländern, mit denen unsere Handelsbilanz wie gesagt defizitär ist, während der finnische Export nach Großbritannien die Einfuhren von dort um rund 135 Millionen DM übersteigt. Der Exportüberschuß im Handel mit der Sowjetunion betrug über 100 Millionen DM, bei einem totalen Exportüberschuß im gesamten Ostblockgeschäft von nur 45 Millionen DM.

Der Import aller drei Ländergruppen nach Finnland ist während des Jahres 1962 gestiegen, und zwar am meisten hinsichtlich der EFTA-Länder. Doch scheint die Importzunahme sich zu verlangsamen. 1960 lag sie über 27%, 1961 bei 8,4% und im vergangenen Jahr bei 6,5%. Im Jahre 1962 stieg der Wert der gesamten Importe auf rund 4,450 Mrd. DM. Nach vorläufigen Angaben blieb der Stückwert-Index des Importes gegenüber dem Vorjahr unverändert, wogegen der Volumen-Index eine Zunahme von rund 6,2% zeigte. Der Anteil der Importe aus den EFTA-Ländern stieg von 34,5% im Jahre 1961 auf 35,2% im Jahre 1962. Der Import aus den Ländern der EWG blieb mit 34,7% unverändert. Ebenfalls unverändert blieb der Importanteil der Ostblockländer mit 19,2%.

Der finnische Export verzeichnete im Jahre 1962 eine Zunahme von 4,7% bei einem totalen Exportwert von rund 4 Mrd. DM. Auch bei den Exportzunahmen war in den letzten Jahren eine Abschwächung zu erkennen. Hatte der Zuwachs 1960 noch rund 18% betragen, so belief er sich 1961 nur noch auf 6,6%. Nach vorläufigen Kalkulationen fiel der Stückwert-Index beim Export um rund 1,5%, während der Volumen-Index um 6,3% stieg. Die Entwicklung der Exportpreise war somit für Finnland ungünstig.

Betrachten wir die prozentuale Verteilung der finnischen Exporte nach Handelsräumen während der letzten beiden Jahre, so können wir konstatieren, daß der Anteil der EFTA-Länder merkbar zurückging, nämlich von 34,7% im Jahre 1961 auf 31,9%. Bei den EWG-Ländern war der Rückgang von 30,9% auf 28,7% nicht ganz so groß. Der Anteil der Ostblockländer dagegen stieg von 18 auf 22,5%. Der zunehmende Exportüberschuß besonders gegenüber der Sowjetunion macht auf finnischer Seite spezielle Vorkehrungen notwendig. Da sich der Handelsaustausch mit der Sowjetunion auf bilateraler Basis abspielt, muß die Differenz durch Importe abgedeckt werden. Bei den Handelsverhandlungen des vergangenen Herbstes wurde vereinbart, daß dieser Ausgleich innerhalb der kommenden drei Jahre, das heißt bis Ende 1965, hergestellt sein soll.

Die Handelspartnerschaft Finnlands mit Deutschland gründet sich in der Hauptsache darauf, daß Finnland Produkte der holzverarbeitenden Industrie anbieten kann, während Deutschland Erzeugnisse einer hochgezüchteten Maschinenindustrie sowie teilweise auch Rohstoffe und Ausgangsmaterialien hat, deren Bezug für Finnland vor allem während der Kriegszeit lebenswichtig war. Noch lange Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges dauerte die Bewirtschaftung des finnischen Außenhandels an, und zu einer faktischen Liberalisierung des Außenhandels konnte man erst Ende der fünfziger Jahre übergehen. Die Auswirkungen dieser Liberalisierung waren besonders in die Augen fallend beim Außenhandel Finnlands mit der Bundesrepublik. Die Importe nach Finnland beliefen sich 1960 auf 740 Millionen DM, 1961 auf 880 Millionen DM und 1962 auf eine Milliarde DM. Finnland exportierte in die Bundesrepublik im Jahre 1960 für 410 Millionen DM, 1961 für 490 Millionen DM und 1962 für 500 Millionen DM. Die Liberalisierung und die Umstellung auf das multilaterale System hat den Export der Bundesrepublik nach Finnland also begünstigt, während andererseits die durch die EWG errichteten Schranken sich zum Schaden der finnischen Exporte in Bundesrepublik ausgewirkt haben.

An der Zusammensetzung der finnischen Exporte haben, wie wir bereits erwähnten, die Forstbestände zentralen Anteil. Der Anteil der holzverarbeitenden Industrie und der forstwirtschaftlichen Erzeugnisse betrug in den letzten Jahren rund 75% des gesamten Exportes und allein die Papierindustrie umfaßte 1961 47% des gesamten Exportes. Um ein Beispiel heranzuziehen: Finnland exportierte Papier in neunzig Länder, Finnlands Anteil an der Zeitungspapiererzeugung beläuft sich auf 5% der Weltproduktion und 17% der europäischen Produktion,

aber der Exportanteil auf 8% des Weltexportes und auf mehr als 40% des europäischen Exportes.

In allen Sparten der holzverarbeitenden Industrie wurden während der letzten Jahre in Finnland große Investitionen vorgenommen, und nach den Berechnungen ist unsere Industrie zur Verarbeitung des gesamten jährlichen Wachstums in der Lage. Nachdem die Wälder bis auf weiteres Finnlands wichtigsten Volksbesitz darstellen, kann Raubbau am finnischen Wald auf keinen Fall gestattet werden. Die einzige Möglichkeit zum Erhalt größerer Rohstoffmengen besteht somit in einer immer rationelleren Nutzung und in verbesserten Anbaumethoden. Zu letzterem Zweck sind im Kreise der Bauernschaft zur Zeit weittragende Vorkehrungen im Gange. Die Bedeutung dieses Umstandes erklärt sich daraus, daß sich über die Hälfte des Waldbestandes in bäuerlichem Besitz befindet. Sowohl der Staat mit einem Waldbesitzanteil von rund 40% und die Gesellschaften mit einem Anteil von 7% haben jahrzehntelang mit guten Erfolgen eine systematische Forstwirtschaftspolitik betrieben.

Zur Erhaltung seines Lebensstandards und zu dessen ständiger Steigerung muß Finnland aber auch die anderen Industriezweige entwickeln.

Es mag paradox klingen, wenn ich behaupte, daß die durch den Waffenstillstandsvertrag Finnland auferlegten Reparationslieferungen im Wert von 300 Millionen Dollar (u. zw. gerechnet auf der Wertbasis des Jahres 1938!) auf bedeutende Weise zur Bewahrung der inneren Ordnung des Landes beitrugen. Während des Zweiten Weltkrieges hatte sich nämlich in Finnland eine vielseitige Schwerindustrie entwickelt, die bei Kriegsende abgebaut werden mußte: den Beschäftigten dieser Betriebe drohte also die Arbeitslosigkeit. Da nun aber der größte Teil der an die Sowjetunion zu liefernden Reparationsgüter, nämlich rund 75%, aus Produkten der Metall- und Schiffsbauindustrie bestand, mußte Finnland diese Industriezweige, deren Exportanteil vor dem Zweiten Weltkrieg nur etwa 4% betragen hatte, schnell entwickeln. So konnte man Beschäftigung für die aus der Rüstungsindustrie freiwerdenden Kräfte und die heimkehrenden Soldaten schaffen. Hätte es diese Möglichkeit nicht gegeben, so wäre die Gefahr von Aufständen und damit auch die Gefahr einer Besetzung drohend geworden. Weil die Reparationslieferungen innerhalb einer sehr knapp kalkulierten Frist zu erfolgen hatten, mußten alle Kräfte hierauf und auf den Wiederaufbau konzentriert werden. Weil sich durch diese großen Aufgaben die wirtschaftliche Existenz vieler Arbeitnehmer sichern ließ, darf man demnach der Meinung sein, daß die Reparationslieferungen dem demokratischen System gedient haben. Die Anlage großer Beträge für eine Produktion, die zugunsten einer fremden Volkswirtschaft arbeitete, war nur möglich durch Geldabwertungen, und in der Tat griff die Inflation kräftig um sich, aber gegen Ende der fünfziger Jahre konnte auch der finnische Geldwert stabilisiert werden.

Trotzdem wurde nach Erfüllung der Reparationslieferungen die Metallindustrie zu einer Art Sorgenkind für die finnische Volkswirtschaft. Da die Metall- und Schiffsbauindustrie mehr als 100 000 Arbeitnehmer beschäftigt, die gewerkschaftlich gut organisiert sind und bei denen es sich zum überwiegenden Teil um Facharbeiter handelt, muß für die volkswirtschaftliche Existenz dieser Menschen besondere Sorge getragen werden.

Das Kostenniveau der industriellen Bereiche war wegen der Nachwirkungen der Reparationen sehr hoch und die finnische Metallindustrie war noch während der ganzen fünfziger Jahre nicht in der Lage, auf den Märkten des Westens zu konkurrieren. Dagegen bestand in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockländern, mit denen der Handelsaustausch auf bilateraler oder Dreiecksbasis geführt wurde, eine ständige Nachfrage. Die Preise dieser im Clearinghandel expor-

tierten Güter richteten sich nach den Weltmarktpreisen, was somit eine gewisse Toleranz gestattete. Nach Abschluß der Reparationslieferungen verpflichtete sich die Sowjetunion im Rahmen langfristiger Handelsverträge zu Aufträgen an die finnische Metall- und Schiffsbauindustrie, und diese Handelsbeziehung hat auch dann noch angedauert, als unsere Metallindustrie auch schon auf den westlichen Märkten konkurrenzfähig geworden war. Die Exporte sind Jahr für Jahr gestiegen und betrugen 1962 fast 19% des gesamten finnischen Exportes.

Sobald die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen in Europa einmal verwirklicht sind, wird um alle Märkte, also auch um die der kleinen Länder, eine sehr lebhafte Konkurrenz einsetzen. Dies betrifft auch Finnland, dessen eigene Industrie etwas zur Beantwortung dieser Konkurrenz im eigenen Lande tun muß. Aber das genügt noch nicht, sondern die finnische Industrie muß auch selbst zu einer Nutzung der erweiterten Märkte kommen. Im Verlauf der letzten Jahre haben immer mehr finnische industrielle Betriebe die Exportmärkte untersucht, um in den betreffenden Erzeugerländern Qualitäts-, Preis- und Terminkonkurrenz betreiben zu können, und um so auch die verschärfte Wettbewerbslage auf dem finnischen Markt zu beantworten.

Abschließend möchte ich sagen:

Die Tendenzen der finnischen Diplomatie erfahren ihre Bestimmung durch die geographische Lage des Landes und durch die Politik der großen Mächte. Die Schwierigkeiten dieser diplomatischen Situation wurden schon von Juho Kusti Paasikivi betont. „Großmachtpolitik treiben kann man freilich, wenn man 400 Divisionen hinter sich hat", sagte er, „darum können die Großmächte auch Fehler begehen. Anders liegen die Dinge bei kleinen Völkern, denen die Divisionen fehlen. Wer hier Außenpolitik treibt, muß in der Lage sein, Fehler zu vermeiden."

Der Zweck meiner Ausführungen war es nicht, darüber zu urteilen, ob die finnische Außenpolitik fehlerlos war und ob es möglich gewesen wäre, anders zu handeln. Ich habe nur dargelegt, was geschehen ist und worauf die Entscheidungen zurückgingen. Einen Umstand möchte ich abschließend betonen. Die internationalen Kräfte sind mächtige Mitgestalter am Schicksal der einzelnen Völker, und man muß sie bei der Politik immer im Auge haben. Trotzdem darf man aber niemals vergessen, daß das Schicksal eines Volkes durch Jahrzehnte und Jahrhunderte letzten Endes von seinem eigenen Willen zu leben und sich zu entwickeln bestimmt wird.

Carl Bloice, San Francisco

Die Neger-Frage in den USA (II)*

III.

Die Untätigkeit des Präsidenten in Birmingham zeigt nun einen der wichtigsten Aspekte der Negerrevolte im Süden.

Während der übrige Teil der Vereinigten Staaten nach dem politischen Zwei-Parteien-System strukturiert ist, ist der Süden fast zur Gänze das Herrschaftsgebiet einer einzigen Partei. Die Massen sind hier der Demokratischen Partei so

* Vgl. Heft 6/63, S. 438 ff.

sehr verbunden, daß der Wahlkampf bereits durch die Parteinominierung entschieden wird, denn derjenige Kandidat, der diese Vorwahl in der Demokratischen Partei gewinnt, wird bei den darauffolgenden Wahlen siegen.

Die Partei des Südens ist auch die Partei des Präsidenten. Faktisch ist es eine Partei, die auf Grund einer unheiligen Allianz des Südens und Nordens besteht. Im Norden ist sie liberal und von den Arbeiter- und Negerstimmen abhängig und im Süden konservativ und reaktionär, wobei sie sich fast ausschließlich durch eine rassistische Demagogie an der Macht hält. Während bewiesen wurde, daß ein Demokrat auch ohne die Unterstützung des Südens zum Präsidenten gewählt werden kann, ist der Süden doch in der Lage, das Gleichgewicht zu seinen Gunsten zu verändern. Das gleiche trifft für den Parteitag zu, der den Kandidaten auswählt.

Bis jetzt kam es noch zu keinem offenen Bruch zwischen der obersten Führung der Neger in den Vereinigten Staaten und Präsident Kennedy. Ein solcher Bruch würde äußerst kritisch sein. Verschiedentlich wird behauptet, daß es die Negerstimmen waren, die im Jahre 1960 Kennedy den Vorsprung vor dem Republikaner Richard Nixon sicherten. Die Sprecher der Neger loben weiterhin den Präsidenten, wobei sie gleichzeitig betonen, daß er „noch nicht genug getan habe". Während der Birmingham-Krise aber wuchsen Umfang und Schärfe dieser Kritik. Es ist schwer abzuschätzen, was weitere Krisen dieser Art der Allianz zwischen der demokratischen Administration des Nordens und den Negerwählern an Schaden zufügen können. Der Präsident jedoch versucht weiterhin den schmalen Grat zu wandern, bei dem weder die Politiker des Südens noch die Neger des Nordens verletzt werden sollen.

Man könnte argumentieren, daß er nach den Wahlen von 1964 größere Handlungsfreiheit besitzen würde. Aber das gleiche Argument hat man schon vor den Wahlen des Jahres 1960 verwendet, und als die Stimmen gezählt waren, stand er vor dem gleichen Problem wie vor der Wahl. Damals mußte er sein Gesetzgebungsprogramm sichern und es nicht von den Kongreßmännern des Südens durchlöchern lassen. Diese Lage wiederholte sich vor und nach den Kongreßwahlen von 1962.

Im Kongreß sind die Südstaaten-Demokraten mit den konservativen Republikanern des Nordens, besonders des Mittelwestens, verbunden. Dadurch beherrschen sie die Gesetzgebungsmaschinerie des Landes und können die wichtigsten Maßnahmen des Kennedy-Programms blockieren. In allgemeiner Hinsicht ist es daher für den Präsidenten vorteilhaft, mit dem Süden zu brechen. Ein solcher Bruch müßte jedoch vollständig und abrupt sein und würde die Partei selbst spalten.

Die linken und fortschrittlichen Kräfte im Lande sind seit vielen Jahren für einen solchen Bruch als Voraussetzung eines vollständigen Umbaues der amerikanischen politischen Struktur eingetreten. Solange aber die Demokraten des Nordens nicht gewillt sind, einen solchen Bruch zu vollziehen, ist der Präsident bestrebt, die rassistischen demokratischen Gesetzgeber des Südens nicht zu verletzen.

Der Schlüssel ist der Neger des Südens. Durch Beschränkungen und Terror fast vollständig gehindert, sein Wahlrecht auszuüben, liegen bei ihm die Möglichkeiten, die Politik des Südens zu verändern, Zahlenmäßig mehr als ein Drittel der Bevölkerung (48 % in Mississippi), würden die Negerstimmen das gesamte politische Leben des Landes beeinflussen.

Die Studenten sahen dies schon sehr früh. Während die älteren, schon festetablierten Neger-Organisationen in der Vergangenheit viel von der Wichtigkeit des Wahlrechtes geredet hatten, geschah nicht viel Konkretes hinsichtlich der

Eintragung der Neger in die Wahllisten. Dann kam die historische Raleigh-(North Carolina-)Konferenz. Zu Ostern 1960 trafen sich Studenten, die während der vorhergehenden Monate an „Sitz-Demonstrationen" teilgenommen hatten, auf einem Campus in Raleigh. Nach einer Kette von Ereignissen im Gefolge diese Treffens wurde das „Student Non-violent Coordinating Committee" (Koordinationskomitee der Studenten für Gewaltlosigkeit) gegründet. Aber noch etwas Wichtiges geschah, bevor diese Organisation voll ins Leben trat.

Kurz nach dieser Konferenz begannen die „Freiheits-Fahrten". Neger- und weiße Studenten, zuerst meist aus den Nordstaaten, fuhren in Autobussen durch den Süden, um die bereits bestehenden Bundesgesetze gegen die Rassentrennung in den Autobahnhöfen zu testen. Obwohl diese Autobahnhöfe dem Gesetz nach integriert sind, sind sie es faktisch bis heute im Süden nicht. An einigen Orten kann man immer noch die Tafeln „Für Farbige" und „Für Weiße" lesen. Die Studenten, die an diesen Fahrten teilnahmen, waren noch mehr Gewalttaten ausgesetzt als die Sitz-Demonstranten.

Zu einem gewissen Zeitpunkt häuften sich die Gewalttaten und Verhaftungen so, daß der Justizminister Robert Kennedy eine Gruppe der Studenten nach Washington rief und sie dringend bat, ihre Aktivität zu verlangsamen. Sie antworteten darauf mit zornigen Erklärungen, die auch von seiten der Neger-Presse kamen. Die Studenten schlugen bei dieser Zusammenkunft der Administration vor, eine Kampagne zur Registrierung der Negerwähler von seiten des Bundes zu unterstützen. Der Justizminister versuchte sie zu überreden, von diesem Projekt abzulassen. Als die Studenten die alten Neger- und Inter-Rassen-Organisationen von ihrem Plan in Kenntnis setzten, stießen sie auf die gleiche Antwort.

Ende 1961 war das Registrierungsprojekt des studentischen Koordinationskomitees für Gewaltlosigkeit in voller Durchführung, mit Arbeitsgruppen in McComb, Mississippi und Albany, Georgia.

Heute sind die Arbeitsgruppen des SNCC (Student Non-Violent Coordinating Committee, ausgesprochen „Snick") fast täglich einem Terror ausgesetzt, der von Schlägen, Verhaftungen, und Bombenanschlägen bis zu einer Anzahl von Mordversuchen reicht. Registrierungsprojekte existieren in den Gebieten der größten Negersiedlungen in North Carolina, South Carolina, Tennessee, Georgia, Mississippi und Alabama.

An diesem Punkt also kommt es zum größten und direktesten Angriff gegen die gesamte politische und wirtschaftliche Struktur des Südens. Hier auch liegt die größte Möglichkeit für eine radikale Veränderung der amerikanischen politischen Struktur. Im Kampf um das Wahlrecht im tiefen Süden liegt sogar eine Hoffnung für die Völker der ganzen Welt. Wenn die Demagogen des Kalten Krieges in den Vereinigten Staaten sprechen, so tun sie das meistens auf Grund einer politischen Basis irgendwo im Süden.

Außerdem wird es in diesem Teil des Landes niemals eine bedeutungsvolle Debatte über die Innen- und Außenpolitik des Landes geben, solange das dominierende und oft einzige Thema der politischen Debatten in diesem Gebiet das Rassendenken ist — d. h. die Frage, welcher Kandidat die Neger mehr unterdrücken wird.

Doch die Ergebnisse der Aktivität der Studenten sind nicht sehr groß. Gegen sie stehen viele Kräfte und Umstände. Auf dem Spiel steht die Politik einer Nation und alle diejenigen, die den status quo erhalten wollen, sind gegen sie verbündet. Dazu gehören auch die Rechtsgruppen wie die John Birch Society. In den Gebieten, in denen sie arbeiten, stoßen sie auf die vereinte Macht der örtlichen Verwaltung, der Regierung des Staates und der örtlichen weißen Terrororganisationen.

Wenn auch diese Bewegung der Gewaltlosigkeit verpflichtet ist, so gibt es in diesen Gebieten doch ein großes Potential für eine Explosion der Gewalt. Wo man früher Angst hatte, über Rassengleichheit und Protest gegen die Ungerechtigkeit auch nur zu sprechen, redet man heute offen über die Bereitschaft, im Kampfe zu sterben. Trotzdem kann man kaum annehmen, daß diese waffenlosen Revolutionäre den Kampf ohne direkte Hilfe von außen gewinnen können. Solche Hilfe müßte von den Bundesbehörden kommen. Zur Zeit ist der Bund sehr wenig geneigt, Unterstützung zu geben.

IV.

Bis jetzt haben wir nur von zwei Organisationen in diesem Gebiet gesprochen, vom Student Non-Violent Coordinating Committee und von der Southern Christian Leadership Conference. Es muß darauf hingewiesen werden, daß — wenn auch beide Gruppen der Gewaltlosigkeit verbunden sind — das SNCC als Ganzes nicht den gleichen Grundsätzen Ghandis verpflichtet ist wie die Organisation der Älteren. Ihr Vokabular schließt vielmehr solche Ausdrücke ein wie „Machtstruktur", „Die Erfahrungen der kubanischen Revolution" und „Land-Reform".

Es gibt gewichtige Gründe dafür, daß diese beiden Gruppen die vorherrschenden Protestorganisationen im Süden sind. Es ist allgemeine Erfahrungstatsache, daß Studenten auf Grund ihrer sozialen Stellung am wenigsten zu verlieren haben, wenn sie sich einer radikalen politischen Aktivität widmen. Aber wenig in der Welt und selbst in den Vereinigten Staaten wird die Rolle gewürdigt, die die Protestantische Kirche im Leben des Negers spielt. Die Kirche ist das einzige, das der Gemeinde der Neger wirklich gehört. Sie stellt die Vereinigung der Hilfsquellen zu deren Aufbau dar und der Geistliche ist der einzige Mann von Bedeutung, der nicht für einen Weißen arbeitet. Selbst der Neger-Geschäftsmann, der vom Reichtum seiner eigenen Gemeinschaft lebt, hat oft genug Geld von einer weißen Bank geborgt. Daraus folgt sowohl natürlich als auch historisch, daß in den wesentlichen Organisationen der Erwachsenen die Führer alle Geistliche sind.

Dies ist nicht der Fall bei den anderen drei größeren Neger-Protest-Gruppen, der National Association for the Advancement of Colored People (Nationale Vereinigung zur Förderung der Farbigen), dem Congress of Racial Equality (Kongreß für Rassengleichheit) und der Urban League (Städtische Liga). Bei ihnen handelt es sich um weltliche Organisationen und ihre Mitglieder besitzen sie zumeist im Norden.

Die älteste und stärkste Protestgruppe der Neger, die NAACP, ist weiterhin die hauptsächliche Stimme der Neger des Landes. Nachdem sie ihre Tätigkeit meist den Auseinandersetzungen im Gerichtssaal und der Gesetzgebung gewidmet hatte, war diese Organisation überrascht, als mit Beginn der sechziger Jahre neue Gruppen der direkten Aktion auf die Bühne traten.

Aber die Parole der NAACP „1963 frei" ist gleichzeitig der Maßstab für eine Beurteilung dieser Organisation. Sie gab Millionen von Dollars aus, um bei den Gerichten die Frage der Verfassungsmäßigkeit getrennter Schulen für Neger und Weiße zu klären. 1954 gewann sie diesen Prozeß und Verordnungen wurden erlassen, das Schulsystem im Süden „möglichst schnell" zu integrieren. Heute gibt es im tiefen Süden nur wenige Negerstudenten in weißen Schulen und keine weißen Studenten in Negerschulen. Im Staate Alabama existiert nicht eine einzige integrierte Schule, nicht einmal pro forma.

In der Hauptsache hat sich die NAACP einer Teilnahme an Projekten der direkten Aktion im Süden enthalten, wenn auch in vielen Gebieten Ortsvereinigungen dieser Organisation bei den Bemühungen um die Wählerregistrierung

führend oder mitarbeitend tätig sind. Die Politik der NAACP zeigt aber schon Zeichen einer Änderung. Zur Zeit als dieser Bericht geschrieben wurde, meldete der Rundfunk, daß der Generalsekretär der Organisation, Roy Wilkins, verhaftet wurde, als er Demonstranten in Jackson, Mississippi, anführte.

Eine Liste von Gefängnisstrafen ist heute unter den Negern des Südens einer öffentlichen Anerkennung gleichzusetzen!

Der Congress of Racial Equality (Kongreß für Rassengleichheit) ist eine gesamtstaatliche, inter-rassische, den Prinzipien Gandhis verpflichtete Organisation. Obgleich er führend bei den Freiheits-Fahrten tätig war und man ihn häufig braucht, um Menschen für Aktionen der Gewaltlosigkeit auszubilden, sind seine Methoden für die gegenwärtigen Aktionen im Süden wenig geeignet. Der Grund hierfür ist, daß sie von einer kleinen Gruppe gründlich ausgebildeter und psychologisch vorbereiteter Personen abhängen, die bereit sind, schwere Mißhandlungen zu ertragen, ohne Vergeltung zu üben. King's Organisation verwendet die gleiche Taktik der Gewaltlosigkeit und ruft Tausende von unausgebildeten Menschen auf die Straße, wobei sie sie auffordert, gewaltlos zu bleiben. Politischer Aktivität wenig zugeneigt, unterstützt der CORE die Kampagne zur Wählerregistrierung des SNCC nur wenig.

Eine weitere Gruppe, die man bei jeder Diskussion über die Rassenverhältnisse in den Vereinigten Staaten in Rechnung ziehen muß, sind die „Black Muslims" (Schwarze Muslime) unter ihrem Führer Elijah Muhammad. Obgleich im Süden nicht besonders stark vertreten, übt diese militant anti-weiße, separatistische Gruppe beträchtlichen ideologischen Einfluß auf ihre Anhänger aus. In gewisser Hinsicht stellt diese Bewegung im Norden und Süden ein Aufnahmebecken für die Unzufriedenheit und Verbitterung dar, die aus der Enttäuschung herrührt, von der auch die Führer befallen werden.

Ein weiterer Name muß genannt werden, wenn man von der Negerrevolte des Südens berichtet. Es handelt sich nicht um eine Organisation, sondern um einen einzelnen Mann: Robert Williams, den ehemaligen Vorsitzenden der Monroe North Carolina Gruppe der NAACP. Im Jahre 1961 revoltierte er gegen die konservative Politik der vorhandenen Organisationen. Weil er aber auch die Prinzipien der Gewaltlosigkeit der Organisation King's angriff, wurde er als ein Befürworter der Gewalt abgestempelt und man nahm dies später zum Vorwand, um ihn aus seiner NAACP-Stellung zu entfernen. Als es dann zu Gewalttätigkeiten in seiner Heimatstadt kam, wurde er von den Ortsbehörden beschuldigt, ein weißes Ehepaar entführt zu haben, und als er aus dem Staate floh, wurde er von der FBI als einer der „zehn meistgesuchten Verbrecher" des Landes gejagt. Er lebt heute im Exil in Kuba.

Im vergangenen Jahr erschien in New York ein von Williams geschriebenes Buch „Negroes with Guns" (Neger mit Gewehren). Das sehr ergreifende und überzeugende Buch hat Anstoß zu einer klärenden Diskussion über die gegenwärtige Taktik innerhalb der Bewegung gegeben. Williams befürwortet besonders eine bewaffnete Verteidigung der Negergemeinschaften gegen einen bewaffneten Angriff. Bis jetzt stand die King-Bewegung, die in den größeren Städten arbeitet, in größerem Ausmaß noch nicht vor diesem Problem. Aber in den ländlichen Gebieten im Zentrum der Auseinandersetzung, dort wo das SNCC arbeitet, droht diese Möglichkeit.

Gewiß, man kann die Zwistigkeiten innerhalb der Bewegung sehr unterstreichen. Während aber viel über die Meinungsverschiedenheiten gesprochen wird, sind offene Zusammenstöße eher die Ausnahme als die Regel, und sie kommen viel mehr im Norden vor. Die Revolte im Süden wird heute fast gänzlich vom SNCC und der Christian Leadership Conference geleitet.

Die Meinungsverschiedenheiten erhalten aber einen anderen Aspekt, wenn man nach der Zukunft des Südens fragt. Die Zeit geht rasch und wichtige Entscheidungen müssen getroffen werden, die einen wesentlichen Einfluß auf die Zukunft des gesamten Landes haben können.

Williams' Flucht außer Landes illustriert eine der merkwürdigsten Seiten der Rassensituation — die Rolle des FBI. Gewöhnlich werden Beschuldigungen wegen Rassismus im FBI (das in der Tat eine Geheimpolizei darstellt) von der Linken und von ehemaligen FBI-Leuten erhoben. Aber es gibt keine besseren Beweise für diese jahrelangen Anschuldigungen als die Haltung der Negerführer im Süden selbst. Immer wieder haben sie gegen die Verwendung von Beamten protestiert, die ebenso große Rassisten als irgendein örtlicher Beamter des Südens waren. In Birmingham bezeichnet man da und dort das FBI als die „örtliche Gestapo". Die Studentenfunktionäre leben in der Furcht, daß jede Information, die sie FBI-Agenten geben, der Ortspolizei zur Verfügung gestellt wird.

Vielleicht ist es ein Hinweis dafür, welche Art Menschen FBI-Agenten werden können, daß der frühere Polizeichef Birminghams, Eugene „Bull" Connor (der bis Mitte Mai amtiert hat), ehemaliger FBI-Agent ist. Connor ist nicht einfach ein Mann, der einen Befehl ausführt. Als der örtliche Führer, der Geistliche Fred Shuttlesworth, ins Krankenhaus kam, nachdem er während einer Demonstration durch Wasserschläuche der Polizei Verletzungen erlitten hatte, sagte er: „Es tut mir leid, daß ich das nicht gesehen habe." Später, als Shuttlesworth zusammenbrach und erneut ins Krankenhaus kam, rief Connor eine Negerversammlung an, um zu sagen: „Ich hoffe, daß der Hundesohn stirbt."

Was ist die Antwort auf die Unvereinbarkeit einer starren Rassentrennung und der unwiderstehlichen Kraft, die im Süden einfach „Die Bewegung" genannt wird? Vielleicht wurde sie von einem der ersten politischen Kommentatoren des Landes getroffen, als er nach dem Ereignis von Birmingham schrieb: „Es ist an der Zeit, die amerikanische Politik, so wie sie von Eisenhower begründet und unter Präsident Kennedy weitergeführt wurde, zu ändern. Gemeint ist damit die Politik, die Aufhebung der Rassentrennung, die eine nationale Pflicht wäre, privaten Prozessen mit den Ortsbehörden zu überlassen. Die Aufhebung der Rassentrennung darf nicht mehr nur Angelegenheit einer Neger-Bewegung sein, die von den weißen Politikern aus dem Norden lediglich ihren Segen bekommt. Sie muß zu einer nationalen Bewegung zur Durchsetzung der gesamtstaatlichen Gesetze, geführt von der Regierung selbst, werden."

Das muß geschehen. Denn geschähe es nicht, so würde sich die gegenwärtige Einstellung der Neger in den Vereinigten Staaten, und zwar sowohl im Süden als auch im Norden, ändern und die Endschlacht, das Armageddon, von der die Muslime sprechen, würde kommen. Denn wie der Neger-Schriftsteller James Baldwin vor kurzem sagte: „Man kann soviele Schläge, soviel Demütigung, soviel Verzweiflung, soviele gebrochene Versprechungen nur bis zu einem gewissen Punkt aushalten."

(Aus dem Englischen)

Horst J. Andel, Kairo

Hat Panafrika Chancen?

Die Bilanz der afrikanischen Gipfelkonferenz in Addis Abeba*)

I.

Im bizarren Milieu von Addis Abeba trafen sich in den letzten Maitagen zweiunddreißig Staatsoberhäupter und Regierungschefs — ein Kaiser, zwei Könige, sechsundzwanzig Präsidenten und drei Ministerpräsidenten — zu einer „Panafrikanischen Gipfelkonferenz". Kaiser Haile Selassie I., der „Löwe von Juda", wie er sich gern nennen hört, brachte buchstäblich etliche Tage auf dem neuen Flughafen von Addis Abeba zu, um die aus allen Himmelsrichtungen ankommenden Delegationen in feierlichem Zermoniell willkommen zu heißen. Das äthiopische Protokoll brachte sogar das Kunststück fertig, mehrmals zwei Staatsoberhäupter gleichzeitig zu empfangen, ohne daß einer der äußerst prestigebedürftigen jungen Herren der „Dritten Welt" verärgert gewesen wäre.

Der Monarch erwies sich denn auch als der eigentliche Motor der an Gegensätzen und Überraschungen reichen Begegnung, und nur dadurch, daß er sein ganzes Prestige dafür einsetzte, wurde die Konferenz wenigstens zu einem deklaratorischen Erfolg.

Wie ist nun das Ergebnis der Konferenz zu beurteilen?

Von ihm kann nur enttäuscht sein, wer erwartete, in Addis Abeba „historisches Geschehen" und „geschichtliche Wendepunkte" mitzuerleben. Statt dessen begnügte man sich in realistischer Einschätzung der gegebenen Möglichkeiten mit der Unterzeichnung einer „Allafrikanischen Charta", die zwar sehr eindrucksvoll klingt, aber in Wirklichkeit zu nichts verpflichtet. Die Einigung über diese Charta wurde nur möglich, indem die äthiopischen Gastgeber die Schlußsitzung der Staatsoberhäupter bis in die späte Nacht hinein ausdehnten und sogar die festliche Theatervorstellung platzen ließen, mit der sie die Konferenz ursprünglich hatten beenden wollen.

Was den Beobachter internationaler Begegnungen in den jungen Staaten des öfteren erstaunt, ist die Tatsache, daß sie die westlichen Prinzipien der Gewaltenteilung offenbar ebensowenig kennen wie das kommunistische der Machtdelegierung. In den Entwicklungsländern scheuen die dem Staatsoberhaupt nachgeordneten Würdenträger jede Verantwortung, und nur der Präsident allein entscheidet — selbst über die abseitigsten und geringfügigsten Vorkommnisse. So konnte beispielsweise die Form der Polizeibegleitung der Staatsoberhäupter in Addis Abeba erst in letzter Minute endgültig festgelegt werden — als die Meinung des Kaisers eingeholt worden war! Auch die Konferenz selbst litt sichtlich unter diesem Handicap: Die von den Außenministern ausgearbeitete Tagesordnung erwies sich in manchen Punkten als nicht kompetent, und die kleinsten Detailfragen der nachher zur Unterzeichnung anstehenden Charta führten noch zu langwierigen Grundsatzdiskussionen. Man kann sich des sicheren Eindruckes nicht erwehren, daß diese bis zum Exzeß getriebene Regierungsform der Ein-Mann-Herrschaft eine der schwerwiegendsten Ursachen dafür ist, daß in fast allen Entwicklungsländern nur geringe Neigung zur Übernahme politischer Verantwortung festzustellen ist. Diejenigen, die einst offen oder im Untergrund die Befreiung ihrer Heimat von der Kolonialherrschaft ertrotzten, erblicken darin die

*) Vgl. den Wortlaut der „Charta der Organisation der afrikanischen Einheit" in „Dokumente zum Zeitgeschehen".

Legitimation, ihr Land jetzt nach eben denselben unduldsamen Prinzipien zu regieren.

Das jedem vernünftigen Maß spottende Prestigebedürfnis der afrikanischen Staatsoberhäupter ist denn auch einer der Gründe dafür, daß dieser Kontinent von seiner erstrebten Einigung noch so weit entfernt ist. Aber man braucht nur auf die seit Kriegsende eher noch gewachsenen Schwierigkeiten auf dem Weg zur europäischen Einheit hinzuweisen, um für diese Schwierigkeiten Verständnis zu zeigen. Die afrikanischen Probleme sind ungleich vielschichtiger als die europäischen. Was die Hoffnung auf die Einheit Afrikas trotz aller Rückschläge, Überraschungen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Unterschiede und persönlichen Eifersüchteleien und Machtansprüche seiner Führer auch nach dieser Konferenz erneut bestärkt, ist die unleugbare Tatsache, daß sich alle Afrikaner über das Ziel einig sind. Das ging insbesondere aus dem in vielen Dingen gleichgestimmten Tenor der Reden so verschiedenartiger Persönlichkeiten wie Sir Abubakar Tafawa Balewa (Nigeria), Gamal Abdel Nasser (Ägypten) und Kwame Nkrumah (Ghana) hervor. Der nigerianische Ministerpräsident schrieb seinen Kollegen einige Sätze ins Stammbuch, die ihnen wohl nur ein Afrikaner glaubhaft (und ohne emotionale Widersprüche fürchten zu müssen) sagen konnte.

Sir Abubakar ist ein Mann, der echte demokratische Gesinnung mit westlicher Erziehung und abgeklärter Altersweisheit verbindet. Niemand kann ihm die revolutionäre Legitimität absprechen, die die Führer Jung-Afrikas so gern für sich in Anspruch nehmen. Der Umstand, daß er das volkreichste afrikanische Land repräsentiert, verleiht seiner Stimme ungewöhnliches Gewicht, wo immer sie auch zu hören ist. Seine Ansprache brachte schon insofern eine Überraschung, als sie mit der Bemerkung begann, man könne nicht mehr von einer Monrovia-Gruppe oder von den Casablanca-Staten sprechen. Bis dahin hatte man angenommen, Nigeria wolle an der Monrovia-Charta festhalten. Die ghanaischen Unionspläne tat Sir Abubakar, ohne sie ausdrücklich zu nennen, ebenso als illusorisch ab, wie er die subversive Tätigkeit der Regierung Nkrumah in anderen afrikanischen Ländern entschieden verurteilte. Die Stabilität der politischen Verhältnisse in den jungen afrikanischen Staten sei noch so prekär, daß man die bestehenden Grenzen nicht antasten dürfe, wenn sie auch durch die Kolonialmächte noch so willkürlich und teilweise naturwidrig festgelegt worden seien.

Etwas betretene Gesichter blickten dem nigerianischen Premierminister entgegen, als er sagte, er halte gar nichts von der „Négritude" und der „African personality". Es gelte, Mensch zu sein und nicht vor allem Afrikaner, und die Überbetonung des Afrikanischen sei letzten Endes nichts anderes als die Kompensation eines Minderwertigkeitsgefühles.

Wer fürchtete, von dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der unmittelbar nach Sir Abubakar das Wort ergriff, eine seiner hinlänglich bekannten eruptiven und von emotionalem Pathos strotzenden stundenlangen Monologe zu hören, sah sich angenehm enttäuscht. Der Tenor der kurzen und außerordentlich gemäßigten Rede Nassers lag der des von ihm so grundverschiedenen nigerianischen Premiers wesentlich näher als den stellenweise geradezu utopisch klingenden Forderungen Kwame Nkrumahs. Nasser ist zwar weit davon entfernt, als einer der Führer des jungen Afrikas anerkannt zu sein, dazu liegen seine machtpolitischen Interessen zu sehr außerhalb des Kontinentes; aber er konnte in Addis Abeba erhebliche persönliche Erfolge verbuchen. Überall, wo er sich zeigte, wurde er mit stürmischem Beifall begrüßt, und viele ausländische Beobachter stellten überrascht fest, daß sein Name auch südlich der Sahara den „Mann auf der Straße" noch fasziniert.

Die Vorschläge des ägyptischen Präsidenten waren realistisch und lagen auf einer Linie, die fast den Absichten entsprach, welche der später unterzeichneten Charta das Gesicht geben. Er schlug vor, eine der Arabischen Liga ähnliche Afrika-Liga zu schaffen. Aus ihm sprachen bittere arabische Erfahrungen, als er sagte, die gegenwärtigen Bemühungen würden sicher nicht über Nacht eine afrikanische Einheit hervorbringen.

Von ganz anderem Schrot und Korn war die Ansprache des Präsidenten von Ghana. Nkrumah schlug eine sofortige und völlige politische Einheit Afrikas vor, konnte sich aber mit seinen Forderungen erwartungsgemäß nicht durchsetzen.

Mehrfach erwies es sich, mit wie großen Hindernissen der Weg zur afrikanischen Einheit noch gepflastert ist. Überall, wo die Bilder der Staatsoberhäupter gezeigt wurden, blieb der Platz des togoischen Präsidenten leer. Er blieb es auch in der Vollversammlung. Ein Abgesandter Togos, der sich in Addis Abeba befand, wurde nicht zur Konferenz zugelassen, weil mehrere auf ihr vertretene Staaten seine Regierung nicht als legal betrachten. König Hassan II. war von sich aus ferngeblieben, um damit gegen die Teilnahme Mauretaniens zu protestieren, dessen gesamtes Staatsgebiet von Marokko beansprucht wird. Auch die Grenzstreitigkeiten zwischen Kenia und Somalia einerseits und zwischen Somalia und Äthiopien andererseits machten der Konferenz zu schaffen.

Daß die Tagung erfolgreich beendet werden konnte, war — wie gesagt — vorwiegend das Verdienst des Kaisers Haile Selassie I. Bis dahin war Äthiopien vielen revolutionären Afrikanern als Hort überlebter Feudalherrschaft verdächtig. Der Kaiser konnte nicht nur dieses Vorurteil weitgehend ausräumen und darauf hinweisen, daß er sich schon zu einer Zeit aktiv gegen den Imperialismus zur Wehr setzte, als es in ganz Afrika, außer Liberia, noch keinen anderen unabhängigen Staat gab. Seine Vermittlungsbemühungen, die darin gipfelten, daß er mehrere einflußreiche Statsoberhäupter in Gesprächen unter vier Augen zu beeinflussen wußte, verschafften ihm ein Ansehen, wie es kein anderer afrikanischer Statsmann gegenwärtig besitzt und das ihn sowohl außenpolitisch als auch im Inneren für längere Zeit unangreifbar macht.

Die am Ende unterzeichnete Charta war zwar nur das Minimum dessen, was erreicht werden konnte, aber sie muß schon deshalb als Erfolg betrachtet werden, weil sie die ersten konstitutionellen Voraussetzungen für die afrikanische Einheit schafft. Außer ihr wurden sechs Resolutionen verabschiedet, die auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit abzielen, den Kolonialismus und die südafrikanische Rassenpolitik verurteilen, die Gründung eines Freiheitsfonds und die Ausbildung von Guerillakämpfern vorsehen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Portugal und Südafrika wurde empfohlen.

Jährlich mindestens einmal sollen, der Charta zufolge, die Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, und daneben soll ein Ministerrat sowie ein ständiges Generalsekretariat geschaffen werden. Eine besondere Kommission soll Spezialfragen wie Entkolonialisierung und wirtschaftliche Zusammenarbeit beraten, ein Verteidigungsrat sich mit Problemen der gemeinsamen Verteidigung befassen und ein Schiedsgericht zwischenstaatliche Streitfragen entscheiden. Es entspricht den Wünschen einer großen Mehrheit, daß die neue Organisation keinen Verzicht auf Souveränitätsrechte verlangt. Sie entspricht damit mehr oder weniger der Organisation der Vereinten Nationen, der damit sozusagen eine „Afrikanische UN" beiseitetritt . Das Vorhandensein dieses Bundes wird zweifellos das Gewicht der farbigen Stimmen in der Weltorganisation erhöhen.

Der Verlauf der Gipfelkonferenz in Addis Abeba läßt erneut die Frage laut werden, ob Panafrika Chancen hat? Besteht die Aussicht, daß sich in absehbarer

Zeit mehrere oder alle unabhängigen afrikanischen Länder zu einem Staatenbund zusammenschließen?

II.

Vor zweieinhalb Jahren, als in rascher Aufeinanderfolge neunzehn ehemalige Kolonien selbständig wurden, sich die Zahl der unabhängigen Staaten auf neunundzwanzig erhöhte und die der Kolonien auf zweiundzwanzig zurückging, entstand das euphorische Schlagwort vom „Afrikanischen Jahr". Nicht nur diejenigen, welche sich zu Vorkämpfern für Freiheit und Einigkeit auf dem schwarzen Erdteil aufwarfen, sondern auch enthusiastische Europäer sahen die Freiheitsbewegung, die plötzlich wie ein bis dahin unbekannter Virus um sich griff, nur als erste Etappe an, der binnen Kürze die zweite, nämlich die staatliche Einigung, folgen müsse.

Afrika wurde plötzlich nicht mehr als einer der fünf Kontinente, sondern als e i n L a n d betrachtet, dem nur die verruchte Kolonialherrschaft die „natürliche Einheit" vorenthalten habe. Jetzt, nachdem es befreit sei, werde es endlich die seiner Größe, Lage, Menschenmengen, Rohstoffreserven und der Wirtschaftskraft, die es mobilisieren könne, entsprechende weltgeschichtliche Rolle zu spielen beginnen.

Es erwies sich, daß diese hochgespannten Erwartungen verfrüht waren, ja sie sich vielleicht überhaupt niemals erfüllen können. Es stellte sich heraus, daß sich die Summe von Quadratkilometern, Bevölkerungszahlen und Rohstoffen nicht einfach in politische Macht umsetzt, ja daß eine solche Addition für Afrika überhaupt unmöglich ist. Man erinnerte sich wieder daran, daß es doch kein Land, sondern ein Erdteil ist, dessen Oberfläche fast alle geographischen Merkmale und politischen Systeme vereinigt, die es auch in der übrigen Welt gibt.

Afrika zerfällt in einen „weißen" und einen „schwarzen" Teil. Mindestens elf Grundrassen haben sich durch Wanderungen und Eroberungen so vermischt, daß eine ungeheure Volks- und Stammesvielzahl entstand. Sie lebt in einundfünfzig Ländern und Kolonien, deren Grenzen willkürlich gezogen sind, oft die ethnologische Zugehörigkeit ihrer Bevölkerung unberücksichtigt lassen und sie in mindestens ebensoviele Nationalitäten teilen. Die Einwohner verständigen sich in etwa achthundert bis tausend verschiedenen Sprachen. Die Sahara unterscheidet sich vom Hochland von Kenia etwa so sehr wie die kirgisische Steppe von den schottischen Hochmooren, und die fiebrigen westafrikanischen Urwälder und die Landschaft von Asmara sind so verschieden wie die norddeutsche Tiefebene und die Schweizer Alpen. Ein Berber hat mit einem Buschmann weniger gemeinsam als ein Italiener mit einem Briten. Ein Araber unterscheidet sich von einem Zulu mehr als ein Spanier von einem Russen. Die politischen Vorstellungen von Kaiser Haile Selassie, „El Rais" Gamal Abdel Nasser, „Osagyefo" Kwame Nkrumah, den Präsidenten Habib Burgiba oder Seku Turé reichen vom mittelalterlichen Gottesgnadentum bis zur „aufgeklärten" Diktatur.

D a s ist Afrika in seiner schrecklichen Größe, in all seiner Verschiedenheit und in seiner katastrophalen Wirrnis, wo noch immer die Gesetze der Wüste, der Steppen und des Urwaldes stärker sind als diejenigen der Zivilisation; wo noch immer Löwen und Elefanten ihr Reich haben, Sonnenvögel und Geier Leben und Tod verkörpern und der Ruf dunkler Götter und geheimnisvoller Zauberei den Menschen lockt und bindet. Schon rauchen auch in seinen Himmel die Schlote, wachsen auf seinem Boden die Fabriken und stampfen die Maschinen, bändigen Dämme und Kraftwerke seine gewaltigen Urströme. Aber es scheint, als könne die moderne Zivilisation in diesem Kontinent nur bestehen, wenn sie einen Kompromiß eingeht mit der gewaltigen Natur und seiner erregenden Geschichte und

sie den Menschen die Individualität läßt, die nirgendwo so ausgeprägt ist wie hier. Diese Zivilisation wird anders aussehen als alles, was wir kennen.

D a s ist Afrika, das wirkliche Afrika! Die Afrikaner werden erst wahrhaft frei sein, wenn sie zu erkennen vermögen, daß es längst nicht mehr die „Kolonialisten" sind, die sie knechten, sondern diejenigen aus ihrer Mitte, die mit den Zungen dieses Jahrhunderts das Mittelalter ihrer Herrschaft und ihrer Methoden zu rechtfertigen suchen.

Die Aussichten dafür, sämtliche souveränen Staaten dieses Erdteiles zu einer politischen und wirtschaftlichen Kontinentalgemeinschaft zu einigen, sind in den verflossenen zweieinhalb Jahren nur zögernd gewachsen. Die Vorstellungen, die etwa Kwame Nkrumah, Gamal Abdel Nasser oder Seku Turé von Panafrika haben, sind ebensowenig überzeugend, wie sie verschieden sind, und gehen alle von einer mit ihrer Hilfe zu erringenden Vormachtstellung ihrer Länder und einem Machtzuwachs für sie selbst aus. Selbst ein Minimum politischer oder wirtschaftlicher Integration läßt sich aber nur erreichen, wenn sich die potentiellen Partner zu einem mehr oder weniger großen Verzicht auf Souveränität und Prestige bereitfinden. Genau daran haben es alle Panafrikaner bisher — auch in Addis Abeba wieder — fehlen lassen. Aber sie haben einen Anfang gemacht.

Bisher hat nur e i n Plan einer echten politischen Gemeinschaft afrikanischer Länder verhältnismäßig reale Chancen, in absehbarer Zeit verwirklicht zu werden — die Maghreb-Föderation am nordwestlichen Rand des Kontinentes. Was aus der zweiten „Vereinigten Arabischen Republik" werden wird, bleibt abzuwarten; Chancen hat auch sie.

Wie sind die übrigen Integrationsversuche heute einzuschätzen?

Seit dem Ende des Kolonialzeitalters verrinnt die Zeit in Afrika schneller, und schon ist Geschichte, was gerade noch Gegenwart war. So ist zu erklären, daß der erste Anlauf zur politischen Einigung des Erdteiles schon fast vergessen ist, obwohl seither erst ein Jahrfünft verfloß. 1958 rief der ghanaische Präsident Kwame Nkrumah die „Konferenz unabhängiger afrikanischer Staten" ins Leben, die im gleichen Jahr in Accra zum erstenmal tagte. Damals wurden gegenseitige Kontakte durch die bei den Vereinten Nationen akkreditierten Botschafter der Teilnehmerstaaten beschlossen, die später durch Konsultationen auf Regierungsebene ersetzt werden sollten. Als die Konferenz im Frühjahr 1960 in Addis Abeba zum zweitenmal abgehalten wurde, hatte keiner der ohnehin nicht sehr weitgehenden Beschlüsse von Accra praktische Folgen gezeitigt. Man beschwor zwar noch einmal emphatisch die afrikanische Solidarität, trennte sich aber, ohne neue zwischenstaatliche Vereinbarungen zu treffen. Die Konferenz wurde daraufhin still beerdigt. Sie scheiterte weniger daran, daß sie sich Aufgaben gestellt hätte, für die die Zeit noch nicht reif war, als an jenen Umständen, die auch für die Ergebnislosigkeit aller übrigen Integrationsversuche maßgebend sind: Für die „Konferenz unabhängiger afrikanischer Staaten" wie für die „Casablanca-Gruppe" ist symptomatisch, daß einer der Mitgliedstaaten sie zu mißbrauchen suchte, um eigene Hegemonialpläne durchzusetzen, und es sich im übrigen bald herausstellte, daß die gemeinsame Plattform, auf der sich die Partnerstaaten trafen, ausschließlich aus antikolonialistischen Ressentiments bestand.

Während der erwähnten Konferenz in Addis Abeba gewann der Gedanke einer allafrikanischen Gipfelkonferenz Gestalt. Zu ihr lud wenig später der inzwischen ermordete kongolesische Ministerpäsident Patrice Lumumba ein, der Leopoldville schon als künftige afrikanische Hauptstadt betrachtete. Die Bürgerkriegswirren verhinderten, daß dieser Plan verwirklicht wurde, und das unruhige Herz des dunklen Erdteiles schenkte dem modernen Nationalismus auf seinem Boden statt der Hauptstadt bald darauf seinen ersten politischen Märtyrer.

Damals schien die bis dahin schon als greifbar nahe empfundene afrikanische Einheit zum erstenmal in unendliche Ferne zu rücken.

Dieser Eindruck wurde bestätigt durch das Zustandekommen zweier regionaler und miteinander konkurrierender Staatenbünde, der „Union Africaine et Malgache" und der „Casablanca-Gruppe". Die erstere trat das Erbe der aus den vierzehn ehemaligen französischen Kolonien gebildeten Communauté an. Die zwölf Mitgliedstaaten der Union nahmen in vielen weltpolitischen und innerpolitischen Streitfragen eine europafreundliche oder doch gemäßigte Haltung ein. Das brachte sie rasch in scharfen Gegensatz zu den sechs Signatarstaaten der „Charta von Casablanca", die im Januar 1961 von den Vertretern Ghanas, Guineas, Malis, Marokkos, der Vereinigten Arabischen Republik und der algerischen Exilregierung unterzeichnet wurde. Die Charta, die die antikolonialistischen und neutralistischen Prinzipien der sechs Länder artikulierte, wurde bereits knapp fünf Monate darauf durch ein von den Außenministern ausgearbeitetes Zusatzprotokoll so weitgehend institutionalisiert, daß man — wäre sie verwirklicht worden — von einem echten Staatenbund hätte sprechen können. Die „Casablanca-Gruppe" wurde denn auch längere Zeit als der eigentliche Kristallisationskern einer panafrikanischen Union angesehen.

Doch es erwies sich leider, daß auch die gemeinsame Basis dieser Länder lediglich in Ressentiments bestand, die sich gegen die ehemaligen Kolonialmächte und gegen diejenigen afrikanischen Staaten richtete, die mit ihnen ein gutes Einvernehmen herzustellen verstanden hatten. Diese Basis war zu schmal.

Als die Charta entstand, war für ihre Väter jede afrikanisch-europäische Partnerschaft undenkbar, und die entsprechenden Versuche anderer Regierungen wurden als Verrat an der afrikanischen Sache gebrandmarkt. Der unerwartete Tod Lumumbas und der auf seinem Höhepunkt angelangte Algerienkrieg erzeugten ein Klima, das diese Haltung vollauf zu rechtfertigen schien. Um jede außerafrikanische Einflußnahme ein für allemal unmöglich zu machen, fanden sich die „Casablanca-Staaten" zu sehr weitgehender Zusammenarbeit und zu jenem Verzicht auf Souveränitätsrechte bereit, der den Weg zur echten Integration ebnen sollte. Es wurde ein gemeinsamer Markt und ein gemeinsames militärisches Oberkommando geplant. Geplant, aber nicht eingerichtet.

Inzwischen war eine Entwicklung eingetreten, die die „Casablanca-Gruppe" nicht vorausgesehen hatte. Das Verhältnis zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und vielen jungen Staaten besserte sich, und die Mitglieder der „Union Africain et Malgache" machten ihren Frieden mit Europa, indem sie einen Assoziierungsvertrag mit der EWG abschlossen. Seit diesem Augenblick machten sich in der „Casablanca-Gruppe" die ersten zögernden Aufweichungstendenzen bemerkbar. Als der Algerienkonflikt abklang, söhnten sich Mali und Guinea nacheinander mit Frankreich aus, und kurze Zeit später erhielt auch Marokko wieder französische wirtschaftliche und finanzielle Hilfe. Nur Ägypten, das inzwischen mit dem Zusammenbruch der ersten VAR einen empfindlichen außenpolitischen Rückschlag erlitten hatte und unter permanenten innerpolitischen Schwierigkeiten litt, sah den Weg zur Wiederherstellung eines guten Einvernehmens mit Europa verbaut. Die Kairoer Regierung polemisierte fortan erbittert gegen den Zerfall der „Casablanca-Gruppe", Präsident Nasser äußerte sich unfreundlich über die ohnehin seinen politischen Auffassungen diametral widersprechende neue marokkanische Verfassung, und die ägyptische staatliche Presse griff Marokko an, weil es die republikanische jementische Regierung nicht anerkannte.

Als die „Charta von Casablanca" im Januar dieses Jahres ihren zweiten Geburtstag feierte, war schon unsicher geworden, ob sie den dritten erleben werde.

Seitdem Termin und Programm der panafrikanischen Gipfelkonferenz in Addis

Abeba feststanden, besannen sich die sechs Staaten allerdings noch einmal auf die längst vergessene Gemeinsamkeit. König Hassan II. von Marokko sandte den Generalsekretär Thami el Quazzani nach Kairo, wo er die Möglichkeiten einer erneuten gemeinsamen Aktivität abklären sollte, und die sechs Staaten wollten nach ihren in Marrakesch abgehaltenen Besprechungen in Addis Abeba weitgehend als der Block auftreten, den sie einst zu bilden beabsichtigten. Doch dazu kam es nicht mehr.

An der Resignation der „Casablanca-Gruppe" war neben der Heterogenität ihrer Glieder vor allem der Umstand schuld, daß sich die Lage durchaus nicht so entwickelte, wie man es in Casablanca glaubte voraussehen zu können. Die Charta erwies sich als nicht so attraktiv, daß sich ihr andere nicht engagierte Staaten oder gar die Mitglieder der so befehdeten „Union Africain et Malgache" angeschlossen hätten. Im Gegenteil: am 7. September 1961 schlossen sich die aus dem ehemaligen französischen Kolonialverband hervorgegangenen Länder in Tananarive zu einem Staatenbund zusammen, der große Vorzüge für sich verbuchen konnte. Seine Partner besaßen sowohl in der gemeinsamen kolonialen Vergangenheit als auch in der gemeinsamen Sprache wichtige Bindeglieder. Infolgedessen war die in Tananarive vereinbarte zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet leichter zu praktizieren. Die „Afrikanisch-Madagassische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit" erwies sich als äußerst fruchtbar.

Für den trotz der geschilderten Unterschiede in allen Afrikanern vorhandenen Wunsch nach größtmöglicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit sprach aber, daß sowohl im Lager von Tananarive, als auch in dem von Casablanca mehrfach die Notwendigkeit eines Brückenschlages zwischen beiden Gruppen laut wurde.

Im Mai 1961 kam es zu dem Treffen von Monrovia, an dem auch die „Casablanca-Staaten" zunächst teilnehmen wollten. Doch als es soweit war, zogen sie ihre Zusage zurück. Das hatte zur Folge, daß die „Union Africaine et Malgache" durch mehrere bis dahin nicht gebundene Staaten, darunter Nigeria, Zuwachs erhielt und auf zwanzig Mitglieder anstieg, die sich seitdem „Monrovia-Gruppe" nannten.

Nigeria, der volkreichste Staat Afrikas, unternahm im Januar vorigen Jahres einen neuen Versöhnungsversuch. Auch er scheiterte.

Ergebnis war die „Charta von Lagos", die zwar keine so weitgehende Integration wie die von Casablanca vorsah, aber das erste konkrete Programm war, über das sich eine größere Zahl politisch und weltanschaulich grundverschieden orientierter Staaten dauerhaft einigen konnte. Diese Charta wurde bis jetzt von sechzehn Regierungen unterzeichnet. Sie sollte endgültig in Kraft treten, sobald mindestens drei Fünftel der Signatarstaaten sie ratifiziert und die entsprechenden Urkunden hinterlegt hätten, und als Diskussionsgrundlage der panafrikanischen Gipfelkonferenz in Addis Abeba gelten. Der Beitritt zu ihr sollte allen noch abseits stehenden Ländern, also insbesondere denen der ehemaligen „Casablanca-Gruppe", offenstehen.

Die „Charta von Lagos" sah eine größtmögliche Zusammenarbeit in Politik und Diplomatie, Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung, Verteidigung, Wissenschaft, Technik, Kultur und Erziehung vor. Sie ging von der Gleichheit aller afrikanischen Staaten, der Respektierung ihrer territorialen Integrität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Verurteilung subversiver Tätigkeit aus. Die Zusammenarbeit sollte durch drei Organe realisiert werden — die in jährlichem Turnus tagende Konferenz der Staats- oder Regierungschefs, den halbjährlich zusammenkommenden Ministerrat und ein ständiges Sekretariat.

Darüber hinaus sollte ein kollektives Sicherheitssystem und eine ständige Schlichtungskommission zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten eingerichtet werden.

Die Frage, welche Chancen dieses Programm gehabt hätte, in Addis Abeba zum Konzept der Zusammenarbeit aller afrikanischen Staaten erwählt zu werden, blieb unbeantwortet. Weder die Vorstellungen der Monrovia-Gruppe, noch die der Casablanca-Staaten wurden dort noch einmal zur Debatte gestellt. Nur der ehrgeizige ghanaische Staatschef Nkrumah versuchte wiederum, eigene Wege zu beschreiten. Man träumt in Accra weiterhin von einem allafrikanischen Zweikammerparlament nach amerikanischem Muster, einer allafrikanischen Bundesarmee, einem allafrikanischen gemeinsamen Markt und einer allafrikanischen Exekutive für auswärtige Angelegenheiten. Wie geradezu utopisch diese Pläne sind, wird jeder Kenner der Verhältnisse bestätigen. Sie sind denn auch nur geeignet, den übrigen Staaten ins Gedächtnis zu rufen, daß Kwame Nkrumah der erste Befürworter panafrikanischer Zusammenschlüsse war und er offenbar für alle Zeit als ihr einziger „legitimer" Vorkämpfer angesehen werden will.

III.

Wie man auch das Mammuttreffen von Addis Abeba beurteilt, sicher ist, daß es einen gewissen Einschnitt in der nachkolonialen Geschichte der afrikanischen Völker darstellt. Von epochaler Wirkung für die Zukunft des befreiten Erdteiles kann es nur sein, wenn es einen gewissen Wandel im Verhältnis Afrikas und der Afrikaner zur Umwelt auszulösen vermag. Ob das der Fall war, läßt sich heute noch nicht absehen. Sicher lastet das koloniale Erbe noch längere Zeit auf Afrika; aber es muß erkennen, daß das Kolonialzeitalter nicht nur nachteilige Folgen hatte, sondern ohne es das moderne Afrika schlechterdings nicht existieren würde. Gewiß werden sich die Afrikaner noch eine Zeitlang benachteiligt fühlen; aber sie müssen lernen, daß sie nicht nur fordern dürfen, sondern auch zu geben haben. Sicher darf man die Versäumnisse der Kolonialmächte nicht zu gering veranschlagen; aber der Kolonialismus ist tot, und Afrika ist schlecht beraten, wenn es diesen Popanz von gestern immer wieder beschwört.

Für E u r o p a gilt es, aus den Fehlern des Kolonialismus zu lernen und den Afrikanern zu helfen, ohne ihnen seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Prinzipien aufzunötigen. A f r i k a muß seine eigenen Existenznormen entwickeln. Sie dürfen sich allerdings nicht darin erschöpfen, daß es Komplexe züchtet und Ressentiments päppelt, die auf einer Geschichte beruhen, von der sich auch Europa nicht ohne Schmerz distanzieren mußte.

Man spricht im „Zeitalter der Entwicklungshilfe" häufig davon, daß wirksame Unterstützung der jungen Staaten nicht allein durch wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Beistand gewährleistet werden könne, sondern sie eine Sache persönlichen Einsatzes jedes einzelnen und menschlichen Verständnisses füreinander sei. Aber im menschlichen Zusammenleben gilt seit altersher die Regel, daß man hilfreich sich demjenigen zeigt, der sich freundlich erweist, und die Hand verschließt vor dem, dessen Dank ein Fußtritt ist. Diejenigen Regierungen stellen der Glaubhaftigkeit ihrer Sache ein schlechtes Zeugnis aus, die zwar Hilfe wollen, aber jeden Ratschlag für die Besserung ihrer Lage als unerlaubte Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und, schlimmer noch, als Neokolonialismus und Imperialismus empfinden.

Und die Europäer erweisen sich ihrer geschichtlichen Leistung nicht würdiger, ihre geschichtliche Hypothek wird nicht leichter und ihr Ansehen in der „Dritten Welt" nicht größer, wenn sie sich dauernd selbst anklagen. Ein solche Haltung ist genauso steril wie diejenige, die alle Schuld am eigenen Elend fremden Ein-

flüssen zuschiebt. Gerade wer die farbigen Menschen wahrhaftig liebt und ihre Suche nach dem eigenen Ich mit Sympathie beobachtet, sollte ihnen immer wieder sagen, daß eine glücklichere Zukunft nicht allein durch die Verdammung einer fünfhundertjährigen Vergangenheit, durch überlebte Ressentiments und wachsende ausländische Geldmittel erzwungen werden kann. Der Weg zu Wohlstand, Glück und Stärke ist mit harter Arbeit und eigener Leistung gepflastert.

Wer den Afrikaner ändern will, muß Afrika selbst ändern. Seine Lebensbedingungen und seine Lebensweise. Die Menschen müssen weniger Krankheiten haben; Bilharzia, Würmer, Darmparasiten, Geschlechtskrankheiten müssen verschwinden. Die Bevölkerung muß mehr Protein, Fleisch und Fett haben, in Schulen herangebildet und auf Universitäten erzogen werden. Die Menschen müssen arbeiten. Die Männer müssen aufhören, ihre Frauen wie Arbeitstiere zu kaufen und ihre Kinderschar nur deshalb zu zeugen, damit sie ihnen durch Arbeitskraft und Bettelei ein faules Leben ermöglichen. Sie dürfen nicht mehr korrupt sein und müssen Allgemeinwohl vor Eigennutz stellen. Die Regierungen müssen den Aufbau bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie, nicht bei der von Raketen beginnen. Das alles erfordert einen völligen Wandel des Charakters, der Mentalität, der nur in mehreren Generationen intensiver Erziehung wirksam werden kann. D a s ist die eigentliche Revolution, die noch vor den Staatsmännern Afrikas liegt. Europa kann ihnen dabei helfen, bewerkstelligen müssen sie sie selbst.

D i e s e Revolution stand unausgesprochen auf der Tagesordnung von Addis Abeba, und sie wird immer häufiger und immer dringender auf dem Programm künftiger Konferenzen stehen, wenn Panafrika Chancen haben soll und der schwarze Erdteil nicht wieder in das Dunkel der Geschichts- und Machtlosigkeit zurücksinken will!

Prof. Dr. Emil J. Gumbel, New York

Eindrücke aus dem Fernen Osten

Gründe der Unwissenheit

Wer als aufgeschlossener Amerikaner Europa bereist oder als Europäer in den Vereinigten Staaten weilt, findet ein gemeinsames Alphabet vor, verwandte Sprachen, mehr oder weniger gleiche wirtschaftliche Verhältnisse und Rechtspraktiken, ähnliche Regierungsformen und Auffassungen von der Demokratie, gemeinsame Gewohnheiten, Sympathien, Abneigungen, Vorurteile und gemeinsame abergläubische Vorstellungen. Beiden wird dadurch das Verständnis des fremden Landes erleichtert.

Mit Ostasien verbindet ihn nichts dergleichen. Der Ausländer hat nicht die leiseste Vorstellung von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die diese Länder durchgemacht haben, er versteht nicht ein Wort ihrer Sprachen, er stößt auf fremdartige Gesellschafts- und Rechtssysteme und vollkommen andersartige Probleme und Einstellungen. Eine scharfe Scheidelinie trennt ihn von dem Land, das er bereist. Er hält sich in einer künstlichen Eiskammer auf, während die Eingeborenen in der heißen Sonne schmoren. Er kann nicht in einem normalen Restaurant essen. Er wohnt in der Stadt und hat gerade noch die Zeit,

um die Bauwerke auf dem Lande zu besuchen, die vom Tourismus leben. Die Menschen, denen er begegnet, haben bereits westliche Lebensformen angenommen, aber die Struktur ihrer Sprachen hindert sie daran, ihre Ideen in einer europäischen Sprache adäquat auszudrücken. Auch wenn er versuchen sollte, aus der amerikanischen Kolonie herauszukommen, würden sich seine Bekanntschaften innerhalb einer Gruppe internationaler Beamter der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation und der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten erschöpfen, Einrichtungen, die nach dem Parkinson'schen Gesetz gedeihen und von den „Eingeborenen" geschieden sind.

Der wohlgesinnte Ausländer ist vielleicht voll des Mitleids für diese armen Menschen, denen die Errungenschaften unserer Zivilisation mangeln, in der irrigen Vorstellung, daß dies die Dinge seien, die dem Leben einen Sinn verleihen. Die Folge davon ist dann die Feststellung: „Osten ist Osten und Westen ist Westen, und nie sollen die zwei aufeinandertreffen." In Wirklichkeit begegnen sie sich jeden Tag, an jeder Straßenecke.

Die romantische Einstellung gegenüber dem Osten ist ebenso gefährlich. Samuel Butler*) bewunderte jedes Fehlen von Maschinen. Lafcadio Hearn**) pries den feudalen Gehorsam und den strengen Moralkodex der Gesellschaft und schwärmte für jedes Stückchen Schmutz.

Es ist ein leichtes, die weidlich bekannten Tatsachen über die unvergeßlichen Schönheiten der Heiligtümer und Gärten breitzuwalzen und die architektonischen Leistungen vergangener Jahrhunderte zu bewundern. Vermeidet man dies jedoch, so gerät man in die entgegengesetzte Gefahr der Vereinfachung komplizierter Probleme. Deshalb bittet der Verfasser die wirklichen Kenner Ostasiens um Nachsicht.

Es gibt Leute, die ein paar Monate in fernen Ländern verbringen, einige Bücher lesen und sich dann als Fachleute ausgeben. Dieser Anspruch wird hier nicht erhoben. Obwohl der Verfasser alles versucht hat, um seine Handicaps zu überwinden, ist er doch nicht sicher, daß ihm dies gelungen ist.

Thailand

Bangkok, die einzige große Stadt Thailands, ist ein schläfriger Ort, denn Thailand ist im wesentlichen eine Agrarnation mit unbedeutenden technischen Einrichtungen. Im Gegensatz zu anderen ostasiatischen Ländern war Thailand nie Kolonie. Es bewahrte seine Unabhängigkeit, weil „der hungrige Wolf im Norden" (die Franzosen) sich nicht einigen konnte mit dem „blutigen Hai im Süden" (den Engländern).

Thailand soll das Land der königlichen weißen Elefanten sein. Ich habe nie einen gesehen, wohl aber einige graue, sehr proletarische Dickhäuter, die in einem Sägewerk schwer arbeiten mußten. Eine wohlmeinende Touristenpropaganda vergleicht Thailand mit Dänemark und Bangkok mit Venedig, aber das ist ein Wunschbild. Die dänischen Bauern haben eine gute Schulbildung und einen hohen Lebensstandard und benutzen die neuesten Maschinen, während in Thailand Analphabetentum und Armut herrschen und keinerlei landwirtschaftliche Maschinen vorhanden sind. Venedig hat wie Bangkok Hunderte von Brücken und Kanälen, aber Venedig ist eine Insel, während Bangkok 33 Kilometer vom Ozean entfernt liegt und die kleinen stehenden Kanäle zum Himmel stinken, mehr als die von Venedig.

---

*) 1835—1902, engl. Schriftsteller.

**) 1850—1904, engl. Schriftsteller, der in seinen Werken die Welt des Fernen Ostens schilderte.

Der Tourist erhält Prospekte und illustrierte Broschüren über die öffentliche Wohlfahrt, die in fehlerlosem Englisch geschrieben sind. Sie haben wenig Beziehung zur Realität. Wenn auch sanitäre Einrichtungen im Lande unbekannt sind, ist es doch in jüngster Zeit zu keinen größeren Epidemien gekommen. Lepra gibt es allerdings noch. Die Zahl der Ärzte wird bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 25 000 000 auf 2000 geschätzt!

Die Löhne betragen oft nicht mehr als 25 Dollar im Monat. Im Süden wird Bergbau betrieben. Thailand exportiert Gummi, Teakholz und Reis.

Bangkok

Diese Stadt mit ungefähr 1,3 Millionen Einwohnern ist die einzige Großstadt in Thailand. In ihr konzentriert sich das kulturelle Leben und die geringe Industrie. Die Stadt ist eindrucksvoll durch die großartigen Tempel, strahlende Denkmäler längst vergangener Zeiten. Niemand vergißt je die Wunder des „Temple of the Reclining Buddha", des „Emerald Buddha", des „Temple of Dawn", des „Marble Temple", der Ruinen von Ayudhya, der alten Hauptstadt, die alle in einem bestimmten Thai-Stil gebaut sind, der die besondere Entwicklung des Buddhismus widerspiegelt.

Überall in der Stadt gleicht die Luft derjenigen in einer schlechtventilierten Dampfwäscherei, denn es gibt nur drei Jahreszeiten: heiß, heißer, am heißesten. Ein öffentliches Schwimmbad existiert nicht. Die thailändischen Kinder baden gern im verseuchten Chao-Phya-Fluß. Lediglich im Royal Golf Club gibt es ein Schwimmbad, das aber den Mitgliedern vorbehalten ist. Da die Thailänder keine Rassentrennung kennen, erhalten verdienstvolle Ausländer manchmal eine Einladung.

Es besteht kein deutlicher Unterschied zwischen den Europäer- und den Thai-Vierteln. Moderne Wohnhäuser sind selten, aber schöne Villen stehen den ausländischen Bewohnern zur Verfügung. Unter den modernen Abscheulichkeiten sei das Denkmal des Sieges von 1918 erwähnt, als die tapfere thailändische Armee die gewaltige deutsche besiegte.

Landwirtschaft

Das besondere an Thailand ist das Vorhandensein eines unabhängigen Bauernstandes. Den Bauern gehört das Land, und dies könnte die Grundlage einer primitiven landwirtschaftlichen Demokratie sein, denn 90 Prozent der Bevölkerung leben in kleinen Dörfern. Die Pflüge besitzen antike Formen, und der allgegenwärtige Wasserbüffel ist die einzige verfügbare Hilfe. Während einer Autofahrt von mehr als 200 km durch das Reisgebiet habe ich nur eine einsame Wasserpumpe gesehen, obwohl die Wasserversorgung für den Reisbau, der hier im wesentlichen manuell durchgeführt wird, von entscheidender Bedeutung ist. Die meisten Häuser auf dem offenen Land sind auf Holzpfählen gebaut, unter welchen die Hühner, Hunde, Katzen und Wasserbüffel leben. Die Hitze, für den Ausländer unerträglich, ist für die Thai von großem Vorteil: je weniger Kleidung man trägt, desto wohler ist einem. Der Nahrungsbedarf wird vermindert. Das Problem der Unterkünfte wird durch ein regensicheres Dach gelöst, das sich leicht aus Palmenstroh herstellen läßt. Diese Verminderung der körperlichen Bedürfnisse führt dazu, daß die Menschen sich leicht in den Stand der Dinge fügen, was auch der vorherrschenden buddhistischen Religion entspricht.

Thailand ist nicht übervölkert. Das Land scheint einen harmonischen und homogenen Charakter zu besitzen. Minderheiten, mit Ausnahme der Chinesen, die wegen der Intensität ihrer Arbeit gehaßt werden, spielen keine Rolle. Der Übergang vom Glanz des Goldenen Buddha, den reichen Villen der herrschenden

Klasse, den bescheidenen Häusern und Slums der Großstadt zu den armseligen Hütten der Dörfer ist ganz allmählich. Es läßt sich keine scharfe Trennung zwischen den Klassen innerhalb der Stadt und zwischen Stadt und Land erkennen.

„Der Angelpunkt der westlichen Allianz"

Thailand ist eine Monarchie, die durch verhältnismäßig friedliche Militärputsche manchmal verschärft und manchmal gemildert wird. Die Sklaverei wurde im Jahre 1905 offiziell abgeschafft. Die absolute Monarchie wurde 1932 durch eine unblutige Revolte beseitigt, aber ungefähr ein Drittel der Mitglieder des Parlaments werden durch die Krone nominiert, d. h. durch den gerade an der Regierung befindlichen Diktator. Nur ein Viertel aller Stimmberechtigten unterzieht sich je der Mühe, zur Wahlurne zu schreiten. Der verstorbene König Chulalongkorn hatte offiziell 96 Frauen und Hunderte legitimer Kinder, wobei er also noch den Mormonenführer Brigham Young übertraf, der nur 27 Frauen hatte. Um das Aufkommen einer proletarisierten Aristokratie zu verhindern, geht der Adelstitel in der vierten Generation verloren. Seit 1932 hat es ungefähr fünfundzwanzig Militärputsche gegeben, von denen einige sogar blutig verliefen.

Im Zweiten Weltkrieg erklärte Thailand unter japanischem Druck den Vereinigten Staaten den Krieg, aber — und dies ist in der Geschichte der Diplomatie einmalig — die Vereinigten Staaten nahmen die Kriegserklärung nicht an, mit dem Ergebnis, daß nach der Kapitulation der Japaner alle Thailänder der von Washington unterstützten freien Thai-Bewegung beitraten.

Nach einem jeden Putsch stellt sich heraus, daß das vorherige Regime korrupt gewesen ist. Aber Korruption sollte hier nicht nach unseren Maßstäben beurteilt werden, denn die größte Loyalität gebührt der Familie und dem Clan. Amerikanische Gangster können von diesem unterentwickelten Land noch eine Menge lernen. Da der gegenwärtige Diktator fortschrittlich eingestellt ist, ist der Genuß von Opium verboten worden. Eine Abteilung der Polizeibehörde stellt Opium für den Export her, eine weitere beschlagnahmt es im Namen des Gesetzes, erhält dafür eine Belohnung und gibt es an eine dritte Abteilung weiter, die es auf dem Schwarzen Markt verkauft.

Zur Zeit ist die Verfassung außer Kraft gesetzt, und das Land wird von der Armee unter Sarit Tharanat regiert. Die Presse unterliegt einer strengen Zensur, politische Parteien sind verboten. Der Diktator hält es für nicht der Mühe wert, Wahlen zu veranstalten. Frühere Mitglieder des Parlaments und viele Intellektuelle sind ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Die Haft wird durch die Bezeichnung „jugendliche Rowdies" gerechtfertigt, obwohl diese „jugendlichen Kriminellen" oftmals achtbaren Alters sind.

Eine kommunistische Bewegung scheint in diesem überwiegend agrarischen Land nicht zu existieren. Es soll eine bei der chinesischen Minderheit geben, deren Angehörige sämtlich nationalchinesische Pässe besitzen, da die Volksrepublik China nicht anerkannt ist.

Die Chulalongkorn-Universität

Diese Hochschule, die einzige Staatsuniversität, wurde im Jahre 1917 gegründet. Sie verfügt über ein gewaltiges Gelände und sehr schöne Gebäude im Thai-Stil. Wie es sich für eine Militärdiktatur geziemt, ist sie voll von Feldmarschällen, Generalen, Majoren und Obersten. Dies spiegelt die allgemeine Situation wider. Die meisten der Professoren müssen zwei oder drei Nebenberufe haben. Die Gebühren sind so hoch, daß das Studium im wesentlichen nur den Angehörigen der oberen Schichten möglich ist. Die anderen Studenten müssen nebenbei arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Umfang des Unter-

richts ist eindrucksvoll, aber das Niveau ist niedrig. Das Studium an den neun Fakultäten dauert drei bis fünf Jahre und ist streng reglementiert.

Die Seato Graduate School of Engineering, die 1959 gegründet wurde, ist der Universität angeschlossen. Diese Schule mußte auf einer verhältnismäßig niedrigen Bildungsstufe einsetzen. Die Studenten, die ich traf, waren sehr aufs Lernen versessen, weniger auf das Denken. Das Wort des Dozenten ist höchstes Gesetz. Die Studenten sind nicht imstande, unabhängig zu denken und einmal erworbene Kenntnisse auf neue Probleme anzuwenden.

Die Sprache der Schule ist Englisch, während auf der Universität die Unterrichtssprache Thai ist. In dieser Sprache haben lautliche Unterschiede, die uns geringfügig erscheinen, eine große Bedeutung. Deshalb fällt es den thailändischen Studenten schwer, Wörter zu verstehen, die in verschiedenen amerikanischen, nordischen oder englischen Akzenten ausgesprochen werden.

SEATO

Bangkok ist der Sitz der South East Asia Treaty Organization (SEATO — Südostasienpakt). Die nichtasiatischen Mitglieder dieses Paktes, d. h. Kanada, England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Australien und Neuseeland, sind durch viele historische Bande verknüpft. Die drei asiatischen Mitglieder jedoch, Pakistan, Thailand und die Philippinen, haben keine gemeinsamen Grenzen, keine gemeinsame Sprache, Geschichte oder gemeinsame Wirtschaftsinteressen. Pakistan ist ein mohammedanisches, Thailand ein buddhistisches und die Philippinen sind ein katholisches Land. Pakistan und Thailand haben eine Militärdiktatur. Die drei Länder unterscheiden sich in jeder Hinsicht, mit Ausnahme der Tatsache, daß sie alle unterentwickelt sind, einen hohen Prozentsatz an Analphabeten haben und daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung im Elend lebt. Der militärische Wert von Truppen, die aus Ländern ohne moderne technische Einrichtungen kommen, muß bezweifelt werden.

ECAFE

Die „UN-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten" in Bangkok umfaßt Afghanistan, Burma, Kambodscha, Ceylon, Formosa, Indien, Indonesien, Iran, Japan, den Malaiischen Bund, Nepal, Südkorea, Laos, Pakistan, die Philippinen und Vietnam, ein Gebiet, das von 1,5 Milliarden Menschen bevölkert wird. Rußland und China sind nicht Mitglieder. ECAFE erstellt Pläne für die industrielle Erschließung der Bodenschätze, der elektrischen Energie, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Wasserstraßen und der Eisenbahnen. Ihr Hauptanliegen ist die Verminderung von Überschwemmungen und die Ausnutzung der Wasserkräfte. Hierzu gehört die Schiffbarmachung, Bewässerung, Entwässerung sowie die Erzeugung von Wasserkraft aus dem Mekong-Fluß. Der Mekong ist mit einer Länge von 4500 km der zehntlängste Fluß der Welt.

Das untere Becken allein hat eine Bevölkerung von ungefähr 17 Millionen. Bis heute gibt es keinen Schutz gegen Überschwemmungen. Nicht eine einzige Brücke verbindet die angrenzenden Länder. Es gibt noch nicht einmal eine genaue Karte des Beckens, und man mußte bei dem Projekt aus dem Nichts anfangen. Mittlerweile hat man mit der Kartenherstellung mit Hilfe von Luftaufnahmen begonnen. Die Vollendung dieses gigantischen Projekts zur Zähmung des Flusses kann zwanzig Friedensjahre in Anspruch nehmen, wenn diese zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Projekt der ECAFE ist der Bau einer großen internationalen asiatischen Straße entlang den alten Karawanenwegen, die in der Türkei beginnt, durch Indien hindurchgeht und bis nach Indonesien führt. Wegen seiner strategischen Bedeutung wird dieser Plan von den Russen mit Argwohn betrachtet.

Die Philippinen

Im Gegensatz zu Thailand haben die Philippinen keine eigene Geschichte. Die Inseln wurden 1521 von Spanien erobert und blieben mehr als 400 Jahre lang Kolonie. Die Spanier zerstörten alle Reste der einheimischen Kultur und trugen praktisch nichts zur Entwicklung des Landes bei, mit Ausnahme eines katholischen Anstriches und spanischer Namen. Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg wurden die Philippinen 1898 eine amerikanische Kolonie. Während des Zweiten Weltkrieges wurden sie von den Japanern erobert und total ausgebeutet. 1946 wurden die Philippinen unabhängig. Die Zerstörungen durch den Krieg sind in Manila immer noch sichtbar.

Das Land

Die Philippinen sind ein ausgesprochen schönes und potentiell reiches Land, das von sehr armen Menschen bewohnt wird. Im Gegensatz zu Thailand gehört den Bauern in der Regel das Land nicht. Es gehört abwesenden Gutsherren, an die die Ernte abgeführt wird, von welcher der Bauer nur einen bestimmten Teil einbehalten darf. Da es dem auf dem Lande Arbeitenden am nötigsten fehlt, ist er völlig vom Landeigentümer abhängig. Jede Opposition wird durch bezahltes Wachpersonal, Gewaltanwendung und Mord unterdrückt. Die aus der Ernte an den Landeigentümer zu leistenden Abgaben sind durch Gesetz geregelt, aber die Kostspieligkeit der gerichtlichen Verfahren und die Dauer der Prozesse (2—3 Jahre) machen das Gesetz unwirksam. So lebt der größte Teil der Landbevölkerung immer noch in semi-feudalen Verhältnissen. Castro ist bei den Zucker-Baronen insofern recht beliebt, als sie sich eine Erhöhung der Importquote der Vereinigten Staaten erhoffen, aber auch bei den besitzlosen Landarbeitern, weil er die Großgrundbesitzer enteignet hat. So sind sich über Castro beide Parteien einig, wenn auch aus verschiedenen Gründen.

Die Philippinen bestehen aus Tausenden von Inseln mit über sechzig Sprachen, von denen einige so primitiv sind, daß die Zahlen aus dem Spanischen entlehnt werden mußten. Offiziell gibt es drei Sprachen: Englisch, Spanisch und das einheimische Tagalog. Die Grundschulausbildung erfolgt in Tagalog, ob die Kinder es verstehen oder nicht. Sie wachsen als Analphabeten in drei Sprachen auf (wie die Puerto-Ricaner in New York in zwei Sprachen). Nur 40 Prozent der Kinder, die die erste Klasse besuchen, erreichen die sechste Klasse. Nur 10 Prozent der Kinder, die in der ersten Klasse beginnen, erreichen einen Kenntnisstand, der unserer Mittleren Reife entspricht. Der Schulzwang (4 Jahre) wird wegen des Mangels an Schulen, Lehrbüchern und Lehrern nicht aufrechterhalten.

Die schlechte Bezahlung der Lehrer und der schlechte Zustand der Schulen begünstigen das Analphabetentum. Offiziell sind nur 40 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Wenn man die Straßen verläßt, so kommt man zurück in die Vergangenheit, wobei ein Kilometer einem oder mehreren Jahren entspricht. Eine Reise von 500 km versetzt einen zurück in das Jahr 1000, in Dörfer ohne Straßen, Elektrizität oder Wasserversorgung, wo primitive Menschen immer noch auf den Bäumen leben. Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung sind identisch. Im Süden gibt es Moslems. Auf einigen entfernt liegenden Inseln herrschen immer noch die alten Religionen der Eingeborenen vor. Sogar Kopfjäger soll es hier noch geben.

Manila

Gegen diesen Hintergrund hebt sich die strahlende Stadt Manila ab, wo die Oberschicht am Dewey Boulevard lebt, einer Prachtstraße umgeben von Slums.

In einem mondänen Nachtklub in Manila las ich den Hinweis: „Unsere Gäste werden gebeten, Pistolen und andere Waffen in der Garderobe zu lassen." Das

Tragen von Waffen ist nicht auf die Oberschicht beschränkt. Mir wurde gesagt, daß es gefährlich sei, in der Nacht ein Taxi zu benutzen.

Ich habe noch nie so eine gesellschaftliche Kluft gesehen wie die zwischen den oberen amerikanischen Schichten in Manila und der übrigen Bevölkerung, die noch heute wie in längstvergangenen Zeiten lebt. Die besitzlosen Bauern, die in die Stadt abwandern, leben in schrecklichen Slums und teilen das Schicksal des Proletariats von vor 150 Jahren, wie wir es aus den Büchern von Dickens, Thackeray und Karl Marx kennen. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn die Intellektuellen sich von diesen Theorien angezogen fühlen. Die große Zahl kleiner Fabrikationsbetriebe, die Macht der Arbeitgeber und die Korruptheit der Gewerkschaftsführer verhindern einen Zusammenschluß der Arbeitnehmer.

Die Kommunistische Partei versuchte in der Arbeiterbewegung Fuß zu fassen. Sie hatte hiermit keinen Erfolg, weil eine solche Arbeiterbewegung nicht existierte. Die Partei hatte jedoch Rückhalt in der Landwirtschaft und vermehrte sich beträchtlich, als ihre Volksarmee „Huckbalahup" gegen die japanischen Aggressoren kämpfte, während sich große Teile der Oberschicht nicht zur Wehr setzten. Selbst heute noch werden führende Politiker beschuldigt, mit den Japanern kollaboriert zu haben. Die Kommunistische Partei wurde 1948 verboten, lebt aber als Untergrundbewegung weiter.

Es gibt nur eine Staatsuniversität, die University of the Philippines. Darüber hinaus gibt es private Universitäten, denen es finanziell sehr gut geht. Dies zeigt, wie sehr den Philippinos an einer guten Ausbildung gelegen ist. Jedoch haben die meisten der Professoren noch zwei oder sogar drei Nebenberufe, und die Studenten müssen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Die National Power Corporation lud mich zu einer Besichtigung der Wasserkraftwerke und in Bau befindlichen Projekte am Agno-Fluß nördlich von Bagio ein. Das Ambuklo-Entwicklungsprojekt ist ein Mehrzweckdamm, der die Aufgabe haben soll, elektrische Kraft zu erzeugen, Wasser für die Bewässerung verfügbar zu machen und der Entstehung von Überschwemmungen entgegenzuwirken. Ein herrliches System künstlicher Seen ist hier geschaffen worden. Das Binga-Wasserkraftwerk, welches im Mai 1960 eröffnet wurde, ist sehr eindrucksvoll. Auf lange Sicht werden diese Anlagen die Industrialisierung des Landes erleichtern.

Politik

Die Verfassung der Philippinen und die Regierungsform entsprechen amerikanischen Vorbildern. Die Trennung der exekutiven, legislativen und richterlichen Gewalt, ein Ausschuß für anti-philippinische Umtriebe, die Rolle des Postministers als eines illegalen Zensors sind aus Amerika übernommen. Aber solche Einrichtungen können nicht in einem Lande funktionieren, wo der Familie, dem Clan und der Insel alle Loyalität gebührt. Die Grundlage der amerikanischen Demokratie, der Reichtum des Landes und die hohe Arbeitsleistung, fehlen hier.

Wenn die Existenz einer unabhängigen Presse ein Merkmal der Demokratie ist, so gilt dies auf jeden Fall für die Philippinen. Jeden Tag beschuldigt die Oppositionspresse die Regierung der Korruption, und die regierungsfreundliche Presse antwortet mit ähnlichen Vorwürfen. Wahrscheinlich haben beide recht. Die Hauptursache der Korruption ist die Dollarlücke im Außenhandel.

Wirtschaftliche Probleme der unterentwickelten Länder

Ostasien, von dem ich einen mikroskopisch kleinen Teil gesehen habe, wird von einer Milliarde hungriger Menschen bevölkert. Wirkliche Hungersnöte gibt

es vielleicht in China und Indien. Der Begriff des Hungers, unserer Vorstellung fremd, ist dort eine Realität. Jede Politik, die einer im Wohlstand lebenden Gesellschaft angemessen ist, muß hier versagen. Die folgende Aufstellung illustriert den Unterschied zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern (die Daten sind weder genau noch hundertprozentig vergleichbar und sollen lediglich eine Vorstellung von den Größenordnungen geben):

	Lebenserwartung bei der Geburt	Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung in $	Kindersterblichkeit pro 1000
USA	70	2000	26
Japan	68	190	41
Philippinen	51	150	111
Thailand	45	80	180
Burma	34	50	220

Das Problem ist, wie diese unterentwickelten Länder eine Industrie aufbauen können. Dies kann nur geschehen durch die Bildung von Kapital, und dies ist normalerweise ein grausamer Vorgang, bei dem die Arbeiter oder Bauern (oder beide) ausgebeutet werden.

Der Kapitalismus entstand in Westeuropa in enger Verknüpfung mit dem Protestantismus. In Ostasien ist er etwas von außen Kommendes, das den Stempel von Kolonialismus, fremder Herrschaft und Christentum trägt. Die klassische technische Grundlage für die langsame wirtschaftliche und technische Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Länder — unter Betonung des freien Wettbewerbs — war die nicht sehr leistungsfähige Dampfmaschine, die heute überholt ist. Deshalb läßt sich ein solcher Entwicklungsprozeß nicht wiederholen. Ausländische Kredite oder Hilfen können ein Ersatz für die Kapitalbildung sein, aber in welcher Form auch immer sie gewährt werden mögen, in der Vorstellung der Bewohner der unterentwickelten Länder sind sie mit dem Imperialismus und dem Kolonialismus verbunden. Die Russen versprechen einen schnellen, für diese Länder ohne ausländische Hilfe gangbaren Weg durch erzwungene Kapitalbildung in den Händen des Staates, ein Verfahren, von dem wir wissen, daß es für diese Länder zwar anziehend, aber doch auch fragwürdig ist. Ein weiser Hindu hat einen dritten Weg vorgeschlagen, die Entwicklung einer kleinen Industrie: „Was dieses Land braucht, ist ein längerer Besenstiel."

Die unterentwickelten Länder werden ihren Weg zum technischen Fortschritt nicht frei wählen können. Er wird vielmehr von dem Gleichgewicht wirtschaftlicher Stärke zwischen den beiden Großmächten Amerika und Rußland abhängen. Der Weg, der eingeschlagen wird, wird für die Zukunft der Menschheit entscheidend sein, denn in diesen Ländern lebt die Mehrheit der Bewohner unseres kleinen Planeten. „Die Sanftmütigen werden das Erdreich besitzen."

Aus der Wirtschaft

Abschluß des Welternährungskongresses

Vom 14. bis 18. Juni tagte in Washington der Welternährungskongreß der FAO (Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der UN). Die rund tausend Delegierten aus 104 Ländern nahmen zum Abschluß des Kongresses eine Resolution an, in der eine Intensivierung und unbefristete Ausdehnung des „Feldzuges gegen den Hunger" gefordert wird, der von der FAO am 1. Januar 1963 begonnen wurde und 1965 auslaufen soll. Es wird in den Schlußresolutionen des Kongresses insbesondere eine schnelle und umwälzende Reform der wirtschaftlichen Struktur der Entwicklungsländer für notwendig erklärt. Gleichzeitig wird auf die Bedeutung der internationalen Solidarität im Kampf gegen den Hunger und auf die Verantwortung der Industrieländer hingewiesen. Der Kongreß gab der Hoffnung Ausdruck, die Bemühungen um allgemeine und totale Abrüstung möchten zum Erfolge führen. Die heute für Aufrüstung eingesetzten riesigen Beträge sollten etappenweise dem Kampf gegen Hunger und Unterernährung nutzbar gemacht werden.

Eine wichtige Rolle in den Diskussionen auf dem Kongreß spielte die Frage der Geburtenkontrolle, vor allem in den Entwicklungsländern. Der britische Geschichtsphilosoph Prof. Arnold Toynbee forderte mit großem Nachdruck entschiedene Maßnahmen zur Unterbindung der nach seiner Auffassung drohenden Überbevölkerung der Erde.

Die deutsche Delegation auf dem Kongreß wurde geleitet von Prof. Dr. Fritz Baade, MdB, dem früheren Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Prof. Baade trat für eine verstärkte Versorgung der Entwicklungsländer mit Düngemitteln (Stickstoff) ein, die wesentlich wichtiger und vielversprechender sei als eine Lieferung von Lebensmitteln.

In seiner Schlußrede erklärte der Generaldirektor der FAO, Dr. Sen (Indien), die Welt werde in den nächsten 35 Jahren ihre Produktion an Lebensmittel verdreifachen, ja sogar vervierfachen müssen, um die sechs Milliarden Menschen zu ernähren, die die Erde gegen Ende des Jahrhunderts zählen werde. Er wies vor allem auf die überragende Bedeutung der Entwicklung der Landwirtschaft und auf die Notwendigkeit einer Förderung der Exporte der Entwicklungsländer hin. Bei der Eröffnung des Kongresses hatte UN-Generalsekretär U Thant erklärt, es sei unsinnig, daß in einem Teil der Welt die landwirtschaftliche Überproduktion immer mehr zunehme, während in anderen Teilen der Welt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung Hunger leide.

Ostasien

In einem Expertenbericht über die Ernährungsprobleme der verschiedenen Teile der Erde, der dem Welternährungskongreß in Washington als Diskussionsgrundlage vorgelegt worden ist, wird auf die besonders großen Ernährungsprobleme der Länder des Fernen Ostens hingewiesen. In diesem Gebiet, in dem heute bereits die Hälfte der Erdbevölkerung lebt, drohen für die nächsten Jahrzehnte Hungerkatastrophen unabsehbaren Ausmaßes, wenn es den ostasiatischen Ländern nicht gelingt, ihre Nahrungsmittelproduktion bis zum Jahre 2000 zu vervierfachen. Es heißt in dem Bericht u. a.: „Die Möglichkeiten für eine Erhöhung des Ernährungspotentials der Welt sind gegeben ... Gerade in den Regionen der Erde, in denen mehr und bessere Ernährung schon heute am dringlichsten ist, nämlich im Fernen Osten, nimmt die Bevölkerungszahl am schnellsten zu. Hier liegt die größte Gefahr ... Wenn die Regierungen sich entschließen, die landwirtschaftliche Entwicklung zu planen, indem sie von einer richtigen und realistischen Einschätzung der erreichbaren Ziele ausgehen, bestehen wesentlich größere Aussichten, ein besseres Gleichgewicht zwischen Bedarf und Produktion zu erreichen, bevor es dazu zu spät ist ..."
(NZZ v. 6. 6., 16. 6. und 21. 6., Neue Rhein-Zeitung v. 9. 6., Die Tat, Zürich v. 16. 6., Süddeutsche Zeitung v. 20. 6. 63)

Die amerikanische Weizen-Überproduktion

Die amerikanischen Farmer haben am 21. Mai in einem Referendum den Vorschlag der Regierung, gegen eine Erhöhung des Stützungspreises von 1,82 auf 2 Dollar pro Scheffel für den größten Teil der Weizenernte ihre Weizen-Anbaufläche um 10%

zu reduzieren, abgelehnt. Der Vorschlag der Regierung sollte die Weizen-Überproduktion der USA eindämmen. Die Regierung zahlt jährlich allein für die Einlagerung der von ihr übernommenen Überschüsse eine halbe Milliarde Dollar, für den Transport in die Lagerhäuser hundert Millionen Dollar. Nach der Ablehnung des neuen Vorschlages, gegen den sich vor allem das von den Großfarmern beherrschte und den Republikanern nahestehende American Farm Bureau gewandt hatte, sagte Landwirtschaftsminister Freeman eine Weizenschwemme voraus. Die Verwerfung des Regierungsvorschlages ist um so ernster zu nehmen, als der US-Export landwirtschaftlicher Güter in den nächsten Jahren durch die Zollpolitik der EWG-Länder stark gefährdet werden dürfte: „Im Jahre 1962 exportierte Amerika landwirtschaftliche Güter im Werte von über fünf Milliarden Dollar, d. h. ungefähr 25 % der gesamten Ausfuhr entfielen auf landwirtschaftliche Produkte. An die Länder der EWG gingen im letzten Jahre Weizen, Weizenmehl, Futter, Getreide und Geflügel im Werte von 450 Millionen Dollar. Die erhöhten Zölle der EWG dürften die Ausfuhr dieser Güter im nächsten Jahr erheblich einschränken."

(Deutsche Zeitung v. 16./17. 6. 63.)

Das Zahlungsbilanz-Defizit der USA

Das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz ist nach der provisorischen Statistik im ersten Quartal 1963 auf 820 Millionen Dollar gegen 495 Millionen Dollar im ersten Quartal 1962 gestiegen. Es erhöhte sich damit auf einen Jahresstand von 3,3 Milliarden Dollar gegen 2,2 Milliarden Dollar im gesamten Jahre 1962.

„Der Präsident der Federal Reserve Bank von New York, Hayes, gab kürzlich im Anschluß an den Clay-Bericht der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausgleich zwischen den militärischen Auslandsausgaben der Vereinigten Staaten und den vom Ausland hierzulande getätigten Käufen für militärische Zwecke hergestellt werde. Er schloß daran den weiteren dringlichen Wunsch, daß gewisse Auslandsverpflichtungen der Vereinigten Staaten, die nicht direkt zur militärischen Sicherheit beitragen, erheblich vermindert werden. In der Tat belasten die Devisenkosten der Verteidigungs- und Entwicklungshilfe die amerikanische Zahlungsbilanz noch immer stark. Die von der Regierung für das neue Budgetjahr beantragten jährlichen Hilfeausgaben erreichen wieder rund 4,5 Mrd. Dollar. Hinsichtlich der Militärhilfe sucht die Regierung durch bilaterale Abkommen über Rüstungsbezüge europäischer Länder aus Amerika und durch Deviseneinsparungen amerikanischer Truppen im Ausland die Belastung der Zahlungsbilanz zu vermindern. Bei der Entwicklungshilfe verfolgt man das Ziel, 80 % durch Aufträge an amerikanische Unternehmungen zu binden, gegen nur 63 % im laufenden Jahr." (NZZ v. 23. 6. 63)

Arbeitslosigkeit

Der amerikanische Arbeitsminister Wirtz erklärte am 20. Mai, die Arbeitslosigkeit sei „das ernsteste Wirtschaftsproblem" der USA. Vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses teilte Wirtz mit, in den letzten Monaten seien jeweils vier Millionen Amerikaner ohne Arbeit gewesen. Diese Zahlen allein zeigten jedoch noch nicht das ganze Ausmaß der Arbeitslosigkeit: „Zuverlässige Schätzungen sprechen von etwa 14 Millionen Männern und Frauen, die zu irgendeinem Zeitpunkt des Jahres 1962 unbeschäftigt waren." Mitte Mai betrug die Zahl der Arbeitslosen in USA 4 066 000 und war damit gegenüber dem Vormonat praktisch unverändert. „Da sie aber zu dieser Jahreszeit normalerweise abnimmt, stellte sich der auf saisonberichtigter Grundlage vom Arbeitsministerium berechnete Prozentsatz der Arbeitslosen auf 5,9 % (5,7 % im Vormonat); im Mai 1962 betrug die entsprechende Zahl 5,5 %." Der Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosenzahl betrug im Mai 17,8 % gegenüber 15,6 % im April, und war damit der höchste seit 1949.

(NZZ v. 22. 5. u. 9. 6. 63.)

Das amerikanische Rüstungsbudget für 1964

Das Repräsentantenhaus hat am 26. Juni das Rüstungsbudget für 1964 in der Höhe von 47,082 Milliarden Dollar gebilligt. (Das Haushaltsjahr 1963 beginnt bereits am 1. Juli.) Das Budget liegt etwa zwei Milliarden unter dem von Präsident Kennedy geforderten Betrag für Rüstungsausgaben. Es enthält u. a. die Ausgaben für den Unterhalt von 2,6 Millionen Soldaten, für 700 Düsenbomber vom Typ B 52 und B 58 und einige hundert vom Typ 47, sowie für den Bau von etwa 1000 interkontinentalen Raketen und 41 Polaris-Unterseebooten.

(NZZ v. 28. 6. 63.)

Die wirtschaftliche Diskriminierung der amerikanischen Neger

„Die Arbeitslosigkeit unter der Negerjugend hat erschreckende Ausmaße angenommen, die automatisierte Industrie braucht keine ungelernten Kräfte mehr, und der Aufstieg zu gelernten Berufen bleibt dem Neger im Süden fast völlig und im Norden in einem weiten Maße versperrt. Die Tatsache, daß sich die Rassenrevolution mit einer industriellen Revolution paart, macht die jetzige Krise so gefährlich, und gibt den Negern das Gefühl der Dringlichkeit ihrer Sache. Jetzt scheint auch Washington — hoffentlich nicht zu spät — diese Dringlichkeit erkannt zu haben." (Die Tat, Zürich, v. 17. 6. 63)

„Die rücksichtslose Diskriminierung durch die Gewerkschaften, die chronische Arbeitslosigkeit in vielen Gebieten, in die die Neuankömmlinge gelangten, die Tatsache, daß beim Abbau der Arbeiterbestände im Zuge der Automatisierung der Industrie zuerst die ungelernten und zuletzt gekommenen Neger entlassen werden, die Schwierigkeit, anständige Behausungen zu finden, hat unter den Negern in den Großstädten des Nordens eine eigentliche wirtschaftliche Notlage entstehen lassen."
(NZZ v. 14. 6. 63)

Beschleunigter Aufbau der chemischen Industrie in der Sowjetzone

Nach einem Eigenbericht des „Handelsblattes" aus Moskau vom 4. 6. drängt Ministerpräsident Chrustschow auf eine Intensivierung des von ihm bereits 1958 angekündigten Aufbaues einer Groß- und Petrochemie. Er soll in Zukunft absolute Priorität in der sowjetischen Wirtschaftsplanung haben. Das bedeutet insbesondere den Vorrang der chemischen Industrie vor der Montan-Industrie.

1964/65 sollen „planmäßig alle Voraussetzungen geschaffen sein, um die Produktion von Kunststoffen und synthetischem Kautschuk, von Düngemitteln sowie von Biopräparaten und Medikamenten in ausreichender Menge bewerkstelligen zu können. Schon in seiner Abschiedsrede für Castro hat der sowjetische Ministerpräsident unzweideutig festgestellt, daß die Wirtschaft in der Sowjetunion jetzt vor der Politik rangieren müsse. Grund und Ziel dieser neuen vom Chrustschow befürworteten Investitionspolitik ist die Befriedigung der enorm gewachsenen Bedürfnisse der sowjetischen Bevölkerung an Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken und allen übrigen Gütern des Massenbedarfs". (Handelsblatt v. 5. 6. 63)

Sowjetisches Interesse für eine britische Erdöl-Raffinerie

Der Führer der Labour-Party, Harold Wilson, teilte nach einer Unterredung mit dem sowjetischen Handelsminister Patolitschew mit, die Sowjetunion wünsche von Großbritannien eine komplette Erdöl-Raffinerie im Wert von über hundert Millionen Pfund Sterling zu beziehen. Mit dieser Lieferung sollten keine britischen Verpflichtungen zum Bezug sowjetischen Öls verbunden sein. (Basler Nachrichten v. 15. 6. und NZZ v. 18. 6. 63)

Der Trend Südamerikas zum „wirtschaftlichen Neutralismus"

Eine chilenische Delegation unter der Führung des Staatsministers Philippi hat im Juni Europa bereist, um wirtschaftliche Vereinbarungen mit verschiedenen europäischen Ländern zu treffen. Die Delegation besuchte u. a. London und Bonn und beabsichtigt auch in mehrere Ostblock-Länder, u. a. in die Sowjetunion, zu reisen. Über die handelspolitischen Bestrebungen Chile's, die dieser Reise zugrunde liegen, berichtete das „Handelsblatt" am 6. 6. 63 aus London: „Im übrigen sind den Engländern auch die politischen Beweggründe der chilenischen Reorientierung auf Europa nicht uninteressant. Santiago suche sich gewissermaßen aus der einseitigen Abhängigkeit von der US-Hilfe zu lösen und auf jenen wirtschaftlichen ‚Neutralismus' einzuspielen, der in Süd-Amerika ganz allgemein zum Trend führt."

Aufrüstungs-Lasten steigen weiter

„Jetzt scheint es sich zu rächen, daß das amtliche Bonn lange Zeit darauf verzichtet hat, die Kosten der Wiederaufrüstung, wie sie deutscherseits in verbindlichen NATO-Dokumenten zugesagt wurden, möglichst exakt zu ermitteln. Jahrlang wurde ein deutscher Verteidigungsbeitrag von 13 bis höchstens 15 Milliarden DM als ausreichend angesehen, um die deutschen Verpflichtungen erfüllen zu können. Eine Milchmädchenrechnung, wie es sich jetzt herauszustellen beginnt. Und das allgemeine Wehklagen ist groß. Von 12,4 Milliarden DM im Jahre 1960 mußten bis 1963

die Verteidigungsausgaben auf 18,4 Milliarden aufgestockt werden. Ein Ende dieser „schrecklichen Treppe" steigender Verteidigungsausgaben ist noch nicht abzusehen.

Die verhängnisvolle Praxis, international Zusagen zu machen, ohne sich ernsthaft die Möglichkeit deren finanzieller Einlösung zu überlegen, hat sich leider bis in die jüngste Zeit hinein fortgesetzt. In den ersten Noten, in denen sich Bonn bereit erklärte, am Aufbau einer multilateralen Atommacht mitzuwirken, war von Finanzen und Kosten auch nicht einmal am Rande die Rede. Erst nach der grundsätzlichen Zusage begann das Finanzierungsgespräch, das übrigens auch bei dem Kennedy-Besuch auf der Bonner Tagesordnung stand. Nach zuverlässigen Informationen soll die Bundesrepublik 45 Prozent der mit 5 Milliarden Dollar veranschlagten Gesamtkosten, unter anderem für die 25 Raketenüberwasserschiffe, tragen. Rechnet man mit einem Aufbauzeitraum von zehn Jahren, muß also die Bundesrepublik ab 1964 mit einer zusätzlichen Belastung von jährlich fast 1 Milliarde DM rechnen. Wahrscheinlich werden die jetzt veranschlagten 5 Milliarden Dollar aber nicht ausreichen, so daß der im Bundesverteidigungsministerium genannte Jahresbetrag von rund 1,5 Milliarden DM alles andere als utopisch scheint ...

Zum Jahresende 1962 hatte die Bundesrepublik erst 415 000 Mann unter Waffen Der Etat 1963 sieht die Verstärkung auf 443 000 Soldaten vor, und schon 1964/65 soll eigentlich die NATO-Soll-Stärke von 500 000 Mann erreicht sein. Allein für den Unterhalt der noch fehlenden rund 60 000 Soldaten werden etwa 1,2 Milliarden DM benötigt ...

Dazu kommen die Kosten der Ausrüstung mit den „bestmöglichen Waffen", die ebenfalls in die Milliarden gehen. Die Kosten der Umrüstung auf den neuen deutschen Standardpanzer werden offiziell mit 1,5 Milliarden DM angegeben. Im Etat 1963 ist der Beschaffungstitel für Kampffahrzeuge mit lediglich 262 Millionen DM dotiert worden. Diese Position muß schon im nächsten Jahr mit wesentlich höheren Mitteln bedacht werden, wenn diese Umrüstung bis 1968 abgeschlossen werden soll. Für die gleichfalls vorgesehenen neuen Schützenpanzer der verschiedenen Versionen sind nämlich ebenfalls mindestens 1,5 Milliarden DM nötig ...

Unübersehbare Milliardenausgaben sind schließlich noch auf dem Bevorratungssektor zu erwarten ... Alles in allem muß erwartet werden, daß sich die Kosten der sogenannten Erstaufstellung der Bundeswehr (einschließlich Ersatzteile und Bevorratung) auf insgesamt 60 Milliarden DM belaufen werden. Bis Ende vorigen Jahres waren zur Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr erst Aufträge im Gesamtwert von 34 Milliarden DM erteilt, so daß also praktisch erst die „Halbzeit" des Bundeswehraufbaues erreicht ist. Völlig ausgeschlossen ist es also, die Phase der Erstaufstellung schon — wie ursprünglich geplant — 1964/65 abzuschließen.

Gegenwärtig stellt sich das jährliche Beschaffungsvolumen auf 7 bis 8 Milliarden DM. Es reicht bei weitem nicht aus, den im Ausland und im Inland eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. So befindet sich die Bundesrepublik gegenüber Großbritannien im Verzug. Die zugesagten Käufe von Rüstungsgütern in Höhe von jährlich 600 Millionen DM konnten bisher nur zu rund 60 Prozent realisiert werden. Gegenüber den USA beläuft sich die jährliche Auftragsverpflichtung auf 2,8 Milliarden DM, die in dem Maße immer schwerer einzuhalten ist, als die deutsche Industrie in die Produktion von sogenanntem hartem Kriegsgerät eingeschaltet wird ..." (Der Volkswirt v. 7. 6. 63.)

„Seit 1960 bis zum laufenden Jahr sind die Aufwendungen für die Bundeswehr von 9,8 auf netto 18 Mrd. DM gesteigert worden. Sie haben sich damit im Laufe von drei Jahren fast verdoppelt. Nach deutschen Vorstellungen dürften sie 1964 abermals, und zwar auf mindestens 20,5 Mrd. DM klettern. Das allein würde bedeuten, daß der Bund praktisch seine ganzen zu erwartenden Steuermehreinnahmen für die Verteidigung zur Verfügung stellt. Die amerikanischen Forderungen laufen aber auf eine zusätzliche Erhöhung des NATO-Beitrags um etwa 1,5 Mrd. DM hinaus. Die Grenzen des Möglichen würden auf diese Weise zweifellos weit überschritten." (Deutsche Zeitung v. 24. 6. 63)

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Zweihundertundfünfzig der -zigtausend Bewußtlosen wurden ohnmächtig auf dem Frankfurter Römerberg. Es ging um den politisch embryonalen Wachtraum deutscher Halbgötterdämmerung. Zeitungen suggerierten wochenlang illustrierte Show-Vorbereitungsdetails. Endlich konnte man dem großen Illustriertenbild in persona und kostenlos gegenüberstehen.

Und Millionen kamen. Ich sah sie an mir vorüberhasten, stundenlang. Hysterischen Blickes im Massensog. Gefährliches Konglomerat aus Pseudostaatsbürgerbewußtsein und Sensationslüsternheit. Der Strom deutscher Westentaschenpolitik-Konsumenten floß durch die Straßen, eingedämmt von den pedantischen Absperrungen ängstlicher Uniformierter.

Man wußte um Jacqueline und Caroline, den Schaukelstuhl des Präsidenten und sein lädiertes Rückgrat, doch wer wußte von seiner großen Rede vor der „American University" in Washington? Sekundär, sekundär!

Vor der „Wiege der deutschen Demokratie", der Paulskirche, wurde ein junger Mann festgenommen. Er trug ein Schild mit seiner Meinung: „Kennedy: yes! Atombombe: no!" Mit der Festnahme dieses jungen Demokraten wurde die demokratische Volksmeinung wieder auf Vordermann gebracht. Vor dieser „Wiege" hat sich unsere Demokratie in die Windeln gemacht. Ekstatisch phrasierte ein Ministerpräsident, Zinn, den Zinnober vom „übervollen Herzen" gänsehäutigen Angedenkens. Das hätte selbst Betrunkene nüchtern machen sollen. Jene, die überdimensionale Transparente der Osthalbgötter schmähen und hier ihren Verstand dem Personenkult opferten.

Papierfähnchenschwenkende Schulklassen unserer demokratischen Klippschule „Bundesrepublik" feierten ihren Massenenthusiasmus. Unter diesen volksstaatlichen ABC-Schützen waren nicht nur Schulpflichtige.

Schließlich war es ein Greis, der auf die Frage Kennedys, ob der Jubel nicht organisiert sei mit den Papierfähnchen, dümmlich antwortete, daß die Papierfähnchen wohl offiziell verteilt würden, doch daß die Menschen damit freiwillig winken. Ein Adenauer-Ei des Mannes, den Amerika entdeckte.

Und sagen Sie nicht, Kennedy habe in diesen paar Tagen nicht die deutsche Volksseele entdeckt. Er hat sie nicht nur entdeckt, er hat sie seziert und die gefährlichste Seite entblößt. Er möge sich Jubelfotos vom Kriegsausbruch 1914, vom Reichsparteitag in Nürnberg, von der Volkstribunenvisite de Gaulles in München vorlegen lassen, um gesundes Mißtrauen nicht zu unterdrücken.

Atomwaffengegner hatten die Absicht, mit weißen Taschentüchern, auf denen schwarz das Emblem der Atomwaffenmißachter dieser Welt abgebildet war, dem Präsidenten zu winken. Das verbat sich die Polizei energisch. Womit in einer Demokratie unserer Spielart gewinkt wird, bestimmt der Staat. Schließlich darf der anonyme Volksrummel nicht in Meinungsäußerung ausarten.

Der Weg unseres Volkes zur Demokratie ist noch viel, viel länger als die Reiseroute des amerikanischen Präsidenten. Als Konsumenten von Verbrauchsartikeln beginnen wir dem gegenüber skeptisch zu werden, was auf der Verpackung steht; es ist an der Zeit, daß wir es noch lange nicht als staatsbürgerliche Leistung von Demokraten empfinden, wenn wir uns ein Papiersternenbannerchen ins bundesrepublikanische Patschhändchen drükken lassen, um einem Menschen zuzujubeln, den man uns behördlicherseits bezeichnet.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Die Magna Charta des Kindes

Das Recht des Kindes auf seine ungehemmte körperliche und seelisch-geistige Entwicklung, auf Förderung seiner natürlichen Anlagen, auf Schutz vor jeglicher Ausbeutung gilt als Fundament jeder gesunden Gesellschaft. Es findet sich verbrieft in der Magna Charta des Kindes, die 1923 entworfen, 1926 von Vertretern zahlreicher Nationen in Genf unterzeichnet wurde. Damit schien nun tatsächlich „das Jahrhundert des Kindes" angebrochen zu sein, das die schwedische Frauenrechtlerin und Pädagogin Ellen Key in einem aufsehenerregenden Buch dieses Titels 1902 verkündet hatte. Selbst für jene Länder, die wir heute unterentwickelt nennen, war es damit zumindest anvisiert.

Nicht ganz fünfzehn Jahre nach der Unterzeichnung läuft Hitlers Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren, wird das deutsche Kind seelisch systematisch zerstört — und das im Lande Fröbels! —, zuerst mit Hilfe von Bilderbüchern wie „Der Giftpilz" von Ernst Hiener (Verlag „Der Stürmer", Nürnberg 1938), dann durch sämtliche Etappen weltanschaulicher Schulung der Hitlerjugend. Und das „rassisch wertlose" Blut, wie das damals in der Sprache des Unmenschen hieß, gleich, ob noch ungeboren, Säugling, Krüppel, Geisteskranker oder Greis, begann auszubluten.

Ein polnischer Soziologe, Kyril Sosnowski, Mitglied wissenschaftlicher Gesellschaften, ehemaliger Angehöriger der polnischen Untergrundbewegung, Häftling in Hitlers Konzentrationslagern, legt nun eine Studie vor*) und belegt darin dokumentarisch, wie — ganz abgesehen von der systematischen Ausrottung von Juden, Slawen und Zigeunern — man sich mit der Unbeteiligtheit von Robotern und mit deren mathematischer Exaktheit an die Verwirklichung noch eines ganz anderen gigantischen Planes macht. Um auch die zahlenmäßige Überlegenheit über die unterjochten Völker für alle Zukunft zu sichern, soll „blutlich wertvolles" Leben, wie es heißt, „eingedeutscht" werden. Die Methode ist legalisiertes Kidnapping im Großmaßstab, wobei das „rassische Erscheinungsbild" maßgebend ist und die komplizierte Rassenlehre immer mehr preisgegeben wird. Seit den Tagen der osmanischen Janitscharen, seit dem „Knabenzins", durch den diese Horrortruppen Europas immer frisch aufgefüllt wurden, hat es in der Geschichte nichts Vergleichbares gegeben.

Etwa die Hälfte des über 450 Seiten starken Bandes bilden Dokumente, Auszüge aus Prozeßakten, Statistiken, Photos, Zeichnungen. Alles, was im folgenden erwähnt wird, ist auch dokumentarisch belegt. — Beginnen wir mit vergleichsweise Harmlosem, mit den Zeichnungen. Es sind Kinderzeichnungen aus Theresienstadt. Unter dem Motto „Hier fliegen keine Schmetterlinge" (die Worte stammen von dem kleinen Pawel Friedmann, der sie unter seine Zeichnung setzte) sind sie durch Wanderausstellungen und durch einen Dokumentarfilm inzwischen bekannt geworden. Pawel Friedmann wurde später in Auschwitz vergast, er gehörte nicht zu den hundert überlebenden von den 1400 Kindern in Theresienstadt. Was sind die alltäglichen Eindrücke dieser Kinder, was zeichnen sie? *Soldaten, Gewehrläufe immer wieder, Kinder,* Erwachsene mit erhobenen Händen, wie man sie aus einem umstellten Haus heraustreibt. Die Familie, sitzend auf gepackten Bündeln inmitten von zertrümmerten Möbelstücken. Mutter und Kind vor einem Galgen, an dem ein Gehenkter baumelt, dann wieder reihenweise Gehenkte, Stacheldraht, ein weinendes Kind mutterseelenallein vor einem leeren Schienenstrang, Abschied winkend. Genug.

Dann sind da Photokopien von Arbeitskarten von zwölf und dreizehnjährigen Polenmädchen; eines in der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik AG in Posen tätig, zwei in der Zwirnerei Ackermann im lieblichen deutschen Städtchen Heilbronn-Sontheim. „Vernichtung durch Arbeit" ist ein gebräuchlicher Ausdruck in den Geheimdokumenten des Reichssicherheitshauptamtes, belegt auch in A. Dallins Studie über Okkupationspolitik, Macmillan Verlag, London, 1957.

Welches Los trifft die Ungeborenen? In einem Erlaß an alle SD-(Haupt-)Außenstel-

*) The Tragedy of Children under Nazi Rule; Western Press Agency, Posen and Warschau, 1962.

len des Reichssicherheitsdienstes des Reichsführers SS, Abschnitt Koblenz, vom 18. 2. 44 heißt es: „Betreffend Schwangerschaftsunterbrechung von Ostarbeiterinnen ... Obwohl Schwangerschaftsunterbrechungen nur auf freiwilliger Basis vorgenommen werden sollen, sind diese in jedem Fall doch zu forcieren." (S. 432)

Und was geschieht mit den doch Geborenen? In Ravensbrück beispielsweise werden sie nach der Geburt ertränkt, in einem Eimer, wie die Katzen. Nach 1944 ändert sich das dort aus irgendeinem Grund, und die Mütter, die selbstverständlich sofort wieder arbeiten müssen, werden in den versperrten Säuglingsraum fünfmal im Tag eingelassen, um ihren Kindern die Brust zu geben. Die übrige Zeit liegen die Säuglinge unversorgt, überwimmelt von Ungeziefer, acht im Tag sterben durchschnittlich. (Zitiert nach Geneviève de Gaulle „Les conditions des enfants au camp de Ravensbrück" in: „Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale", Paris, 1962, Nr. 45). In einem Geheimschreiben an Himmler nach Inspektion eines Säuglingsheims (ebenfalls von Kindern von Ostarbeiterinnen) im oberösterreichischen Örtchen Spital am Phyrn vom 11. 8. 43 wird erklärt, daß bei den dortigen Rationen die Säuglinge unweigerlich in wenigen Monaten zugrunde gehen müssen. Man möge also entscheiden, ob man sie zu späterem Arbeitseinsatz aufziehen oder verenden lassen wolle. Für letzteren Fall gäbe es schmerzlose Methoden, die überdies noch den Vorteil hätten, Milch sparen zu helfen. (S. 433)

Und die Halbwüchsigen? Arbeitsvieh, Endschicksal leicht auszurechnen. Immerhin, sei aus den Prozeßakten des Nürnberger Militärgerichts gegen Greifelt (Chef des Stabhauptamtes des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums, vom amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg 1948 verurteilt zu „lebenslänglich") ein Schreiben aus Berlin v. 13. 7. 43 herausgegriffen. Darin heißt es betreffend „Bandenkinderunterbringung" (ein durchaus gebräuchliches Wort jener Amtssprache): „Die rassisch wertlosen Halbwüchsigen männlichen und weiblichen Geschlechts sind den Wirtschaftsbetrieben der Konzentrationslager als Lehrlinge zuzuweisen." Und im übernächsten Absatz: „... habe ich die Errichtung eines Kinder- und Halbwüchsigen-Sammellagers in Lublin angeordnet" (S. 431). Ferner Fotos vom Appell in einem Strafkinderlager für polnische Kinder: es gab solche in und um Lodz (Illustr. 28—31). Die Schulfrage für die Ostländer regelte Himmler bereits 1940 in einer geheimen Reichssache: „Lesen halte ich nicht für erforderlich". Höhere Schule nur für „blutlich Wertvolle" bedeutete Trennung von den Eltern und Verschickung nach Deutschland. Eine alljährliche Siebung aller 6—10jährigen im Generalgouvernement sollte die Geeigneten für spätere „Umvolkung" sicherstellen. Konsequent durchgeführt würde dies bedeuten, so erklärt Himmler, daß nur ein minderwertiges, führerloses Arbeitsvolk zurückbliebe, das jederzeit leicht einsetzbar wäre. Wer's nicht glaubt, kann gerade diese Ausführungen leicht nachlesen, sie sind in den „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte", 1957, Nr. 2 zu finden. „Eindeutschungsfähigen Polen", lautete die Anweisung an den SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt, wie aus einem Schreiben vom 12. 2. 42 hervorgeht, „die besondere Schwierigkeiten machen, sind die Kinder wegzunehmen" (S. 375). Eine von Greifelt unterzeichnete Anordnung (des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums") aus Berlin vom 19. 2. 42 organisiert den Kinderraub bereits bis ins kleinste Detail. Die in Litzmannstadt „rassisch Überprüften" gehen an das Gaukinderheim in Brockau, wo sie auf „Eindeutschungsfähigkeit" psychologisch und charakterologisch beurteilt werden; von dort werden die ausgesiebten 2—6jährigen in den „Lebensborn" überführt, der sie zur Adoption an verläßliche Parteileute weiterleitet. Die Älteren kommen zur Vorbereitung in Heimschulen (S. 375). Wie es um diese Vorbereitung bestellt ist, läßt die Photokopie der Karteikarte einer Zwölfjährigen ahnen. Von einer Lagermädelführerin unterzeichnet, lautet die „Schlußbeurteilung": „Sie braucht eine sehr strenge Hand, um zu einer Deutschen erzogen zu werden" (Illus. Nr. 18 a). Aus einer eidesstattlichen Erklärung geht hervor, daß die meisten dieser Kinder nie zuvor mit dem Deutschtum in Berührung gekommen waren (S. 395). Die polnische Regierung gibt an, daß rund 10 000 Kinder allein auf diese Weise geraubt wurden. Erwähnt sei schließlich noch die berüchtigte „Heu-Aktion" (Geheime Reichssache vom 12. 6. 44, S. 392), durch die in den besetzten Gebieten der Sowjetunion auf Anregung der Neunten Armee 40 000 bis 50 000 Zehn- bis Vierzehnjährige erfaßt werden sollten. Daß dies nicht nur wegen

Behinderung militärischer Operationen geschah oder aus Besorgnis für Jugendliche, geht aus der Erwähnung von Vorbesprechungen mit der Organisation Todt und den Junkers-Werken hervor. Eine ähnliche Aktion, mit der man etwa 135 000 Arbeitskräfte erfassen zu können dachte, lief für die Heeresgruppe Ukraine-Nord an.

In einem Schlußwort unterstreicht der Verfasser die Mitverantwortung des Oberkommandos der Wehrmacht, das die Direktiven der Partei strikt befolgte und eine militärische Terrorherrschaft ausübte. Er stützt sich dabei unter anderem auch auf eine Erklärung des Marschalls Rundstedt, der sich für biologische Vernichtung durch systematische Unterernährung ausgesprochen hatte (zitiert nach der UNO-Broschüre „To-day's children, to-morrow's hope", London 1946).

Das Buch ist dem Andenken des großen polnischen Pädagogen Jan Korczak gewidmet, der freiwillig mit den ihm anvertrauten Kindern in die Gaskammern ging. Als der Zug der heiter und ahnungslos hinter ihrem Lehrer Hertrippelnden sich durch Warschau bewegte, knieten die Frauen am Straßenrand nieder, berichten Augenzeugen. Im vergangenen Herbst waren es zwanzig Jahre seit jenem Opfergang, der Tag wurde in allen Städten Polens feierlich begangen.

Elisabeth Freundlich, Wien

Internationales Schriftsteller-Seminar in Lahti (Finnland)

Koexistenz war das Thema eines internationalen Schriftsteller-Seminars, das vom 17. bis 21. Juni in der finnischen Stadt Lahti stattfand. Organisiert wurde es von der Eino Leino-Gesellschaft, einer sehr aktiven Gruppe finnischer Schriftsteller, Künstler, Kritiker und Publizisten, in mancher Weise der „Gruppe 47" in Deutschland ähnlich. Die Gesellschaft hat ihren Namen von der großen Persönlichkeit Eino Leinos (1878—1926), der, Dichter und Journalist, mit einer erstaunlichen Fähigkeit zu jeder Art literarischer Arbeit (seine gesammelten Werke bestehen aus mehr als 30 Bänden) eine außerordentliche Sympathie für alle freiheitlichen Tendenzen und nicht zuletzt ein dichterisches Talent verband, das Finnland seine beliebteste lyrische Dichtung gab. Sein großer Gegenpol im finnischen politisch-literarischen Leben war der Dichter Prof. V. A. Koskenniemi, Mitglied der finnischen Akademie, ein ultra-konservativer Schriftsteller, der das literarische Leben Finnlands bis zu seinem Tode im Jahre 1961 sehr spürbar beeinflußt hatte und als Vizepräsident der von Goebbels gegründeten Europäischen Schriftsteller-Gesellschaft sehr aktiv für den Sieg der Nazis eingetreten war. So ist es zu verstehen, daß sich ein gut Teil des Geistes der Eino Leino-Gesellschaft — wie der der „Gruppe 47" — gegen die ultra-konservativen und antiliberalen Kräfte richtet, die für mehr als zwei Jahrzehnte in der kurzen Geschichte der Unabhängigkeit Finnlands die literarische Szene beherrscht haben.

Abgesehen von der „üblichen" Aktivität der Gesellschaft, die Diskussionen, Vorlesungen und Debatten veranstaltet, hat sie auch Gruppenreisen nach Schweden, Rußland und Polen veranstaltet, wo man mit literarischen Kreisen Kontakt aufnahm. Bei diesen Bemühungen der Gesellschaft um eine Erweiterung der Kontakte zu ausländischen Autoren fand sie in diesem Jahr eine großartige Unterstützung durch die Stadt Lahti und deren Sommer-Universität, die anbot, in ihre Sommer-Kurse ein internationales Schriftsteller-Seminar aufzunehmen.

Es wurde daraufhin von der Gesellschaft ein Organisations-Komitee gebildet, mit dem Vorsitzenden Eino S. Repo an der Spitze und als weiteren Mitgliedern der stellvertretenden Vorsitzenden Pekka Lounela, Carl Fredrik Sandelin (der als Präsident des Seminars fungierte), Nils-Börje Stormbom (ein bekannter Kritiker) und Erkki Reenpää als Generalsekretär des Seminars. Obwohl die Kürze der Zeit ein großes Handicap für die Veranstalter war, erreichten sie es dennoch, daß repräsentative ausländische sowie zahlreiche finnische Autoren nach Lahti kamen. 22 ausländische Schriftsteller aus 13 Nationen nahmen an diesem Seminar teil, u. a.: Aimé Césaire, Claude Simon und Roger Caillois (Frankreich), Tadeusz Rózevicz (Polen), Jan Otsenasek, Jiri Fried und Dominik Tatarka (Tschechoslowakei), Per Wästberg und Göran Palm (Schweden), Klaus Rifbjerg, Jörgen Schleimann (Dänemark), Prof. Vladimir Jermilov, der Kritiker Ilja Ehrenburgs, aus der Sowjetunion, Hermann Kant (DDR), der Dichter Pablo Armando Fernández (Kuba), Paal Brekke und Kåre Holt (Norwegen), Jón Dan (Island) usw.
Es waren außerdem mehr als 45 finnische

Autoren anwesend, darunter viele aus der finnischen Avantgarde. Die Beteiligung der Bundesrepublik beschränkte sich auf den jungen Dichter und Übersetzer Manfred Peter Hein, der in Finnland lebt. Obgleich Enzensberger, Böll, Peter Weiß und Günter Grass eingeladen waren, konnte keiner von ihnen kommen, wahrscheinlich wegen der Tagung der „Gruppe 47" in Berlin.

Die Themen, die an den drei Seminar-Tagen behandelt wurden, waren: Vorurteile; Kleine Kulturen und Weltmächte; Schriftsteller und Politik. Das letztgenannte Thema rief wie erwartet eine leidenschaftliche Diskussion zwischen den Anhängern der „engagierten Literatur" (verteidigt vor allem durch Prof. Jermilov) und denen hervor, die Literatur rein als künstlerischen Ausdruck betrachten. Zu diesem Thema wurde die wohl brillanteste Rede des ganzen Seminars gehalten, diejenige von Claude Simon, dem Autor von „La route de Flandres". Das Programm enthielt auch Vorlesungen wie z. B. „Kubanische Literatur" von dem kubanischen Dichter Pablo Armando Fernández, „Ein Essay über Optimismus" von dem finnischen Dichter und Kritiker Tuomas Anhava (es enthielt einen heftigen Angriff gegen die Gegenwarts-Literatur sowohl im Osten wie im Westen), „Afrika-Literatur" von dem schwedischen Schriftsteller und Afrika-Experten, Per Wästberg. (Dieser Vorlesung folgte eine überaus interessante improvisierte Vorlesung über die „Négritude" genannte literarische Bewegung von deren berühmtestem Sprecher, Aimé Césaire, Martinique), „Die Geographie des Autors" von dem finnischen Novellisten Paavo Rintala.

Der Sitz des Seminars, das Mukkula Tourist Zentrum, außerhalb der Stadt Lahti, an den Ufern des Vesijärvi-Sees, stellte einen wunderbaren Hintergrund für ungezwungene Zusammenkünfte, Sauna, Fahrten auf dem See usw. dar. Auf einem internationalen Schriftstellerabend in der Concert Hall in Lahti lassen alle Autoren Ausschnitte aus ihrer literarischen Produktion in ihrer Muttersprache. Diesem Ereignis wohnte auch die Schirmherrin des Seminars, die als Schriftstellerin bekannte Gattin des Präsidenten Kekkonen, Frau Sylvi Kekkonen bei.

Erkki Reenpää, Helsinki

Buchbesprechungen

Neuerscheinungen historisch-politischer Literatur

Soziologie, Geschichte, Philosophie

Ernst Bloch, Avicenna und die Aristotelische Linke. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 116 S., brosch. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 22).

Victor Austin, Der Amerikanische Bürgerkrieg in Augenzeugenberichten. Aus dem Amerikanischen von Tilla Schenk. Mit einem Vorwort von Wilhelm Treue. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 368 S. mit 6 Kt., Zeittafel, Chronisten- und Quellenverzeichnis und 16 Bildt., Ln. 19,80 DM. — In der Reihe „... in Augenzeugenberichten" liegen schon Ausgaben über die Kreuzzüge und die Französische Revolution vor.

F. Osterroth / D. Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover, 672 S., Ln. 19,80 DM. — Chronologisch geordnete Fakten und Ziffern aus der Geschichte der SPD.

Judenfeindschaft. Sieben Analysen des Antisemitismus. Herausgegeben von Karl Thieme. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 327 S., brosch. 3,60 DM (Fischer-Bücherei, Großband 524). — Sieben Autoren untersuchen die Judenfeindschaft aus der Sicht der christlichen, mohammedanischen und jüdischen Religion (Johann Maier und Hans Wolfram Gerhard), den wirtschaftlich, politisch und biologisch motivierten Antisemitismus (Karl Thieme, Ernst v. Schenk und Karl Saller) und stellen die Ergebnisse der

hat, keinen anderen Sinn, als daß sie den völlig emanzipierten, völlig freien, auf Grund seiner Vernunft humanen und von niemandem mehr belogenen Menschen schaffe. Das ist ihre Forderung — und das ist das belebende, packende Moment an der heutigen polnischen Literatur.

Zusammenfassend kann man sagen, daß den polnischen Prosaisten nicht nur das Nationale, sondern auch das Engagement gemeinsam ist. Sie alle wollen irgendetwas „sagen". Sie schreiben nicht aus Lust am geistigen Luxus, sondern aus Verantwortung dem Menschen gegenüber und um diesem zu helfen. Besonders die jüngsten, die „zornigen jungen Männer" vom Zuschnitt eines Hlasko, verbergen nicht einmal, daß sie im Grunde Moralisten sind. Letzten Endes war in Polen der Einfluß der russischen Literatur doch immer etwas stärker als der westliche. Das ist nicht zuletzt am breiten Raum zu ermessen, den — auch in diesem Band — der Realismus einnimmt. Diese so oft totgesagte Darstellungsweise ist keineswegs tot. Hier wird demonstriert, wie elastisch, wie farbig und wie vielfältig man den Realismus handhaben und wie jung man ihn erhalten kann. Alle diese Autoren haben einen ausgemachten Sinn für das Detail, für die psychologische Nuance, für die natürliche Komik des Lebens inmitten ernsthafter Situationen. Sie schreiben mit polnischer Höflichkeit, mit Feinheit im Ausdruck, mit Ambivalenz; sie lieben Abstraktionen nicht und bleiben auch im Übersinnlichen noch konkret. Den meisten sieht man die Verbundenheit mit dem flachen Land an — mit der melancholischen, großartigen Weite des Ostens, den sie mit aller seiner Armut und allen seinen Möglichkeiten lieben.

Unter den insgesamt soliden Übersetzern fallen Josef Hahn und Ludwig Zimmerer als besonders einfühlsam und klar auf. Marcel Reich-Ranicki, der Herausgeber, hat dem Band ein instruktives, von historischer Kenntnis zeugendes Vorwort vorangestellt — worin allerdings auch er sich ein wenig um die Tatsache herumzudrücken versucht, daß die jungen Autoren Polens nicht gegen, sondern mit dem und für den Kommunismus leben: Für einen Kommunismus der Freiheit. Dies aber sollten wir als freie Menschen endlich zur Kenntnis nehmen.

Johannes Weidenheim

Dokumente zum Zeitgeschehen

Präsident Kennedys Friedens-Rede

Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut der Rede, die Präsident Kennedy am 10. Juni 1963 bei den Promotionsfeiern der American University in Washington gehalten hat. D. Red.

Es gibt wenige irdische Dinge, die schöner sind als eine Universität, schrieb John Masefield in seiner Würdigung der englischen Universitäten — und seine Worte haben hier in gleicher Weise Gültigkeit. Er bezog sich damit nicht auf die Türme und Spitzen, nicht auf die Grünanlagen des Universitätsgeländes und auf die efeubewachsenen Wände. Er bewunderte die großartige Schönheit der Universität, weil sie, wie er sagte, ein Platz ist, wo diejenigen, die die Unwissenheit hassen, nach Wissen streben können, wo diejenigen, die die Wahrheit sehen, danach streben können, auch andere sehend zu machen.

Ich habe daher diesen Zeitpunkt und diesen Ort gewählt, um ein Thema zu erörtern, über das zu oft Unwissenheit herrscht und bei dem die Wahrheit zu selten gesehen wird — und doch ist es eines der wichtigsten Themen auf Erden: der Weltfrieden.

Welche Art Frieden meine ich? Nach welcher Art Frieden streben wir? Nicht nach einer Pax Americana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird.

Nicht nach dem Frieden des Grabes oder der Sicherheit des Sklaven. Ich spreche hier von dem echten Frieden — jenem Frieden, der das Leben auf Erden lebenswert macht, jenem Frieden, der Menschen und Nationen befähigt, zu wachsen und zu hoffen und ein besseres Leben für ihre Kinder aufzubauen, nicht nur ein Friede für Amerikaner, sondern ein Friede für alle Menschen. Nicht nur Frieden in unserer Generation, sondern Frieden für alle Zeiten.

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben.

Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden.

Es ist heute, wenn der Friede gewahrt werden soll, unerläßlich, jedes Jahr Milliarden von Dollar für Waffen auszuwerfen, die lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, sicherzustellen, daß wir sie niemals einzusetzen brauchen. Aber zweifellos ist die Anlage solcher unnützen Arsenale, die nur der Vernichtung und niemals dem Ausbau dienen können, nicht der einzige, geschweige denn der wirksamste Weg zur Gewährleistung des Friedens.

Ich spreche daher vom Frieden als dem zwangsläufig vernünftigen Ziel vernünftiger Menschen. Ich bin mir bewußt, daß das Streben nach Frieden nicht so dramatisch ist wie das Kriegsstreben — und oft treffen die Worte desjenigen, der nach Frieden strebt, auf taube Ohren. Und doch gibt es keine dringlichere Aufgabe für uns.

Nicht zum Untergang verurteilt

Manche sagen, es sei zwecklos, von Weltfrieden, internationalem Recht oder internationaler Abrüstung zu sprechen, und daß alles nutzlos ist, solange die Führer der Sowjetunion keine aufgeschlossenere Haltung einnehmen. Ich hoffe, sie werden dies tun. Ich glaube, wir können ihnen dabei helfen. Aber ich glaube auch, daß wir unsere eigene Haltung überprüfen müssen, als Einzelperson und als Nation, denn unsere Einstellung ist genauso wichtig wie die ihre.

Und jeder Absolvent dieser Universität, jeder denkende Bürger, der den Krieg verabscheut und mithelfen will, Frieden zu schaffen, sollte damit beginnen, in sich zu gehen und seine eigene Einstellung zu den Möglichkeiten des Friedens, zur Sowjetunion, zum Verlauf des Kalten Krieges, zur Freiheit sowie zum Frieden hier im eigenen Lande zu überprüfen.

Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein Schicksalsproblem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen. Die menschliche Vernunft und der menschliche Geist haben oftmals das scheinbar Unlösbare gelöst. Und wir glauben, daß sie dies erneut tun können.

Ich spreche jetzt nicht von der absoluten, nicht mehr faßbaren Idee des Weltfriedens und des guten Willens, von der einige Phantasten und Fanatiker immer noch träumen. Ich leugne nicht den Wert von Hoffnungen und Träumen, aber wir würden lediglich Entmutigung und Ungläubigkeit Tür und Tor öffnen, wenn wir das zu unserem einzigen und unmittelbaren Ziel machen würden.

Wir sollten uns stattdessen auf einen praktischeren, erreichbaren Frieden konzentrieren, der nicht auf einer plötzlichen Revolution der menschlichen Natur, sondern auf einer

allmählichen Evolution der menschlichen Konstitution basiert — auf einer Reihe von konkreten Maßnahmen und wirksamen Übereinkünften, die im Interesse aller Betroffenen liegen.

Für diesen Frieden gibt es keinen einfachen Schlüssel, keine großartige oder magische Formel, die sich eine oder zwei Mächte aneignen könnten. Der echte Friede muß das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Maßnahmen. Er muß dynamisch, nicht statisch sein, er muß flexibel sein, um den großen Aufgaben einer jeden Generation zu entsprechen. Denn der Friede ist ein Prozeß, er ist ein Weg, Probleme zu lösen.

Falsche Behauptungen

Bei einem solchen Frieden wird es Streitigkeiten und entgegengesetzte Interessen geben, wie dies innerhalb von Familien und Nationen der Fall ist. Der Weltfriede, wie auch der Friede in Stadt und Land, erfordert nicht, daß jeder seinen Nachbarn liebt. Er erfordert lediglich, daß man in gegenseitiger Toleranz miteinander lebt, seine Streitfälle einer gerechten und friedlichen Lösung unterwirft.

Und die Geschichte lehrt uns, daß Feindschaften zwischen Nationen wie zwischen einzelnen nicht ewig dauern. Wie fest unsere Neigungen und Abneigungen auch immer erscheinen mögen, der Gang der Zeit und der Ereignisse wird oft überraschende Verlagerungen in den Beziehungen zwischen Nationen und Nachbarn bringen.

So wollen wir unermüdlich weiterarbeiten. Der Friede braucht nicht unerreichbar zu sein und der Krieg nicht unvermeidlich. Indem wir unser Ziel klarer definieren, indem wir es greifbarer und weniger fern erscheinen lassen, können wir dazu beitragen, daß alle Völker es erkennen, Hoffnung daraus schöpfen und sich unbeirrt darauf zubewegen.

Lassen Sie uns zweitens unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überprüfen. Es ist entmutigend, zu denken, daß die sowjetischen Führer wirklich glauben könnten, was ihre Propagandisten unablässig schreiben. Es ist entmutigend, eine kürzlich erschienene autoritative sowjetische Veröffentlichung über militärische Strategie zu lesen und Seite um Seite völlig grundlose und unglaubliche Behauptungen zu finden — wie die Behauptung, „Amerikanische imperialistische Kreise bereiten sich darauf vor, verschiedene Arten von Kriegen auszulösen, ... daß die sehr reale Gefahr eines Präventivkrieges besteht, der von amerikanischen Imperialisten gegen die Sowjetunion gestartet wird ..., daß die politischen Ziele der amerikanischen Imperialisten in der wirtschaftlichen und politischen Versklavung der europäischen und anderen kapitalistischen Länder ... und in der Erreichung der Weltherrschaft ... durch aggressive Kriege bestehen."

Wachsam bleiben

Sicher ist es so, wie es in der Schrift heißt, daß „der Gottlose flieht und niemand jagt ihn ...". Dennoch ist es traurig, diese sowjetischen Erklärungen zu lesen und die Größe der Kluft, die uns trennt, zu erkennen. Es ist aber auch eine Warnung, eine an das amerikanische Volk gerichtete Warnung, nicht in die gleiche Falle wie die Sowjets hineinzutapsen, sich nicht nur ein verzerrtes und verzweifeltes Bild von der anderen Seite zu machen, den Konflikt nicht als etwas Unvermeidliches und den Ausgleich als unmöglich anzusehen und nicht jede Kommunikation lediglich als Austausch von bloßen Worten und Drohungen zu betrachten.

Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem ist so schlecht, daß man das unter ihm lebende Volk als bar jeder Tugend ansehen könnte. Wir Amerikaner empfinden den Kommunismus als Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde im tiefsten abstoßend. Dennoch aber können wir das russische Volk um vieler seiner Leistungen willen — sei es in der Wissenschaft und Raumfahrt, in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, in der Kultur und in seiner mutigen Haltung — rühmen.

Unter den vielen Zügen, die den Völkern unserer beiden Länder gemeinsam sind, ist keiner ausgeprägter als unsere beiderseitige Abscheu vor dem Krieg. Unter den großen Weltmächten haben wir — und dies ist beinahe einzigartig — niemals gegeneinander im Krieg gestanden, und wohl kein anderes Volk in der Geschichte der Kriege hat mehr gelitten als das russische Volk im Verlauf des Zweiten Weltkrieges.

Wenigstens zwanzig Millionen gaben ihr Leben. Zahllose Millionen von Häusern und Bauernhöfen verbrannten oder wurden zerstört. Ein Drittel des russischen Gebiets, dar-

unter nahezu zwei Drittel seiner Industriegebiete, wurde verwüstet; ein Verlust, der der Verwüstung unseres gesamten Landes östlich von Chicago gleichkäme.

Sollte heute ein totaler Krieg ausbrechen, dann würden unsere beiden Länder die Hauptziele darstellen. Es ist eine Ironie, aber auch eine harte Tatsache, daß die beiden stärksten Mächte zugleich auch die beiden Länder sind, die in der größten Gefahr einer Zerstörung schweben. Alles, was wir aufgebaut haben, alles, wofür wir gearbeitet haben, würde vernichtet werden.

Und selbst im Kalten Kriege, der für so viele Länder — unter ihnen die engsten Verbündeten der USA — Lasten und Gefahren bringt, tragen unsere beiden Länder die schwersten Lasten. Denn wir werfen beide für gigantische Waffen riesige Beträge aus, Beträge, die besser für den Kampf gegen Unwissenheit, Armut und Krankheit aufgewandt werden sollten. Wir sind beide in einem unheilvollen und gefährlichen Kreislauf gefangen, in dem Argwohn auf der einen Seite Argwohn auf der anderen auslöst und neue Waffen zu wieder neuen Abwehrwaffen führen.

Kurz gesagt: Beide, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und die Sowjetunion und ihre Verbündeten, haben ein gemeinsames tiefes Interesse an einem gerechten und wirklichen Frieden und einer Einstellung des Wettrüstens. Abkommen, die zu diesem Ziel führen, sind im Interesse der Sowjets wie auch im unsrigen. Selbst bei den feindlichsten Ländern kann man damit rechnen, daß sie solche vertraglichen Verpflichtungen akzeptieren und einhalten; allerdings nur solche vertraglichen Verpflichtungen, die in ihrem eigenen Interesse sind.

Wir wollen also gegenüber unseren Differenzen nicht die Augen verschließen. Aber wir wollen auch unsere Aufmerksamkeit auf die gemeinsamen Interessen und auf die Mittel richten, durch die diese Differenzen beseitigt werden können. Und wenn wir unsere Differenzen auch jetzt noch nicht aus der Welt schaffen können, so können wir doch zumindest dazu beitragen, daß die Welt trotz Meinungsverschiedenheiten sicher bleibt. Denn letzten Endes bildet die Tatsache, daß wir alle Bewohner dieses Planeten sind, doch das uns im tiefsten gemeinsame Band. Wir alle atmen die gleiche Luft, uns allen liegt die Zukunft unserer Kinder am Herzen, und wir sind alle sterblich.

Lassen Sie uns drittens unsere Einstellung zum Kalten Krieg überprüfen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir nicht in eine Debatte verwickelt sind, bei der es darum geht, Pluspunkte zu sammeln. Wir sind nicht hier, um Lob und Tadel zu verteilen oder mit den Fingern auf andere zu weisen. Wir müssen uns mit der Welt befassen, wie sie ist, und nicht, wie sie hätte sein können, wäre die Geschichte der letzten 18 Jahre anders verlaufen.

Wir müssen daher auf der Suche nach Frieden ausdauernd bleiben, in der Hoffnung, daß konstruktive Veränderungen innerhalb des kommunistischen Blocks Lösungen in Reichweite bringen könnten, die heute noch unerreichbar scheinen. Wir müssen unsere Politik so betreiben, daß es schließlich das eigene Interesse der Kommunisten wird, einem echten Frieden zuzustimmen. Vor allem müssen Atommächte, bei aller Verteidigung unserer eigenen Lebensinteressen, solche Konfrontationen vermeiden, die einem Gegner nur die Wahl zwischen einem demütigenden Rückzug oder einem Atomkrieg lassen. Wenn man im Atomzeitalter den letzteren Kurs einschlagen wollte, dann wäre dies nur der Beweis für den Bankrott unserer Politik — oder den kollektiven Todeswunsch für die Welt.

Um dies zu gewährleisten, sind die Waffen Amerikas nicht herausfordernd, sorgfältig kontrolliert, für die Abschreckung bestimmt und für den selektiven Einsatz geeignet. Unsere Streitkräfte sind für den Frieden bestimmt und in Zurückhaltung geschult. Unsere Diplomaten sind angewiesen, unnötigen Ärger und rein rhetorische Feindseligkeiten zu vermeiden. Denn wir können uns um ein Nachlassen der Spannungen bemühen, ohne deshalb in unserer Wachsamkeit nachzulassen.

Friedlicher Wettstreit

Und wir unsererseits bedürfen nicht der Drohungen, um unsere Entschlossenheit zu zeigen. Wir haben es nicht nötig, ausländische Rundfunksendungen zu stören, aus Furcht, unser Glaube könnte durch sie entwurzelt werden. Wir wollen unser System keinem Volk gegen dessen Willen aufzwingen. Wir sind aber willens und in der Lage, mit jedem anderen System auf der Erde in einen friedlichen Wettstreit einzutreten.

In der Zwischenzeit wollen wir die Vereinten Nationen stärken, ihre finanziellen Probleme lösen helfen, sie zu einem wirksameren Instrument des Friedens machen, sie zu einem echten Sicherheitssystem für die Welt entwickeln — einem System, das in der Lage ist, Meinungsverschiedenheiten auf der Basis des Rechts beizulegen, die Sicherheit der Großen und der Kleinen zu garantieren und Bedingungen zu schaffen, unter denen die Waffen schließlich abgeschafft werden können.

Gleichzeitig bemühen wir uns, den Frieden innerhalb der nichtkommunistischen Welt zu erhalten, wo viele Nationen — alle von ihnen unsere Freunde — über Fragen uneins sind, die die westliche Einheit schwächen, die die kommunistische Intervention begünstigen oder die zum Kriege zu führen drohen.

Wir sind in unseren Bemühungen in Westneuguinea, im Kongo, im Mittleren Osten und auf dem indischen Subkontinent trotz Kritik von beiden Seiten beharrlich und geduldig geblieben. Wir haben gleichzeitig ein Beispiel für andere zu geben versucht, indem wir kleine, aber doch nicht unwichtige Differenzen mit unseren eigenen engsten Nachbarn in Mexiko und in Kanada beizulegen suchten.

Wenn ich von anderen Nationen spreche, dann möchte ich einen Punkt klarstellen. Wir sind durch Allianzen an viele Nationen gebunden. Diese Bündnisse bestehen, weil ihre und unsere Sorgen sich im wesentlichen decken. Unsere Verpflichtung, Westeuropa und Westberlin zu verteidigen, zum Beispiel, steht nach wie vor unverändert, weil unsere lebenswichtigen Interessen die gleichen sind. Die Vereinigten Staaten werden sich mit der Sowjetunion nicht auf Kosten anderer Nationen und anderer Völker arrangieren, nicht nur, weil sie unsere Partner sind, sondern weil ihre Interessen und die unsrigen übereinstimmen.

Direkter Draht

Unsere Interessen stimmen jedoch nicht nur bei der Verteidigung der Grenzen der Freiheit, sondern auch in dem Streben auf den Wegen des Friedens überein. Es ist unsere Hoffnung und das Ziel der alliierten Politik, die Sowjetunion überzeugen zu können, daß auch sie jede Nation ihre eigene Zukunft bestimmen lassen sollte, solange diese Wahl nicht mit der von anderen getroffenen in Konflikt gerät.

Das kommunistische Streben, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen, ist der Hauptgrund für die Spannungen in unserer heutigen Welt. Es kann nämlich kein Zweifel daran bestehen, daß der Friede weitaus gesicherter wäre, wenn alle Nationen davon Abstand nähmen, sich in die Selbstbestimmung anderer einzumischen.

Dies wird neue Anstrengungen zur Schaffung eines Weltrechts, einen neuen Rahmen für weltweite Gespräch erfordern. Es wird eine bessere Verständigung zwischen uns und der Sowjetunion voraussetzen. Und eine bessere Verständigung wird vermehrte Kontakte und Verbindungen erfordern. Ein Schritt in dieser Richtung ist die vorgeschlagene Vereinbarung für einen direkten Draht zwischen Moskau und Washington, durch den auf beiden Seiten die gefährlichsten Verzögerungen, Mißverständnisse und Fehldeutungen der Maßnahmen des anderen vermieden werden sollen, wie sie in einer Zeit der Krise leicht auftreten könnten.

Ein neuer Anfang

Wir haben ferner in Genf über andere erste Maßnahmen der Rüstungskontrolle gesprochen, die die Intensität des Wettrüstens bremsen und die Risiken eines Zufallskrieges verringern sollen. Unser wichtigstes langfristiges Interesse in Genf ist jedoch eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die in Phasen stattfinden und gleichlaufende politische Entwicklungen beim Aufbau der neuen Institutionen des Friedens, die an Stelle der Rüstungen treten, zulassen soll.

Das Streben nach Abrüstung ist seit den zwanziger Jahren ein Anliegen der amerikanischen Regierung gewesen. Die letzten drei Regierungen haben sich intensiv darum bemüht. Und so ungewiß die Aussichten auch heute noch sein mögen, so haben wir doch die Absicht, diese Anstrengungen fortzusetzen, damit alle Länder, einschließlich unseres eigenen, besser begreifen können, welche Probleme und Möglichkeiten tatsächlich in der Abrüstung liegen.

Das eine große Gebiet bei diesen Verhandlungen, wo sich das Ziel abzeichnet, wo je-

doch ein neuer Anfang dringend notwendig erscheint, ist ein Vertrag zur Ächtung der Kernwaffenversuche. Der Abschluß eines solchen Vertrages — so nah und doch noch so fern — würde die endlose Schraube des Wettrüstens auf einem seiner gefährlichsten Gebiete zum Stillstand bringen. Durch ihn würden die Atommächte in die Lage versetzt, wirksamer mit einer der größten Gefahren fertig zu werden, die die Menschheit bedrohen: nämlich der weiteren Ausbreitung der Kernwaffen.

Ein solcher Vertrag würde unsere Sicherheit erhöhen, er würde die Gefahr eines Krieges vermindern. Dieses Ziel ist wichtig genug, daß es von uns ständig verfolgt werden muß, wobei wir weder der Versuchung erliegen dürfen, die ganzen Bemühungen aufzugeben, noch der Versuchung, von unserem Beharren auf den entscheidend wichtigen Sicherheitsgarantien abzugehen.

Einstellung der Atomversuche

Ich benutze daher diese Gelegenheit, um zwei wichtige Entscheidungen in dieser Hinsicht bekanntzugeben.

1. Ministerpräsident Chrustschow, Premierminister Macmillan und ich sind übereingekommen, daß in Kürze Erörterungen auf hoher Ebene in Moskau beginnen werden mit dem Ziel eines baldigen Abkommens über einen umfassenden Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Die Erfahrungen der Geschichte lehren uns, daß wir unsere Hoffnungen im Zaume halten müssen, aber unsere Hoffnungen werden von den Hoffnungen der gesamten Menschheit begleitet.

2. Um unseren guten Willen und unsere feierliche Überzeugung in dieser Angelegenheit zu demonstrieren, erkläre ich hiermit, daß die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Kernwaffenversuche in der Atmosphäre durchzuführen, solange andere Staaten dies nicht tun. Wir werden nicht die ersten sein, die diese Versuche wiederaufnehmen. Eine solche Deklaration ist kein Ersatz für die Abrüstung, aber ich hoffe, sie wird uns helfen, die Abrüstung zu erreichen.

Lassen Sie uns, meine amerikanischen Mitbürger, schließlich unsere Haltung gegenüber dem Frieden und der Freiheit hier im eigenen Lande überprüfen. Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen und sie unterstützen. Wir müssen sie im Einsatz unseres eigenen Lebens zeigen, wozu viele von Ihnen, die heute ihr Studium abschließen, eine einzigartige Gelegenheit haben werden, indem sie ohne Bezahlung im Friedenskorps im Ausland oder in dem geplanten Dienstkorps hier im eigenen Land dienen.

Aber wo immer wir sind, müssen wir alle in unserem täglichen Leben dem jahrhundertealten Glauben gerecht werden, daß Frieden und Freiheit Hand in Hand gehen. In zu vielen unserer Städte ist der Friede heutzutage nicht gesichert, weil die Freiheit unvollkommen ist.

Die Exekutive hat auf allen Regierungsebenen — kommunalen, einzelstaatlichen und nationalen — die Verantwortung, mit allen Mitteln im Rahmen ihrer Autorität für die Freiheit aller Bürger zu sorgen und sie zu schützen. Die Legislative hat die Verantwortung, daß diese Autorität, wo sie heute noch unzureichend ist, zureichend gestaltet wird. Und alle Bürger in allen Bereichen haben die Verantwortung, die Rechte aller anderen und das Gesetz des Landes zu respektieren.

All dies steht im Zusammenhang mit dem Weltfrieden. „Wenn jemandes Wege dem Herrn wohlgefallen", so heißt es in der Heiligen Schrift, „so macht er auch seine Feinde mit ihm zufrieden".

Und ist der Friede nicht letztlich doch im Grunde eine Sache der Menschenrechte — des Rechts, unser Leben ohne Furcht vor Vernichtung ganz zu leben —, des Rechts, die Luft zu atmen, so wie sie die Natur uns schenkt, des Rechts künftiger Generationen auf ein gesundes Dasein?

Ohne Furcht

So wie wir uns um den Schutz unserer nationalen Interessen bemühen, so wollen wir auch die menschlichen Interessen schützen. Und die Beseitigung des Krieges und der Waffen liegt eindeutig im Interesse des einen wie des anderen. Kein Vertrag, so sehr er auch zum Vorteil aller sein mag, so genau er auch formuliert sein mag, kann eine ab-

solute Sicherheit gegen die Gefahren der Täuschung und der Umgehung bieten. Aber er kann — wenn er in seiner Durchführung nur wirksam genug ist und er nur weitgehend genug im Interesse seiner Unterzeichner liegt — weitaus mehr Sicherheit bieten und weniger Risiken bergen als ein unvermindertes, unkontrolliertes und unberechenbares Wettrüsten.

Wie die Welt weiß, werden die Vereinigten Staaten niemals einen Krieg beginnen. Wir wollen keinen Krieg. Wir rechnen jetzt nicht mit einem Krieg. Die gegenwärtige Generation von Amerikanern hat bereits genug, mehr als genug, von Krieg, Haß und Unterdrückung erlebt. Wir werden auf den Krieg vorbereitet sein, wenn andere ihn wünschen. Wir werden wachsam sein, um zu versuchen, ihm Einhalt zu gebieten.

Aber wir werden ebenfalls unser Teil dazu beitragen, um eine Welt des Friedens aufzubauen, in der die Schwachen sicher und die Starken gerecht sind. Wir stehen nicht hilflos vor dieser Aufgabe und sind nicht hoffnungslos im Hinblick auf ihren Erfolg. Voller Vertrauen und ohne Furcht werden wir weiterarbeiten, nicht in Richtung auf eine Strategie der Vernichtung, sondern in Richtung auf eine Strategie des Friedens.

(Nach Amerika-Dienst.)

Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit

Die folgende Charta wurde von den 31 in Addis Abeba (Äthiopien) versammelten Staats- und Regierungschefs (vgl. den Bericht in diesem Heft) am 25. Mai 1963 unterzeichnet. (Verzichtet wurde auf den Abdruck der Präambel.)

Gründung

Artikel I — Die Hohen vertragschließenden Parteien errichten mit der vorliegenden Charta eine Organisation, die sich „Organisation der Afrikanischen Einheit" nennen wird. Diese Organisation soll die Staaten des Kontinents, Madagaskars und der benachbarten Inseln umfassen.

Ziele

Artikel II — 1. Die Organisation soll nachstehende Ziele verfolgen:

a) Förderung der Einheit und Solidarität der afrikanischen Staaten; b) Zusammenfassung und Intensivierung ihrer gemeinsamen Bemühungen, ein besseres Leben für die Völker Afrikas zu erreichen; c) Verteidigung ihrer Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit; d) Beseitigung aller Formen des Kolonialismus und e) Förderung der internationalen Zusammenarbeit unter gebührender Beachtung der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

2. Zu diesem Zweck werden die Mitgliedstaaten die Richtlinien ihrer allgemeinen Politik koordinieren, in Übereinstimmung bringen und insbesondere in den folgenden Bereichen zusammenarbeiten:

a) In Politik und Diplomatie; b) auf dem Gebiet der Wirtschaft, einschließlich des Verkehrs und Fernmeldedienstes; c) in Erziehung und Wissenschaft; d) im Gesundheitswesen und auf dem Gebiet der Ernährung; e) in Wissenschaft und Technik und f) in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

Grundsätze

Artikel III — Die Mitgliedstaaten bestätigen und verkünden feierlich, daß sie sich in ihrem Streben nach Erreichung der in Artikel II niedergelegten Ziele an die folgenden Grundsätze halten werden:

1. Souveränität und Gleichheit aller afrikanischen Staaten;
2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates;
3. Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität und vor dem unabdingbaren Recht auf unabhängige Existenz jedes Staates;
4. Friedliche Beilegung von Streitigkeiten durch Verhandlungen, Vermittlung, Schlichtung oder Schiedsspruch;
5. Vorbehaltlose Verurteilung des politischen Mordes jeder Art und der subversiven Tätigkeit von seiten benachbarter Staaten oder irgendeines anderen Staates;

6. Uneingeschränkte Befürwortung der völligen Emanzipation der noch abhängigen afrikanischen Gebiete;

7. Fortsetzung einer Politik der Nichtteilnahme an bestehenden Blöcken.

Mitgliedschaft

Artikel IV — Jedem unabhängigen und souveränen afrikanischen Staat steht das Recht zu, Mitglied der Organisation zu werden.

Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten

Artikel V — Für alle Mitgliedstaaten gelten gleiche Rechte und Pflichten.

Artikel VI — Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur genauen Einhaltung der in Artikel III der vorliegenden Charta genannten Grundsätze.

Institutionen der Organisation

Artikel VII — Die Organisation wird ihre Bestrebungen in erster Linie durch die folgenden Einrichtungen verwirklichen:

1. Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs;
2. Den Ministerrat;
3. Das Generalsekretariat;
4. Die Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission.

Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs

Artikel VIII — Die Versammlung der Staats- und Regierungschefs bildet das oberste Organ der Organisation. Sie wird unter Berücksichtigung der Vorschriften dieser Charta Angelegenheiten von allafrikanischem Interesse erörtern mit dem Ziel, die allgemeine Politik der Organisation festzulegen. Die Versammlung kann außerdem den Aufbau, die Funktionen und die Tätigkeit der Organisation und ihrer Einrichtungen im Einklang mit der vorliegenden Charta überprüfen.

Artikel IX — Die Versammlung soll sich aus den Staats- und Regierungschefs oder ihren ordnungsgemäß beauftragten Vertretern zusammensetzen und einmal im Jahr zusammentreten. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates, dem die Mehrheit der Mitgliedstaaten zugestimmt hat, kann die Versammlung außerordentliche Sitzungen abhalten.

Artikel X — 1. Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme.

2. Alle Beschlüsse bedürfen der Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit.

3. Verfahrensfragen unterliegen der einfachen Mehrheit. Ob eine Verfahrensfrage vorliegt, wird mit einfacher Mehrheit der Mitgliedstaaten durch Abstimmung entschieden.

4. Zwei Drittel aller Mitglieder der Organisation bilden eine beschlußfähige Mehrheit bei jedem Zusammentreten der Versammlung.

Artikel XI — Die Versammlung hat das Recht, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben.

Der Ministerrat

Artikel XII — Der Ministerrat soll aus den Außenministern oder anderen, von den Regierungen beauftragten Ministern der Mitgliedstaaten bestehen. Der Ministerrat tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Auf Antrag eines Mitgliedes und bei Zustimmung von zwei Dritteln aller Mitgliedstaaten kann er außerordentliche Sitzungen abhalten.

Artikel XIII — Der Ministerrat ist der Versammlung der Staats- und Regierungschefs verantwortlich. Ihm obliegt die Verantwortung für die Vorbereitungskonferenzen der Versammlung. Er ist für alle Fragen zuständig, die ihm von der Versammlung überwiesen werden und mit der Ausführung der von den Staats- und Regierungschefs gefaßten Beschlüsse beauftragt. Der Rat soll die inter-afrikanische Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit Artikel II, Abs. 2, der vorliegenden Charta koordinieren.

Artikel XIV — 1. Jeder Mitgliedstaat verfügt über eine Stimme.

2. Alle Beschlüsse bedürfen der Zustimmung einer einfachen Mehrheit der Mitglieder des Ministerrates.

3. Zwei Drittel aller Ratsmitglieder bilden eine beschlußfähige Mehrheit bei jeder Zusammenkunft des Rates.

Artikel XV — Der Rat hat das Recht, sich eine eigene Geschäftsordnung zu geben.

Das Generassekretariat

Artikel XVI — Die Organisation verfügt über einen Administrativ-Generalsekretär, der durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs ernannt wird. Der Administrativ-Generalsekretär leitet die Tätigkeit des Sekretariates.

Artikel XVII — Der Generalsekretär der Organisation wird einen oder mehrere Stellvertreter haben, die durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs ernannt werden.

Artikel XVIII — Kompetenzen und Arbeitsbedingungen des Generalsekretärs, seiner Stellvertreter und anderer Beamter des Sekretariats regeln sich nach den Bestimmungen dieser Charta und nach den Vorschriften, die durch die Versammlung der Staats- und Regierungschefs erlassen werden.

Die Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission

Artikel XIX — Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, alle Meinungsverschiedenheiten untereinander auf friedlichem Wege beizulegen und errichten zu diesem Zweck eine Vermittlungs-, Schlichtungs- und Schiedskommission, deren Zusammensetzung und Arbeitsaufgaben durch ein besonderes, von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs zu erlassendes Protokoll festgelegt werden. Dieses Protokoll soll als integraler Bestandteil der vorliegenden Charta angesehen werden.

Die Sonderkommissionen

Artikel XX — Die Versammlung soll, wo es ihr notwendig erscheint, Sonderkommissionen einsetzen, darunter Kommissionen für:

1. Wirtschaft und Sozialwesen,
2. Erziehung und Kultur,
3. Gesundheitswesen, Hygiene und Ernährung,
4. Verteidigung,
5. Wissenschaft, Technik und Forschung.

Artikel XXI — Jede der in Artikel XX genannten Sonderkommissionen soll sich aus den Ressortministern, anderen Ministern oder Sonderbevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammensetzen.

Artikel XXII — Die Aufgaben der Sonderkommissionen regeln sich in Übereinstimmung mit der vorliegenden Charta und aus den Vorschriften, die der Ministerrat erlassen wird.

Das Budget der Organisation

Artikel XXIII — Das Budget der Organisation unterbreitet der Generalsekretär. Es wird durch den Ministerrat beschlossen und aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten unter Zugrundelegung des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen bestritten. Kein Mitglied kann jedoch verpflichtet werden, mehr als 20% des ordentlichen Jahreshaushalts aufzubringen. Alle Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihren jeweiligen Anteil regelmäßig zu entrichten.

Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta

Artikel XXIV — 1. Diese Charta steht allen unabhängigen und souveränen Staaten Afrikas und Madagaskars zur Unterzeichnung offen und unterliegt der Ratifikation durch die Signatarstaaten entsprechend ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Prozedur.

2. Die Originalurkunden der Charta sollen, wenn möglich, in afrikanischen Sprachen, sowie in Englisch und Französisch abgefaßt sein, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind, und bei der Regierung von Äthiopien hinterlegt werden, die allen unabhängigen und souveränen Staaten Afrikas hiervon beglaubigte Abschriften übermitteln wird.

3. Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden erfolgt bei der Regierung von Äthiopien, die alle Unterzeichnerstaaten über jede Hinterlegung unterrichten wird.

Inkrafttreten der Charta

Artikel XXV — Diese Charta tritt unverzüglich nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden von zwei Dritteln der Signatarstaaten bei der Regierung von Äthiopien in Kraft.

Registrierung der Charta

Artikel XXVI — Die Regierung von Äthiopien wird diese Charta nach ordnungsgemäß erfolgter Ratifizierung beim Sekretariat der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit Artikel 102 der UN-Charta registrieren lassen.

Interpretation der Charta

Artikel XXVII — Jede Frage, die in bezug auf die Interpretation dieser Charta entstehen könnte, soll durch ein Votum von zwei Dritteln der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten entschieden werden.

Zulassung und Beitritt zur Charta

Artikel XXVIII — 1. Jedem unabhängigen souveränen afrikanischen Staat steht es frei, zu jeder Zeit den Generalsekretär von seiner Absicht, dieser Charta beizutreten, zu unterrichten.

2. Der Generalsekretär wird nach Erhalt eines solchen Gesuches eine Kopie davon allen Mitgliedern übermitteln. Über die Zulassung entscheidet eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten. Jeder Mitgliedstaat übermittelt seine Entscheidung dem Generalsekretär, der nach Erhalt der notwendigen Anzahl von Stimmen dem betreffenden Staat von dem gefaßten Beschluß Kenntnis gibt.

Verschiedenes

Artikel XXIX — Die Arbeitssprachen der Organisation sollen, wenn möglich, afrikanische Sprachen, sowie Englisch und Französisch sein.

Artikel XXX — Der Administrativ-Generalsekretär hat die Vollmacht, im Namen der Organisation Geschenke, Stiftungen und andere Spenden für die Organisation anzunehmen, wenn der Ministerrat dies bewilligt.

Artikel XXXI — Der Ministerrat entscheidet über die Privilegien und Immunitätsrechte, die dem Personal des Sekretariats auf dem Territorium der einzelnen Mitgliedstaaten gewährt werden sollen.

Beendigung der Mitgliedschaft

Artikel XXXII — Jeder Staat, der auf seine Mitgliedschaft zu verzichten wünscht, hat dem Generalsekretär eine schriftliche Mitteilung zu übermitteln. Nach Ablauf eines Jahres, gerechnet vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an, wird die Charta für den ausscheidenden Staat ihre Gültigkeit verlieren und die Mitgliedschaft erlöschen.

Abänderung der Charta

Artikel XXXIII — Diese Charta kann auf schriftlich gestellten Antrag eines Mitgliedes an den Generalsekretär geändert oder revidiert werden. Die vorgeschlagene Änderung kann der Versammlung erst nach ordnungsgemäßer Unterrichtung und nicht vor Ablauf eines Jahres zur Beratung vorgelegt werden. Jede Abänderung bedarf vor Inkrafttreten der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliedstaaten.

IM VERTRAUEN DARAUF haben wir, die Staats- und Regierungschefs der Staaten Afrikas, diese Charta unterschrieben.

(Aus dem Englischen)

Das neue Schlesien und die deutsch-polnischen Beziehungen

Die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die „Breslau"-Sendung des NDR (vgl. Heft 5/63) und die deutsch-polnischen Beziehungen ist bis heute weit mehr ein Streit bloßer Meinungen, als eine sachliche Diskussion auf dem Boden der Tatsachen. Und es hat den Anschein, als seien gerade gewissen Funktionären der Vertriebenen-Verbände diese Tatsachen selbst höchst unbequem, versuchen jene Funktionäre doch eine wirklichkeitsgerechte Erörterung des Problems Oder-Neiße-Grenze auf immer aggressivere Weise zu verhindern. Um so bemerkenswerter erscheint uns der umfangreiche Bericht über eine Reise in das heute polnische Schlesien, der am 8. und 13. Juni in der Neuen Zürcher Zeitung unter dem Titel „Polnische Einwanderung in Schlesien" erschienen ist.

Der Verfasser dieses so inhaltsreichen wie abgewogenen Berichtes, der durch das nationalsozialistische Regime zur Emigration gezwungene bedeutende Soziologe und politische Publizist Prof. Dr. Walter Z. Laqueur, stammt selbst aus Breslau und ist, auch als Herausgeber der in London erscheinenden Zeitschrift „Survey. A journal of Soviet and East-European Studies", in einem besonderen Maße zu einem Urteil legitimiert. Sein Aufsatz beruht auf den Eindrücken einer Reise nach Schlesien im Mai 1963. Frei von einem einseitigen pro-polnischen Vorurteil legt er doch den Deutschen entschieden Realismus und absolute Illusionslosigkeit hinsichtlich der polnischen Zukunft Schlesiens nahe. Wir drukken nachstehend einige besonders aufschlußreiche Partien aus diesem Aufsatz ab, die nach unserer Auffassung die längst fällige innerdeutsche Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen wesentlich fördern können. D. Red.

Augenschein in Breslau

Der Reisende, den der Expreßzug über Krotoschin und Oels in die Stadt bringt, in der er geboren wurde, kann sich böser Vorahnungen nicht erwehren. In den Berichten, die er gelesen hatte, war ihm Schlesien als verkommen und schmutzig geschildert worden, er hatte von Zuständen gehört, die an den Wilden Westen des vorigen Jahrhunderts erinnerten; das Hotel „Monopol" in Breslau, damals wie heute — trotz dem etwas anstößigen Namen — der Treffpunkt der Fremden, war ihm als eine Art neues Wirtshaus im Spessart beschrieben worden. Die Eindrücke bei der Einfahrt in die Stadt — die trostlosen Hinterhöfe, die vielen zerstörten Häuser, die düstere Bahnhofshalle, der unverschämteste Chauffeur in den schmutzigsten Taxi, die ihm in vier Kontinenten begegnet sind — tragen dazu bei, ihn in seinen Befürchtungen zu bestärken.

Eine nähere Bekanntschaft mit dem neuen Schlesien überzeugt ihn jedoch bald, daß Berichte über die Lage in diesem Land, die vor zehn oder selbst fünf Jahren zutreffen mochten, heute korrigiert werden müssen. Mit Formeln wie „deutsche Kulturarbeit" gegen „polnische Wirtschaft" kann man die Wirklichkeit von heute nicht gerecht beurteilen. Seit dem Oktober 1956 sind große Anstrengungen unternommen worden, um das Schicksal der neuen Einwohner Schlesiens erträglich zu gestalten, und diese Bemühungen haben in den letzten Jahren allmählich Früchte getragen. In Breslau, dem heutigen Wroclaw, sind neue Wohnviertel entstanden, verlassene Häuser und unbestellte Äcker sieht der Reisende nirgendwo in Schlesien und die Kurorte im Riesengebirge sind schon zu Beginn der Saison gut besucht.

Ungleichmäßige Entwicklung

Freilich geht es nicht an zu verallgemeinern. Schlesien hat sich in den letzten Jahren ungleichmäßig entwickelt; die Spuren der Zerstörungen der letzten Kriegsmonate sind in manchen Städten noch unverkennbar, so etwa in Breslau, in Liegnitz (Legnica), im oberschlesischen Neiße (Nysa) oder in der Kleinstadt Lauban (Luban). Die Zahl der Einwohner dieser und mancher anderer Städte hat heute erst wieder etwa zwei Drittel oder drei Viertel des Standes von 1938 erreicht, und die industrielle und kulturelle Entwicklung ist dementsprechend zurück. Zahlreiche andere Städte hingegen haben den Stand von 1938 weit hinter sich gelassen; das trifft zum Beispiel zu für Beuthen (Bytom) im oberschlesischen Industriegebiet oder Waldenburg (Walbrzych) und Freiburg (Swiebodzice) im Waldenburger Bergland. Dabei spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, daß diese beiden wichtigen Industriegebiete unzerstört in die Hände der Polen fielen.

Aber auch jene Bezirke Schlesiens — flächenmäßig der größte Teil des Landes —, die von den deutschen Truppen kampflos geräumt wurden, haben sich ungleichmäßig entwickelt. Der „Ring" von Schweidnitz (Swidnica) ist sorgfältig renoviert worden und macht einen vorzüglichen Eindruck, jener von Reichenbach (Dzierzoniow) wirkt vernachlässigt, und jener von Hirschberg (Jelenia Gora) liegt auch heute noch halb in Trümmern. In Bad Schreiberhau (Szklarska Poreba) im Riesengebirge, wo jährlich mehr als hunderttausend Polen ihren Urlaub verbringen, hat man sich um die Entwicklung des Ortes bedeutend weniger Mühe gegeben als in dem nicht weit gelegenen Bad Flinsberg (Swieradów Zdrój), das Vergleiche mit westeuropäischen Luftkurorten nicht zu scheuen braucht. Die Textilindustrie um Reichenbach, Langenbielau (Bielawa) und Peterswaldau

— wo bekanntlich Hauptmanns „Weber" spielen — hat anscheinend noch nicht den Vorkriegsstand erreicht, wahrscheinlich, weil es an Fachleuten fehlte und weil die Textilindustrie in anderen Teilen Polens für die Bedürfnisse des Landes genügte. Die Dörfer in der Nähe von Breslau hinterlassen einen bedeutend weniger guten Eindruck als jene südlich des Zobten; manche Kleinstädte stagnieren und wirken unsauber, in anderen erkennt man bedeutende Fortschritte.

Der Verfasser kommt nach einer eingehenden Darstellung der Verhältnisse im heutigen Schlesien auf die energischen Polonisierungsbestrebungen der Polen und auf die Auseinandersetzung zwischen polnischen und westdeutschen Historikern über die deutsche oder polnische Geschichte Schlesiens zu sprechen. Er bezeichnet solche rein historischen Diskussionen als relativ bedeutungslos, weist dann aber auch auf die ebenfalls „historische" Tatsache hin, „daß gerade in den ostdeutschen Bezirken Pommern, Ostpreußen, Grenzmark, Niederschlesien eine Majorität deutscher Wähler in den letzten freien Wahlen ihre Stimme Hitler gegeben hat und damit für alle die Dinge, die später im Namen des deutschen Volkes geschahen, mindestens einen Teil der Verantwortung trägt."

Der Bericht schließt mit den folgenden Passagen:

In Deutschland hat man seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als es auf der demokratischen Linken eine Welle der Polenbegeisterung gab, nicht mehr viel Interesse und Verständnis für dieses Land gezeigt. Nach 1918 gab es wohl starke Strömungen in Deutschland, selbst auf der Rechten, die sich für eine pro-russische Orientierung einsetzten; eine Verständigung mit Polen befürwortete keiner. Auch heute wieder fühlt man sich häufig unangenehm berührt von deutlichen Spuren des „alten Geistes" in den antipolnischen Polemiken gewisser Kreise in der Bundesrepublik — abgesehen davon, daß sich manche Ideologen dieser Richtung und bestimmte Vertreter der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände durch ihre Vergangenheit disqualifiziert haben, sich öffentlich zu exponieren.

Wie ungeschickt aber auch diese Argumentation dieser Kreise, wie provokatorisch oft die Wahl ihrer Sprecher ist, so darf man doch nicht vergessen, daß es neben ihnen Millionen von Männern und Frauen gibt, die ohne jedes persönliche Verschulden vertrieben wurden, die Besitz und Heimat verloren. Für sie bedeuten die Ereignisse des Jahres 1945 eine große persönliche Tragödie. Ob sich diese Menschen mit dem Verlust der Heimat abfinden, weiß man nicht; es ist zu hoffen, daß sie es getan haben oder tun werden, denn Illusionen in der Politik sind schädlich. Es ist aber andererseits unrealistisch, wenn die Polen erwarten, daß ein solcher Verzicht freudigen Herzens und in feierlicher Weise vorgenommen wird.

Vergleich mit der Vergangenheit

Wer heute durch Schlesien reist, kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß die Polemiken um die früheren deutschen Ostgebiete gegenstandslos geworden sind und bald nur noch für einen sehr kleinen Kreis von Menschen von Interesse sein werden. Für die Tausende von Arbeitern, die heute in der Breslauer Waggonfabrik arbeiten — früher Linke-Hoffmann —, und für die Bergleute in den Waldenburger Kohlenschächten, für die vielen Gruppen von Besuchern, die sich täglich vor den Sehenswürdigkeiten Schlesiens drängen, vom Breslauer Rathaus bis zur Kirche Wang in Brückenberg (Bierutowice), für sie alle ist Schlesien die neue Heimat geworden. In ein paar Jahren wird es bereits mehr Polen geben, die in Schlesien geboren sind und nie eine andere Heimat gekannt haben, als vertriebene Schlesier in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone.

In Schlesien ist eine neue Wirklichkeit entstanden. In vielem ist sie unbefriedigend und in vielem fallen die Vergleiche mit dem, was Schlesien einmal war, zu ihren Ungunsten aus. Schlesien und die anliegenden deutschsprachigen Gebiete waren einmal ein Landstrich, in dem nicht nur Kohle und Zuckerrüben produziert wurden. Diese Region hat einen nicht unwichtigen kulturellen Beitrag zur europäischen Zivilisation geleistet; es wäre reizvoll, einmal festzustellen, wieviel von dem, was heute an den Universitäten Westeuropas und Amerikas gelehrt wird, auf Wissenschaftler und Künstler zurückgeht, die aus diesem Raum stammen. Eine solche Untersuchung würde wahrscheinlich ergeben, daß manche Kleinstädte an der Grenze von Posen und Schlesien einen unverhältnismäßig

großen Beitrag geleistet haben und daß es nicht nur einzelne Menschen waren, sondern eine ganze Schicht, eine intellektuelle Tradition und eine kulturelle Ambiance. Dieses Schlesien ist für immer verschwunden. Es wurde zerstört wie die deutsche-jüdische Symbiose, der dieses kulturelle Zentrum so viel verdankte.

Was neu entstanden ist, ist etwas gänzlich anderes: Ein Land, in dem Millionen von neuen Siedlern Arbeit und eine neue Heimat gefunden haben, in dem die Fabriken wieder arbeiten und die Äcker bestellt werden. Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten die polnischen Behörden zu kämpfen hatten, Schwierigkeiten, die teilweise durch das kommunistische System, teilweise durch eine Auswahl von unqualifizierten Zuwanderern bedingt waren, wenn man diese und viele andere Hindernisse in Betracht zieht, wird man sich davor hüten, die Leistung der Polen zu schmälern. Wenn man die Verhältnisse in Schlesien mit denen in anderen osteuropäischen Provinzen — nicht mit den Hauptstädten — vergleicht, dann schneidet Dolny Slask gar nicht schlecht ab. Die Häuser am Ring von Breslau sind genau so wiederhergestellt worden, wie sie einmal waren, es gibt eine Oper und sechs Theater, zwei Tageszeitungen, literarische und historische Monatsschriften. Doch es ist leichter, Häuser wiederaufzubauen und Theater zu spielen, als eine neue Zivilisation zu schaffen. Ein eigenes Gesicht hat Schlesien heute noch nicht, eine eigene Kultur ebensowenig wie Detroit im Jahre 1905. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen günstig sind, werden die Enkel der Menschen, die jetzt in den Abendstunden am Stadtgraben spazieren gehen, eine neue Chance haben, einen eigenen Stil und einen eigenen kulturellen Inhalt zu schaffen. Vielleicht wird dann eines Tages ein junger polnischer Adept Thomas Manns einen Vortrag halten über „Wroclaw als geistige Lebensform". Im Mai 1963 gehört viel Phantasie und guter Wille dazu, sich das überhaupt vorzustellen.

„Demokratie" im Schatten der Paulskirche

Während sich Präsident Kennedy im Frankfurter Römer ausruhte, wurde auf dem Römerberg inmitten der tausendköpfigen dichtgedrängten Menge plötzlich ein Transparent hochgehalten, auf dem stand: „Ban the Bomb — Hiroshima and Franz Josef Strauß — We are warning."

Polizeibeamte arbeiteten sich durch die Menge zu den beiden jugendlichen Plakatträgern durch. Als diese sich weigerten, das Transparent herunterzunehmen, nahmen die Beamten es ihnen ab und zerrissen es. Die beiden Burschen führten sie ab.

Spätausgabe v. 26. 6. 63

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände zur Dienstverpflichtung von Frauen im Verband der Streitkräfte:

In der vom Bundesverteidigungsminister von Hassel geäußerten Absicht, im Rahmen eines Zivildienstgesetzes eine Dienstpflicht für Frauen im Verband der Streitkräfte einzuführen, sieht die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände ein weiteres und besonders ernstes Zeichen der totalen Ausrichtung des deutschen Volkes auf den Kriegsfall. Eine solche Maßnahme würde eine Änderung des Grundgesetzes verlangen, das in Artikel 12 eine Verpflichtung von Frauen im Verband der Streitkräfte verbietet. Damit wäre ein weiterer Schritt getan zu dem Abbau der demokratischen Grundrechte und in eine totale Militarisierung, die mit dazu beiträgt, die Kriegsgefahr zu erhöhen. Die ADF bitte die Abgeordneten des Bundestages, sich dieser Dienstverpflichtung von Frauen zu widersetzen.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände

gez. Oberkirchenrat Kloppenburg
für den Internationalen Versöhnungsbund

gez. Dr. Walther Lidl
für die Internationale der Kriegsdienstgegner

gez. Dr. Gerhard Schmidt
für die Deutsche Friedensgesellschaft

gez. Frau Christel Küpper
für die Weltorganisation der Mütter aller Nationen

gez. Herbert Stubenrauch
für den Verband der Kriegsdienstverweigerer
Mit der Federführung beauftragt:
gez. Christel Küpper

München den 5. 6. 1963

Embargo für Ärzte?

Unter dem Titel „Embargo für Ärzte" ist in Nr. 19/63 der „Ärztlichen Mitteilungen / Deutsches Ärzteblatt" der folgende Kommentar erschienen:

Unter Berufung auf eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes hat das Bundesgesundheitsministerium die Bundesärztekammer gebeten, bei Anfragen von Ärzten, ob gegen die offizielle oder private Teilnahme an wissenschaftlichen Kongressen in der Sowjetzone Deutschlands Bedenken bestünden, in „geeigneter Form" darauf hinzuweisen, daß aus „politischen Gründen von einer Teilnahme abzuraten" sei.

Als Begründung des Auswärtigen Amtes wird vom Bundesgesundheitsministerium angegeben, daß die NATO-Partner Deutschlands seit längerer Zeit eine offizielle Teilnahme von Wissenschaftlern ihrer Länder an Kongressen in der Sowjetzone oder in Ostberlin verboten haben und auch von einer privaten Teilnahme abraten.

Soweit es sich um die offizielle Teilnahme an solchen Kongressen handelt, gehen wir absolut einig mit unseren NATO-Verbündeten. Anders sehen die Dinge jedoch aus, wenn es sich um die private Anwesenheit von westdeutschen Ärzten in der Zone handelt, gleichgültig ob es sich um einen wünschenswerten wissenschaftlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch handelt oder um das persönliche Gespräch mit Kollegen. Unvorstellbar, daß die Regierung eines anderen freien Landes ihren Wissenschaftlern von solchen Kontakten „abrät".

Die Bundesärztekammer hat darum auch dem Bundesgesundheitsministerium mitgeteilt, daß diese Empfehlung insoweit nicht ihrer bisherigen Handhabung entspricht; sie beabsichtige auch nicht, ihre Auffassung zu ändern.

Das Bundesgesundheitsministerium betont in seinem Schreiben, daß es bisher bei Anfragen einzelner Wissenschaftler seine Zustimmung gegeben habe und es im übrigen keine Möglichkeit sehe, den privaten Besuch bei Kongressen in der Sowjetzone zu verhindern. Den zuständigen Herren im Gesundheitsministerium kann bei ihrer Aufforderung an die Bundesärztekammer doch selbst nicht recht wohl gewesen sein. Soll nun etwa die Bundesärztekammer als Büttel bestellt werden?

Die Wissenschaft kennt keine Grenzen! Um nur ein Beispiel zu nennen: Dem Ostberliner Krebsforschungs-Institut (Robert-Rössle-Klinik), das internationalen Ruf genießt, läßt sich bisher in der Bundesrepublik nichts Gleichwertiges gegenüberstellen. Bis Heidelberg soweit ist, wird noch sehr viel Wasser den Neckar herunterfließen. Im übrigen sollte man nicht übersehen, daß ein Gedankenaustausch mit den Kollegen in Ostdeutschland auch für den Arzt in Westdeutschland — und unter Umständen auch für seinen Patienten — überaus gewinnbringend sein kann. Wenn man beginnt, die medizinische Wissenschaft nach politischen Gesichtspunkten zu teilen, wird der Leidtragende letztlich der kranke Mensch sein — der kranke Mensch in Ost und West.

Gegen Reisen zu Kongressen in Warschau, Prag, Budapest oder Moskau hat bisher allerdings noch niemand etwas einzuwenden gehabt. Das Gespräch mit unseren Landsleuten hinter dem Eisernen Vorhang dagegen will man abwürgen? Ist der Bundesregierung vielleicht der Bericht des Bonner Korrespondenten der „Times" entgangen, der als entscheidenden Eindruck den sehnlichen Wunsch der Deutschen unter Ulbrichts Regime nach Herstellung möglichst vieler menschlicher Kontakte zu den Deutschen im Westen schildert?

Der Arzt ist als Praktiker und Wissenschaftler der Menschlichkeit, dem Kontakt von Mensch zu Mensch, der Hilfe für den Menschen verpflichtet wie kaum ein anderer. Selbst die Sportler dürften da erst an zweiter Stelle rangieren, denen ihre durchaus offiziellen Kontakte mit der Sowjetzone man nicht zu verbieten wagt. Also ein „Embargo" für Ärzte?

Bemerkungen:

Prof. Dr. rer. pol. Emil J. G u m b e l lehrt seit 1953 mathematische Statistik an der Columbia University, New York. 1891 in München geboren, 1923 Privatdozent, 1930 ao. Prof. an der Universität Heidelberg, ist er in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt geworden durch seine Untersuchungen über die antidemokratisch-militaristischen Tendenzen in der Weimarer Republik. Er veröffentlichte zahlreiche Aufklärungsschriften über die meist ungesühnten Fememorde, über die geheime Aufrüstung (Schwarze Reichswehr), über die Landesverratsprozesse gegen Kritiker dieser Tendenzen etc. 1933 mußte Prof. Gumbel Deutschland verlassen. Er war zunächst Gastprofessor am Institute Henri Poincare, Paris, und lehrte seit 1940 an der New School for Social Research, New York. — Hingewiesen sei auf das 1962 erschienene Buch Prof. Gumbels „Vom Fememord zur Reichskanzlei", Lambert Schneider Verlag, Heidelberg (vgl. die Besprechung in Heft 11/62, Seite 862).

Prof. Dr. L. A. P u n t i l a, 1907 in Mittelfinnland geboren, ist seit 1952 Ordinarius für politische Geschichte an der Universität Helsinki. Er ist außerdem Vorsitzender des „Finnischen Kulturfond", zu dessen Gründung er maßgeblich beigetragen hat und dessen Hauptgeschäftsführer er von 1937 bis 1954 war. Dieser Kulturfond dient der Förderung von Kunst und Wissenschaft in Finnland. Neben seiner Tätigkeit an der Universität und im „Finnischen Kulturfond" nimmt Prof. Puntila leitende Stellungen in verschiedenen kulturellen Gesellschaften und mehreren großen Industrieunternehmen ein. In Aufsätzen und Vorträgen nimmt er in der Öffentlichkeit immer wieder auch zu aktuellen Problemen Stellung. Vor einigen Wochen hielt Prof. Puntila in Stuttgart einen Vortrag über die Außen- und Wirtschaftspolitik Finnlands. Der in diesem Heft abgedruckte Beitrag Prof. Puntilas knüpft an diesen Vortrag an.

Soeben erschienen:

Deutscher Wortlaut der
Friedens-Enzyklika
Papst Johannes' XXIII.

„PACEM IN TERRIS"

Mit einer Nachbemerkung
von Professor Dr. Anton Neuhäusler,
München

Taschenformat, kartoniert,
im Glanzumschlag, DM 1,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, KÖLN

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolig. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86
1800 3165

Bemerkungen:

Prof. Dr. rer. pol. Emil J. G u m b e l lehrt seit 1953 mathematische Statistik an der Columbia University, New York. 1891 in München geboren, 1923 Privatdozent, 1930 ao. Prof. an der Universität Heidelberg, ist er in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg weit über sein Fachgebiet hinaus bekannt geworden durch seine Untersuchungen über die antidemokratisch-militaristischen Tendenzen in der Weimarer Republik. Er veröffentlichte zahlreiche Aufklärungsschriften über die meist ungesühnten Fememorde, über die geheime Aufrüstung (Schwarze Reichswehr), über die Landesverratsprozesse gegen Kritiker dieser Tendenzen etc. 1933 mußte Prof. Gumbel Deutschland verlassen. Er war zunächst Gastprofessor am Institute Henri Poincare, Paris, und lehrte seit 1940 an der New School for Social Research, New York. — Hingewiesen sei auf das 1962 erschienene Buch Prof. Gumbels „Vom Fememord zur Reichskanzlei", Lambert Schneider Verlag, Heidelberg (vgl. die Besprechung in Heft 11/62, Seite 862).

Prof. Dr. L. A. P u n t i l a, 1907 in Mittelfinnland geboren, ist seit 1952 Ordinarius für politische Geschichte an der Universität Helsinki. Er ist außerdem Vorsitzender des „Finnischen Kulturfond", zu dessen Gründung er maßgeblich beigetragen hat und dessen Hauptgeschäftsführer er von 1937 bis 1954 war. Dieser Kulturfond dient der Förderung von Kunst und Wissenschaft in Finnland. Neben seiner Tätigkeit an der Universität und im „Finnischen Kulturfond" nimmt Prof. Puntila leitende Stellungen in verschiedenen kulturellen Gesellschaften und mehreren großen Industrieunternehmen ein. In Aufsätzen und Vorträgen nimmt er in der Öffentlichkeit immer wieder auch zu aktuellen Problemen Stellung. Vor einigen Wochen hielt Prof. Puntila in Stuttgart einen Vortrag über die Außen- und Wirtschaftspolitik Finnlands. Der in diesem Heft abgedruckte Beitrag Prof. Puntilas knüpft an diesen Vortrag an.

Soeben erschienen:

Deutscher Wortlaut der
Friedens-Enzyklika
Papst Johannes' XXIII.

„PACEM IN TERRIS"

Mit einer Nachbemerkung
von Professor Dr. Anton Neuhäusler,
München

Taschenformat, kartoniert,
im Glanzumschlag, DM 1,50

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, KÖLN